



CDU

Damit Hessen **stark** bleibt.

Programm- entwurf

zur Beratung auf dem
112. Landesparteitag
der CDU Hessen
am 8. September 2018
in Offenbach am Main

1 **Damit Hessen stark bleibt!**

2
3 Hessen ist ein starkes Land. Die Menschen leben gern hier, fühlen sich wohl
4 und lieben ihre Heimat. Deswegen muss Hessen auch in Zukunft stark bleiben.

5
6 Die CDU steht für eine stabile und klare Politik. Uns leiten dabei das christliche
7 Wertefundament, mehr Miteinander und Respekt in der Gesellschaft und ein
8 starker Rechtsstaat. Leistung von Stärkeren und Solidarität für Schwächere
9 sind zwei Seiten einer Medaille.

10
11 Wir stehen als Volkspartei mit liberalen, konservativen und christlich-sozialen
12 Wurzeln für eine Politik, die alle Bürger anspricht. Das ist das besondere an der
13 CDU. Dafür steht auch unser Programm für die Zukunft:

14
15 - Hessen ist ein familien- und kinderfreundliches Land. Mit der Beitragsbe-
16 freiung ab dem Sommer sparen Eltern in den drei Kindergartenjahren im
17 Schnitt pro Kind 5.000 Euro. Für uns gilt: Kinderlärm ist Zukunftsmusik.

18
19 - Die Wirtschaft brummt in Hessen. Das bringt neue Arbeitsplätze - das ist die
20 beste Sozialpolitik. Erstmals seit über 25 Jahren liegt die Arbeitslosenquote
21 unter der Fünf-Prozent-Marke. Diesen Weg für sichere Arbeitsplätze setzen
22 wir fort!

23
24 - Wir stehen für Vielfalt, Verlässlichkeit und Wahlfreiheit an den Schulen und
25 in der Bildung. Entscheidend ist das Wohl der Kinder und ihre individuelle
26 Förderung nach ihren Fähigkeiten. Es bleibt dabei: Eine Einheitsschule wird
27 es mit uns nicht geben.

28
29 - Erstmals seit fast 50 Jahren haben wir einen Haushalt ohne neue Schulden.
30 Mehr noch: Wir zahlen jetzt alte Schulden zurück und verzichten auf Steu-
31 ererhöhungen. Das ist nachhaltige und solide Finanzpolitik. Das sichert die
32 Zukunft unserer Kinder!

33
34 - Hessen gehört heute bei der Inneren Sicherheit zu den Spitzenländern in
35 Deutschland. Sicherheit ist eine Grundverpflichtung des Staates und ein
36 Grundbedürfnis jedes Menschen. Deshalb wird die Innere Sicherheit auch in
37 Zukunft ein Kernstück unserer Politik sein.

39 - Investitionen in Infrastruktur, Forschung, Wissenschaft und Digitalisierung
40 sind Investitionen in die Arbeitsplätze von morgen. Dafür stehen wir ge-
41 nau so wie für eine moderne Verwaltung, die nur ein Ziel kennen darf: bür-
42 gernah, für alle da.

43

44 - Wir stehen für die Bewahrung der Schöpfung. Umwelt und Wirtschaft sind
45 keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig für eine gute Zukunft
46 unseres Landes. Heimat Hessen bedeutet für uns: Wir wollen eine gute Zu-
47 kunft für alle Menschen in den Städten genauso wie auf dem Land.

48

49 Hessen braucht eine stabile Regierung, die kraftvoll und erfolgreich für die Zu-
50 kunft und den Zusammenhalt unseres Landes arbeitet. Das gewährleistet nur
51 die CDU.

52

53 Für diese Politik stehe ich ein. Zukunft braucht Erfahrung. Darum bitte ich um
54 Ihr Vertrauen!

55

56

57 Ihr

58 Volker Bouffier

59	Inhaltsverzeichnis
60	
61	
62	Wie wir unseren Kindern in Hessen eine gute Zukunft sichern
63	
64	Unsere Ziele
65	
66	Unsere Maßnahmen:
67	
68 für die Schulen
69 für die Hochschulen
70	
71	Wie wir in Hessen sicher leben
72	
73	Unsere Ziele
74	
75	Unsere Maßnahmen:
76	
77 für die Innere Sicherheit
78 für Recht und Justiz
79 zur Steuerung und Begrenzung von Migration und Flüchtlingen
80	
81	Wie wir in Hessen arbeiten und wovon wir leben
82	
83	Unsere Ziele
84	
85	Unsere Maßnahmen:
86	
87 für den Arbeitsmarkt
88 für die Wirtschaft
89 für die Forschung
90 für die Digitalisierung
91 für den Finanzplatz
92 für Finanzpolitik und Steuern
93	
94	Wie wir in Hessen wohnen
95	
96	Unsere Ziele
97	
98	Unsere Maßnahmen:
99	
100 für unsere Heimat
101 für die Wohnungspolitik
102 für Verkehr und Mobilität
103	
104	Wie wir Hessen sozial fortentwickeln
105	
106	Unsere Ziele
107	
108	Unsere Maßnahmen:
109	

- 110 für Familien und Kinder
- 111 für Frauen
- 112 für Senioren
- 113 für die Gesundheit
- 114 für die Pflege
- 115 für Menschen mit Behinderung
- 116 für eine verlässliche Sozialpolitik

117

118 **Wie wir in Hessen zusammenleben**

119

120 Unsere Ziele

121

122 Unsere Maßnahmen:

123

124 für die Stärkung von Identität und Werten

125 für die Integration

126 für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

127 für das Ehrenamt

128 für Kunst und Kultur

129 für Kirchen und Religionsgemeinschaften

130 für den Sport

131

132 **Wie wir die Lebensbedingungen in Hessen schützen und bewahren**

133

134 Unsere Ziele

135

136 Unsere Maßnahmen:

137

138 für die Landwirtschaft

139 für den Wald

140 für die Jagd

141 für die Energiepolitik

142 für den Verbraucherschutz

143 für Umwelt- und Naturschutz

144

145 **Wie wir Hessen bürgernah und modern gestalten**

146

147 Unsere Ziele

148

149 Unsere Maßnahmen:

150

151 für Demokratie und Bürgernähe

152 für die Medien

153 für die Kommunalpolitik

154 für die Verwaltung

155 für Europa

156 für die Internationalität unseres Standorts

157

158 **Wie wir unseren Kindern in Hessen eine gute Zukunft sichern**

159
160 **Unter Führung der CDU hat sich Hessen von einem Bildungsabsteiger zu einem Spitzen-**
161 **land entwickelt. Nie waren so viele Lehrer an Hessens Schulen im Einsatz. Nie waren**
162 **Qualität, Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit in unserer Bildung höher. Wir haben Hes-**
163 **sen zum Land mit den wenigsten Schulabbrechern der Republik gemacht und die Ausga-**
164 **ben für Bildung bundesweit auf Rekordniveau gesteigert. Pro Kopf geben wir das meiste**
165 **Geld für Bildung aller Flächenländer aus; bei den Hochschulausgaben liegen wir**
166 **deutschlandweit auf Platz 2. Für uns ist klar: Es gibt keine Einheitsschüler. Und deshalb**
167 **gilt unser Versprechen: Keine Einheitsschulen, sondern ein begabungsgerechtes Schul-**
168 **system - von der Förderschule bis zum Gymnasium.**

169
170
171 **Förderung nach Begabung und Talent statt Einheitsbrei**

172 In jedem Kind schlummern Begabungen und Talente, die durch Bildung und Erziehung ge-
173 weckt und entfaltet werden. Jedes Kind und jeder Jugendliche sollen die besten Chancen
174 bekommen und nutzen. Deshalb brauchen wir die größtmögliche Vielfalt an Angeboten bei
175 höchstmöglicher Durchlässigkeit. Leistung muss sich lohnen. Man kann nicht alle Kinder
176 über einen Kamm scheren. Deshalb erteilen wir Einheitsschulen und Einheitslehrern für alle
177 eine klare Absage. Richtig bleibt auch: Der Staat kann nicht alle Probleme lösen. Die Erzie-
178 hung ist zuerst Aufgabe der Eltern.

179
180 **Schulfriede statt Dauerreform**

181 Im Zentrum unserer Bildungspolitik stehen das Kind und der Jugendliche. Wir sind gegen
182 ideologische Experimente auf dem Rücken von Schülern und Studierenden sowie Dauerre-
183 formen im Bildungssystem. Guter Unterricht in der Schule und gute Lehre an den Hoch-
184 schulen sind entscheidend. Darum sollen sich unsere Lehrer kümmern können. Wir stehen
185 für Verlässlichkeit und Kontinuität. Unser Ziel ist die Erhaltung des Schulfriedens in ganz
186 Hessen.

187
188 **Die besten Hochschulen in und für Hessen**

189 Wir werden Lehre und Forschung an den Hochschulen weiter auf Spitzenniveau fördern und
190 insbesondere Exzellenzen ausbauen. Hessen soll Spitzenland bei Forschung und Lehre sein,
191 damit hier weiterhin die Arbeitsplätze von morgen entstehen. Das bundesweit einmalige
192 Forschungsförderprogramm LOEWE werden wir dazu fortführen. Der Hessische Hochschul-
193 pakt ist die Grundlage unserer Arbeit. Leistungsorientierte Mittelzuweisungen schaffen An-
194 reize. Mit einem Sonderprogramm verbessern wir Gebäude und Ausstattung der Hochschu-
195 len. Wir brauchen noch mehr Nachwuchswissenschaftler in Hessen. Unsere Stärke ist auch
196 hier die Vielfalt: Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, öffentli-
197 che und private Einrichtungen schaffen für jeden ein passendes Angebot. Zu den Erfolgs-
198 modellen gehört auch das duale Studium. Unser Ziel ist, noch mehr junge Menschen für ein
199 duales Studium zu gewinnen.

200
201 **Duale Ausbildung ist Trumpf**

202 Eine Berufsausbildung hat für uns denselben hohen Stellenwert wie Abitur und Studium.
203 Alle Abschlüsse bieten große Chancen für ein erfolgreiches Leben. Die ganze Welt lobt un-
204 sere duale Ausbildung. Sie ist ein Erfolgsmodell bei der Ausbildung von Fachkräften, verhin-
205 dert Jugendarbeitslosigkeit und sichert eine an den praktischen Bedarfen ausgerichtete
206 Qualifikation, die Schritt hält mit Veränderungen in der Arbeitswelt. Wir wollen die berufli-
207 che Ausbildung weiter stärken. Wir stehen zum Meisterbrief und zur Durchlässigkeit auch
208 im Bereich der Ausbildung. Unsere erfolgreichen Maßnahmen vom Hochschulzugang für

209 den Meister bis zu den Meisterprämien werden wir fortführen.

210

211 **Für unsere Schüler nur die Besten**

212 Mit uns wird die bundesweit vorbildliche Lehrerversorgung in Hessen fortgesetzt. An der
213 105-prozentigen Lehrerversorgung rütteln wir nicht. Deshalb werden wir auch künftig zu-
214 sätzliche Lehrer in den Schuldienst einstellen. Dabei brauchen wir die besten Köpfe, begab-
215 testen Pädagogen und stärksten Persönlichkeiten für den Lehrerberuf. Unsere Lehrer ver-
216 dienen Respekt und Vertrauen. Mit ihrer Arbeit sind sie das Rückgrat unseres Bildungswe-
217 sens. Wir wollen unsere Lehrkräfte hervorragend aus- und weiterbilden, sie von unterrichts-
218 fernen Aufgaben entlasten und weiterhin gut bezahlen.

219

220 **Deutsch ist Pflicht**

221 Allen Kindern sollen an den Schulen grundlegende Werte und Regeln unseres Landes ver-
222 mittelt werden. Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Pünktlichkeit, Nächstenliebe, Tole-
223 ranz und Verantwortungsbereitschaft gehören dazu. Das Beherrschen der deutschen Spra-
224 che ist unverzichtbare Grundvoraussetzung für ein Leben in Deutschland und damit auch
225 für die Schule. Die Sprache auf Hessens Schulhöfen muss Deutsch sein. Wir wollen – für alle
226 Kinder in Hessen – die Sprachfähigkeiten in Deutsch stärken. Dazu gehört der sichere Um-
227 gang mit Rechtschreibung. Schreiben nach Gehör und die Abschaffung von Ziffernnoten
228 lehnen wir ab. Mit diesem klaren Kompass tragen die Schulen maßgeblich auch zur Integra-
229 tion bei.

230

231 **Förderschulen erhalten - Hochbegabte fördern**

232 Jedes Kind hat Anspruch auf Förderung – das gilt für Kinder mit Behinderungen oder beson-
233 derem Förderbedarf ebenso wie für Hochbegabte. Die Förderschulen mit ihren spezialisier-
234 ten Angeboten sind eine große Errungenschaft, die wir stärken wollen. Wir wollen keine In-
235 klusion mit der Brechstange, sondern mit Augenmaß zum Wohle aller betroffenen Kinder.
236 Überforderung muss verhindert werden. Wir wollen uns noch mehr um Spitzenleistungen
237 an den Schulen und Hochschulen kümmern, damit Innovation gelingt. Wir werden Hochbe-
238 gabte in Hessen weiterhin fördern und die Verbindung zwischen Schule und Hochschule
239 weiter verbessern.

240

241 **Ganztagsangebote ausbauen**

242 Immer mehr Eltern sind voll berufstätig und wünschen sich, ihre Kinder ganztags betreut zu
243 wissen. Deshalb haben wir verlässliche Schulzeiten eingeführt und den Pakt für den Nach-
244 mittag geschmiedet. Diesen Weg gehen wir weiter. Ganztägige Betreuung und Beschulung
245 sind keine Themen für ideologischen Streit. Es darf keinen Ganztagszwang für alle Kinder
246 geben. Es gilt die Wahlfreiheit der Eltern. Wir wollen Möglichkeiten erhalten, den Kindern
247 am Nachmittag Raum und Zeit außerhalb der Schule zu geben, denn auch Aktivitäten in
248 Feuerwehren, Sportvereinen und an anderer Stelle dürfen nicht zu kurz kommen.

249

250 **Bildung im digitalen Zeitalter**

251 Unsere Schulen und Hochschulen sind Teil der neuen digitalen Welt und bereiten darauf
252 vor. Wir rüsten unsere Schulen und Hochschulen für die Herausforderungen der Zukunft.
253 Hessen wird eine Digitalisierungs-Offensive für Bildung umsetzen. Dazu zählt auch eine
254 neue Lehrerfortbildung. Klar ist dabei: Digitale Medien im Unterricht und in der Lehre sind
255 kein Selbstzweck. Der verantwortliche Umgang in der digitalen Welt setzt voraus, dass
256 junge Menschen Chancen wie Risiken vermitteln bekommen. Auch das liegt in der Verant-
257 wortung von Ausbildung.

258

259 **Und das sind unsere Maßnahmen:**

260

261 **.... für die Schulen**

262

263

264 **Grundsätze**

265

266 • Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik steht das Kind. Mit uns wird es auch in der
267 Zukunft weder Einheitsschulen noch Einheitslehrer geben, denn es gibt auch keine
268 Einheitskinder. Die **Bewahrung des erfolgreichen und bewährten gegliederten**
269 **Schulsystems** hat für uns oberste Priorität.

270

271 • Wir stehen für eine breite Palette schulischer Bildung - von der Gesamtschule über
272 die Realschule bis zur Privatschule und von der Mittelstufenschule über Gymnasien
273 und Hauptschulen bis zu Förderschulen sowie allen ergänzenden Angeboten.

274

275 • In den Ballungsräumen ebenso wie im ländlichen Raum setzen wir auf ein **verlässli-**
276 **ches, zukunfts- und bedarfsorientiertes sowie möglichst wohnortnahes Bildungs-**
277 **angebot.**

278

279 • In der Sekundarstufe I wollen wir in den kommenden fünf Jahren **keine Strukturre-**
280 **form.** Wir setzen auf Ruhe und nicht auf permanente Veränderung. Die Gestaltung
281 des Bildungsangebots soll für Eltern und Schüler überschaubar bleiben und den de-
282 mographischen Entwicklungen und der Wahlfreiheit der Eltern Rechnung tragen.

283

284 • Wir halten an der bundesweit einmaligen **105-prozentigen Unterrichtsversorgung**
285 im Landesschnitt fest, bei der die Schulen über die Verwendung der zusätzlichen 5%-
286 Versorgung weitgehend eigenständig verfügen können.

287

288 • Wir wollen überdies wir auch in der kommenden Legislaturperiode **neue Lehrerstel-**
289 **len** schaffen, um die Unterrichtsqualität weiter zu steigern und den gesellschaftli-
290 chen Herausforderungen und Veränderungen zu begegnen.

291

292 • Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels stellen wir den **Erhalt einer**
293 **intakten Schullandschaft** inklusive wohnortnaher Grundschulen in den Mittelpunkt
294 unserer Bemühungen.

295

296 • Kinder und junge Menschen sind wissenshungrig und neugierig. Leistung, Motiva-
297 tion und Ansporn sind dazu wichtige Lernmerkmale. Wir bekennen uns daher weiter-
298 hin zur **Beibehaltung von Ziffernoten** und schließen in letzter Konsequenz auch das
299 „**Sitzenbleiben**“ als pädagogische Maßnahme nicht aus.

300

301 • Wir werden die **Ganztagsangebote weiter bedarfsorientiert ausbauen.** Wir setzen
302 auf eine Vielfalt von freiwilligen, offenen, teilgebundenen und gebundenen Ganz-
303 tagsangeboten. Der Ausbau des erfolgreichen „Paktes für den Nachmittag“ im Sinne
304 von Wahlfreiheit, Angebotsvielfalt und Bedarfsorientierung hat für uns Priorität.

305

306 • Als faire Partner treten wir für den Erhalt von **Schulen in freier Trägerschaft** ein. Sie
307 sind Teil unseres vielfältigen Angebots und haben Anspruch auf eine bedarfsge-

308 rechte Finanzausstattung, die bei Bedarf an neue Herausforderungen angepasst wer-
309 den muss. Wir werden ein neues Ersatzschulfinanzierungsgesetz umsetzen.
310

- 311 • Die sanitären Anlagen an hessischen Schulen werden von Grund auf saniert. Dazu
312 wollen wir umgehend ein Landesprogramm auflegen. Unser Ziel ist, dass **Schultoi-**
313 **letten** in ausreichendem Maße vorhanden und an jeder hessischen Schule in hygie-
314 nisch einwandfreien Zustand sind.
315

316

317 **Grundschulen**

318

- 319 • Die wohnortnahe Schule und ihre Erreichbarkeit in einer altersangemessenen, zu-
320 mutbaren Entfernung, ist nach unserer Überzeugung ein Kernauftrag einer zeitge-
321 mäßigen Schulpolitik. Wir werden mit aller Kraft weiterhin dafür eintreten, dass die
322 Schulwege nach unserem Motto „**Kurze Beine – kurze Wege**“ möglichst kurz blei-
323 ben.
324

- 325 • Wo die Geburtenzahlen keine eigenständige Grundschule mehr tragen, werden wir
326 uns für die Ausweitung von Verbundschulen einsetzen. Daneben unterstützen wir im
327 Falle zu geringer Schülerzahlen das Modell der **Kombiklassen** bei gleichzeitigem An-
328 gebot von ausreichend Differenzierungsstunden für die Fächer Deutsch und Mathe-
329 matik. Auch das hilft dabei, kleine Schulen dezentral zu erhalten.
330

- 331 • Um die Qualität der Grundschulen weiter auszubauen und die unverzichtbaren Kern-
332 kompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen künftig noch stärker zu gewichten, wol-
333 len wir **die Fächer Mathematik und Deutsch** durch je **eine zusätzliche Stunde stär-**
334 **ken**.
335

- 336 • Naturerlebnisse, Experimente und Erkundungen wecken die Motivation von Kindern.
337 Wir plädieren daher für die **Aufwertung des Sachunterrichts** und werden dabei den
338 Regional- und Heimatbezug weiter stärken.
339

- 340 • Wir unterstreichen die Bedeutung **der dritten Sportstunde** an den Grundschulen. In
341 Zusammenarbeit mit Sportvereinen können hier zusätzliche Angebote für den Nach-
342 mittag geschaffen werden. Zur Entlastung der Sportlehrer bei der Aufsicht im
343 Schwimmunterricht werden wir geschulte Schwimmleiter bspw. der DLRG zulassen.
344

- 345 • Wir wollen die **Verzahnung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule**
346 **durch eine qualifizierende und qualifizierte Schulvorbereitung** weiter verbessern
347 und an bestehende Schulversuche anknüpfen.
348

- 349 • Im Hinblick auf die Qualitätssicherung der Gymnasien wird künftig stärker der No-
350 tenddurchschnitt in der vierten Klasse berücksichtigt. Wir **halten an der Grundschu-**
351 **lempfehlung fest**, wo bei am Ende der Elternwille maßgebend bleibt.
352

353

354 **Gymnasien und Abitur**

355

- 356 • Wir stehen für den **Erhalt des Gymnasiums**. Jedweder Bestrebung, diese eigenstän-

357 dige Schulform in ihrer Substanz anzutasten, werden wir entschieden entgegentre-
358 ten.
359

360 • Wir wollen das **Abitur hinsichtlich seiner Qualität weiter stärken**. Es muss nach wie
361 vor der verlässliche Gradmesser für die Studierfähigkeit der Schüler sein. Dazu wer-
362 den wir qualitätssteigernde Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Experten umset-
363 zen.
364

365 • Verbunden mit einem klaren Bekenntnis zum Bildungsföderalismus befürworten wir
366 **mehr Vergleichbarkeit bei den Abitur-Abschlüssen unter den Ländern ohne dabei**
367 **inhaltliche Abstriche** vornehmen zu müssen. Die gemeinsam getroffenen Be-
368 schlüsse der Kultusministerkonferenz sind deutschlandweit verbindlicher umzuset-
369 zen.
370

371 • Eine einheitliche Stundenzahl für den Wahlunterricht – unabhängig von G8 und G9
372 – und die Einführung von verbindlichen Qualitätskriterien für den Wahlunterricht
373 ergänzen den qualitätsorientierten Anspruch der Gymnasien und der Gesamtschu-
374 len. Als konkrete Maßnahme streben wir die **Wiedereinführung der 3. Fremdspra-
375 che als Wahlpflichtfach** an.
376

377 • Wir sprechen uns für eine intensive **frühzeitige Kooperation mit den abgebenden**
378 **Grundschulen** und der Lernbegleitung und Beratung der Eltern und Schüler der Jahr-
379 gangsstufen 4 bis 6 aus. **Querversetzungen** in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sollen
380 leichter ermöglicht bzw. umgesetzt werden können.
381

382 • Weiterhin befürworten wir auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem Schulversuch
383 die **Möglichkeit eines Parallelangebots von G8/G9 für alle Gymnasien** und die Fle-
384 xibilisierung der Ausgestaltungsmöglichkeiten.
385
386

387 Digitalisierung und Medienbildung

388

389 • Mit einem **Hessischen Digitalpakt Bildung** werden wir für alle hessischen Schulen
390 ein digitales Grundangebot schaffen (u.a. Anbindung an das schnelle Internet, freies
391 WLAN, IT-Hardware). Damit schaffen wir die Voraussetzungen für das neue digitale
392 Lernen. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem von der Bundesregie-
393 rung geplanten Digitalpakt Schule.
394

395 • Einer fundierten **Fortbildung von Lehrern** kommt eine entscheidende Bedeutung
396 zu, um so die digitalen Kompetenzen der Schüler möglichst umfassend zu fördern.
397

398 • Das **Fach Informatik** wollen wir in diesem Zuge stärken. Wir werden in Zusammen-
399 arbeit mit den entsprechenden Lehrstühlen an den hessischen Hochschulen dieses
400 Fach mit Blick auf die Digitalisierung modernisieren.
401

402 • Die Digitalisierung darf nicht das **Primat des Lernens und der Pädagogik** überla-
403 gern. Eine einseitige Investition in die technische Infrastruktur zu Lasten von Inhal-
404 ten, Qualität und Didaktik lehnen wir ab. Vielmehr müssen der Ausbau der techni-
405 schen Infrastruktur und die Gewährleistung von Qualitätsinhalten in einem ausge-
406 wogenen Verhältnis zueinanderstehen.

- 407
- 408
- 409
- 410
- 411
- 412
- 413
- 414
- 415
- 416
- 417
- 418
- 419
- 420
- 421
- 422
- Wir setzen uns ein für einen **verantwortungsvollen Umgang mit Smartphones** an Schulen und wollen der Einhaltung des Jugendmedienschutzes besondere Aufmerksamkeit widmen. Daher soll grundsätzlich an hessischen Schulen – vor allem im Unterricht und auf dem Schulhof – ein Smartphone-Verbot gelten.
 - Kinder und Jugendliche müssen für die mit der Digitalisierung verbundenen Risiken (Fake News, Mobbing, Gewalt im Netz) sensibilisiert werden. Wir wollen dazu unter anderem die Ausbildung von Schülern zu „**Digitalen Schülerlotsen**“ bzw. „**Medien-Scouts**“ ausbauen, damit möglichst flächendeckend junge Menschen ihren Mitschülern das entsprechende (Problem-)Bewusstsein vermitteln können.
 - Überdies wollen wir Initiativen in Kooperation mit Unternehmen wie z.B. „**Schule@Zukunft**“ und die gemeinnützige GmbH „**Digitale Helden**“ weiter fördern und unterstützen.

423 **Starke und Schwache gleichermaßen fördern**

- 424
- 425
- 426
- 427
- 428
- 429
- 430
- 431
- 432
- 433
- 434
- 435
- 436
- 437
- 438
- 439
- 440
- 441
- 442
- 443
- 444
- 445
- 446
- 447
- 448
- 449
- 450
- 451
- 452
- 453
- 454
- 455
- 456
- Alle Kinder sind uns gleich viel wert. Unsere Bildungspolitik richtet sich an jedes Kind - egal ob **lernschwach oder hochbegabt**. Wir werden daher unsere Politik fortsetzen und Angebote für verschiedenste Begabungen flächendeckend in Hessen vorhalten.
 - Um Schulen, die im Landesvergleich unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, gezielt zu unterstützen, haben wir anhand von objektiven Kriterien eine zusätzliche **sozialindizierte Lehrerzuweisung** eingeführt. Damit stehen an diesen Schulen zusätzliche Lehrer zur Bewältigung der besonderen Aufgaben zur Verfügung. Dieses Modell wollen wir in den nächsten fünf Jahren stärken und **fortsetzen**.
 - Die Unterstützung der Schulen z.B. in Form von multiprofessionellen Teams, bestehend aus **Schulsozialarbeitern, sozialpädagogischen Fachkräften und Schulpsychologen**, bauen wir aus.
 - Wir werden dazu unser Programm für 700 zusätzliche Sozialarbeiter zur Unterstützung der Lehrer an Hessens Schulen verstetigen.
 - Die Klassenkonferenz wollen wir stärken. Spricht sie sich für die Teilnahme einer Schülerin oder eines Schülers an einem **Förderkurs** aus, so plädieren wir für eine **verpflichtende Teilnahme**.
 - Wir wollen, dass noch weniger Schüler die Schulen ohne Abschluss verlassen. Erfolgreiche Programme wie „**Praxis und Schule**“ (**PuSch**) ermöglichen Schülern mit erheblichen Lern- und Leistungsrückständen an allgemeinbildenden wie auch an beruflichen Schulen ihren Hauptschulabschluss. Derartige Programme werden wir daher ausbauen und flächendeckend anbieten. Praxistage sollen zukünftig vermehrt in Unternehmen oder Behörden stattfinden.
 - Ein weiteres Erfolgsmodell sind die seit 2007 durchgeführten zentralen **o.camps** und die schulbezogenen **Osterferiencamps**. Dieses Format wollen wir bedarfsgerecht durch die Ausweitung von kostenfreien und freiwilligen Fördermöglichkeiten in

457 Form von Feriencamps fortführen.

458

459 • Ein erfolgreiches System setzt **Durchlässigkeit** voraus. Deshalb wollen wir weiterhin
460 Hürden abbauen, um leistungsstarken Schülern im mittleren Bildungsgang den
461 Wechsel auf das Gymnasium während und am Ende der Sekundarstufe I zu ermögli-
462 chen.

463

464 • Ebenso wollen wir das Potential und die vielfältigen Talente hochbegabter und leis-
465 tungsstarker Schüler gezielt fördern. Wesentlich ist dabei der **Ausbau der Hochbe-**
466 **gabtenförderung und der Förderung leistungsstarker Schüler** durch den Aufbau
467 entsprechender Kapazitäten in ganz Hessen.

468

469 • Die Internatsschule **Schloss Hansenberg** als Leuchtturm unserer Hochbegabtenför-
470 derung im MINT-Bereich sowie in der ökonomischen Bildung soll künftig der Kern
471 eines Netzwerkes mit **20 weiteren Schulen** in Hessen werden, die einen Zweig für
472 Hochbegabtenförderung implementieren.

473

474 • Gleichzeitig setzen wir uns ein für eine **Stärkung von Schulsportzentren** neben der
475 Carl-von-Weinberg-Schule und der Uplandschule als Eliteschulen des Sports.

476

477

478 Wertevermittlung

479

480 • **Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung und Demokratieerziehung** sind die ent-
481 scheidenden Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine ziel-
482 gerechte Extremismusprävention. Keine Tradition kultureller, religiöser, familiärer
483 oder welcher Art auch immer darf den Verfassungstext relativieren. Die Grundrechte
484 der Verfassung haben absolute Geltung. Es **gilt Recht vor Kultur**.

485

486 • Unabhängig vom kulturellen Hintergrund ist deshalb bereits im Klassenraum und in
487 der Schule auf eine **Gleichstellung von Frauen und Männern** zu achten. Dies gilt
488 insbesondere für ein angemessenes Verhalten von jungen Männern und auch von
489 Eltern gegenüber Lehrerinnen.

490

491 • Wir werden **Gewalt an Schulen** mit präventiven, wenn nötig auch mit praktisch-po-
492 lizeilichen Mitteln klar entgegentreten. Schulen in Hessen sind waffenfreie Zonen.
493 Weiterhin werden wir Schritte zum Kampf gegen Drogenkonsum an hessischen
494 Schulen forcieren. Für Extremfälle werden wir mit einem Konzept „Schutzmann auf
495 dem Schulhof“ Abhilfe schaffen.

496

497 • Überdies treten wir für eine **konsequente Durchsetzung der Schulpflicht** ein. Die
498 Schule und ihre Belange haben klaren Vorrang vor der Betonung kultureller Eigen-
499 heiten. Dies gilt insbesondere für einen gemeinsamen Sport- bzw. Schwimmunter-
500 richt von Jungen und Mädchen oder gemeinsam durchzuführende Wandertage und
501 für das Beschulen von Kindern zu Hause.

502

503 • Bei **notorischen Schulschwänzern** muss eine verbindliche Meldung an die Jugend-
504 ämter erfolgen; die Zahlung des Kindergeldes ist nach Möglichkeit an die Vorlage
505 der Schulbesuchsbescheinigung zu koppeln.

506

- 507
- 508
- 509
- 510
- 511
- 512
- 513
- 514
- 515
- 516
- 517
- 518
- 519
- 520
- 521
- 522
- 523
- 524
- 525
- 526
- 527
- 528
- 529
- 530
- 531
- 532
- 533
- Insgesamt wollen wir noch nachhaltiger die Wertevermittlung im Sinne des Grundgesetzes in den Schulen umsetzen. Es ist unser Ziel, möglichst allen Schülern die Inhalte der sogenannten Rechtsstaatklassen näher zu bringen. Wir treten daher für einen **Ausbau des Faches „Politik und Wirtschaft“** ein. Ebenso wie auch Geschichte sollen diese Fächer nicht abwählbar sein.
 - Wir werden eine Weiterentwicklung der Wahlmöglichkeiten der Schülervertretungen umsetzen und befürworten eine **Direktwahl** auf der Ebene der Schulträger. Ebenfalls sprechen wir uns für die Möglichkeiten einer Online-Beteiligung für alle Schüler bei der Direktwahl aus, um dadurch politisches Engagement weiter zu fördern.
 - In ihrer Schullaufbahn sollen alle Schüler das **Kommunalparlament** ihrer Stadt oder Gemeinde, die Vertretung des jeweiligen Landkreises sowie den **Hessischen Landtag** kennenlernen. Auch die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung werden verstärkt an den Schulen beworben.
 - Wir bekennen uns zum bekenntnisorientierten **Religionsunterricht nach Art. 7 des Grundgesetzes** an den Schulen und zum Fach Ethik in seiner derzeitigen Form.
 - Wir wollen weiterhin ein **religiöses Angebot für muslimische Schüler**. Kooperationspartner, die keine Gewähr dafür bieten, dass der Unterricht unserer verfassungsrechtlichen Ordnung und unserem freiheitlichen Wertesystem entspricht, akzeptieren wir als Partner nicht. Unterrichtsangebote, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir beenden.

534 Deutsche Sprache und Integration

535

- 536
- 537
- 538
- 539
- 540
- 541
- 542
- 543
- 544
- 545
- 546
- 547
- 548
- 549
- 550
- 551
- 552
- 553
- 554
- 555
- Die **Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundlage** von Bildung in fast allen Schulfächern und darüber hinaus unerlässlich für ein Leben in unserem Land. Nicht nur im Unterricht sowie in den Schulgebäuden, sondern auch auf den Schulhöfen ist die deutsche Sprache zu pflegen.
 - Zur Durchsetzung von „**Deutsch auf Schulhöfen**“ streben wir nach dem Vorbild anderer Länder Vereinbarungen zwischen Schule, Schülervertretung und Eltern an.
 - Aufgrund der einschlägigen Erfolgsbilanz wollen wir den **Vorlaufkursen** für schulpflichtig werdende Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse bzw. mit festgestelltem Sprachförderbedarf in Zukunft einen **verbindlichen Charakter** geben. Jedes Kind muss zu Beginn der Schule ausreichende Deutschkenntnisse haben.
 - Wir werden unser Augenmerk auf eine korrekte Rechtschreibung und Schreibschrift von Beginn an in allen Unterrichtsfächern richten. Die Bildungssprache Deutsch muss am Ende der 4. Klasse in Wort und Schrift bestmöglich von allen Schülern beherrscht werden. Deshalb sprechen wir uns für eine **verbindliche Korrektur von Rechtschreibfehlern in allen Fächern vom 1. Schuljahr an** aus.
 - Die Methode „**Schreiben nach Gehör**“ **lehnen wir ab** und wollen verpflichtende Dik-

556 tate auf die Klassen 7 bis 9 ausweiten. Darüber hinaus soll die **dauerhafte Imple-**
557 **mentierung des Grundwortschatzes** zur Förderung von Deutsch als Bildungsspra-

558 che beitragen. Ein ausschließliches Schreiben auf elektronischen Geräten lehnen wir

559 ab.

560

561 • Wir treten für eine **Vorgabe in der Anzahl der Pflichtlektüren im Fach Deutsch** ein

562 – auch in der Sekundarstufe I und in den Jahrgängen 3 und 4 der Grundschule.

563

564 • Im Rahmen eines stringenten Förderkonzeptes, das in der Grundschule beginnt, wol-

565 len wir außerdem **verpflichtende zweistündige Förderkurse in den Klassenstufen**

566 **5 und 6**, erteilt durch qualifizierte Lehrkräfte. Ebenso soll in Ergänzung der Stunden-

567 tabelle in diesen beiden Jahrgangsstufen, durch eine zusätzliche Lese- und Rechtschrei-

568 bestunde die Bildungssprache Deutsch gestärkt werden.

569

570 • **Herkunftssprachlichen Unterricht** werden wir nur nach festen Gütekriterien zulassen.

571 Es soll keinen Unterricht durch Konsultslehrkräfte geben. Wir treten für strik-

572 tere Anerkennungsregeln ein.

573

574 • Wir sorgen dafür, dass Schüler aus **Integrationsklassen** auch weiterhin erst nach be-

575 standener Deutschprüfung in den Regelunterricht übernommen werden. Dies ist für

576 einen funktionierenden Regelunterricht im Sinne der Schüler unerlässlich. Einen Au-

577 tomatismus nach zwei Jahren lehnen wir ab.

578

579 • Integrationspolitisch sinnvoll sind erfolgreich etablierte **Familienklassen**, wie z.B. im

580 Lahn-Dill-Kreis. Kinder und ihre Eltern gehen dort an einem Vormittag pro Woche

581 gemeinsam zur Schule. Wir wollen die Einführung einer Familienklasse in Form eines

582 Schulversuchs durch das Land Hessen finanziell unterstützen, wenn eine Grund-

583 schule dies wünscht und die Voraussetzungen vor Ort dies zulassen.

584

585 • Im Hinblick auf eine gelingende Integration kommt dem **Ausbau und der Weiter-**

586 **entwicklung unseres schulischen Gesamtsprachförderkonzeptes** eine entschei-

587 dende Rolle zu. Die Weiterqualifizierung von Lehrkräften im Bereich Deutsch als

588 Zweit- oder Fremdsprache und die Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen

589 stellen für uns eine wesentliche Grundlage dar. Auch die Eltern sind bei den Heraus-

590 forderungen der Integration stärker in die Pflicht zu nehmen.

591

592

593 **Lerninhalte fortentwickeln**

594

595 • Um die Bedeutung und den hohen Stellenwert Europas und seiner christlich-jüdisch

596 geprägten Kultur im Zuge der Globalisierung vermitteln zu können, ist das Thema

597 „Europa“ ein wesentlicher Bestandteil der politischen Bildung. Für uns stellt in die-

598 sem Zusammenhang der **Ausbau der Europaschulen** ein wichtiges Ziel dar.

599

600 • Die **Ausweitung von bilingualem Unterricht**, v.a. in Englisch, Spanisch und Franzö-

601 sisch, trägt ebenfalls zu einem vertiefenden europäischen Bewusstsein bei. Auch die

602 Schüleraustausche, deren Ausbau wir anstreben, leisten hier einen wichtigen Bei-

603 trag.

604

- 605 • Wir wollen die kulturelle Bildung stärken und setzen uns daher dafür ein, in den wei-
606 terführenden Schulen sogenannte **Profilschulen mit ausgeweiteter Studentafel**
607 **in Kunst, Theater und Musik** einzurichten. Wir werden dazu die Zusammenarbeit
608 mit den hessischen Staatstheatern und Landesmuseen forcieren.
609
- 610 • Ebenso forcieren wir die sogenannten **MINT-Fächer** (Mathematik, Informatik, Na-
611 turwissenschaft und Technik), die für die Zukunft unseres Landes von entschei-
612 der Bedeutung sind. Wir werden daher solche Profilschulen auch mit ausgeweiteter
613 Studentafel in den entsprechenden MINT-Fächern begründen.
614
- 615 • Wir treten für eine fächerübergreifende **Berücksichtigung von Unterrichtsinhalten**
616 **wie Ernährung und ökonomische Alltagskompetenzen** (z.B. im Bereich Finanzen,
617 Versicherungen, Kreditwesen, Steuern) ein.
618
- 619 • Gemeinsam mit dem Landessportbund wollen wir bei den Kindern den Spaß an Sport
620 und Bewegung dadurch fördern, dass wir **besondere Talente** schon in der Schule
621 durch Talentsichter erkennen und diesen Angebote machen. Das fördert mittelbar
622 auch den Spitzensport in Hessen.
623
- 624 • Demokratische Streitkräfte sind Partner unserer Schulen. Wir treten für einen **Aus-**
625 **bau der Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr** im Unterricht
626 ein.

627

628 **Lehrkräfte und Lehrerbildung**

629

- 630 • Der **Stärkung des Berufsbildes von Lehrern** und deren ideeller Unterstützung in der
631 Öffentlichkeit kommt eine wichtige Rolle zu. Wir brauchen auch künftig Lehrerper-
632 sönlichkeiten, die Vorbild sind und Orientierung geben können.
633
- 634 • In diesem Zusammenhang sind auch die **disziplinarischen Möglichkeiten der Lehr-**
635 **kräfte** und Schulen zu erweitern und die Autorität gegenüber aggressiven Schülern
636 und Eltern zu stärken.
637
- 638 • Eine **Attraktivitätsoffensive für den Lehrerberuf** soll für mehr Wertschätzung in
639 der Öffentlichkeit sorgen. Die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Verbän-
640 den und Organisationen, der Wirtschaft und den Hochschulen ist in diesem Sinne
641 auszubauen. Das Gleiche gilt für die außerschulischen Lernorte.
642
- 643 • Wir setzen uns für einen **Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten in allen Schul-**
644 **formen** ein. Funktionsstellen für besondere Aufgaben dienen der Erweiterung und
645 somit der Entlastung der Schulleitung.
646
- 647 • Wir wollen einen Ausbau weiterer **Unterstützungssysteme für unsere Schulen**. Um
648 die Schulen bei ihren anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben möglichst wirkungs-
649 voll und effizient zu unterstützen, arbeiten die Schulaufsicht, die Schulpsychologie
650 und die pädagogische Unterstützung unter enger Einbindung der Fachberater fach-
651 und berufsgruppenübergreifend zusammen.
652
- 653 • Die Auslobung eines **Hessischen Lehrpreises** im Sinne einer Anerkennungskultur

654 trägt zur Aufwertung des Lehrerberufs bei. Engagierte Lehrer sollen für besondere
655 und erfolgreiche Projekte, durch die einzelne Schüler, Klassen oder die Schule als
656 Ganzes gefördert werden, ausgezeichnet werden.

657

- 658 • Entlastungsmöglichkeiten für unsere Schulleitungen und Lehrkräfte sehen wir im Be-
659 reich der Verwaltung. Eine **Entbürokratisierung** durch Straffung und Abschaffung
660 von Berichtspflichten ist anzustreben. Gleiches gilt für IT-Systeme.

661

- 662 • Der Einsatz von **Schulassistenzkräften** zur Entlastung von Schulleitung und Lehr-
663 kräften sowie zur Unterstützung im administrativen Bereich stellt für uns eine wich-
664 tige Maßnahme dar. Die Übernahme von **Schulsekretariaten in den Landesdienst**
665 soll ebenfalls zu einer Entlastung der Lehrkräfte beitragen.

666

- 667 • Wir treten für eine **Weiterentwicklung der Lehrerbildung** ein. Überdies wollen wir
668 die Praxisanteile während des Lehramtsstudiums weiter ausbauen. Aktuelle Heraus-
669 forderungen wie z.B. Medienbildung oder Digitalisierung sowie neue Entwicklungen
670 in der Didaktik und gesellschaftliche Veränderungen müssen stärker verankert wer-
671 den.

672

- 673 • Wir halten an der **Staatsprüfung** als Abschluss der 1. Phase der Lehrerausbildung
674 fest. Dabei befürworten wir die Einführung von **zentralen Aufgabenstellungen**.

675

- 676 • Um die **didaktische Eignung künftiger Lehramtsstudierender** festzustellen, spre-
677 chen wir uns für ein verpflichtendes Praktikum in einer allgemeinbindenden Schule
678 vor der Einschreibung aus. Darüber hinaus soll es auf freiwilliger Basis möglich sein,
679 eine eignungsdiagnostische Feststellung zu Beginn des Studiums durchzuführen.

680

- 681 • Die didaktische Befähigung für den Lehrerberuf ist grundlegend für die Qualität des
682 Unterrichts. Wir sprechen uns daher für die **Beibehaltung des 21-monatigen Refe-**
683 **rendariats** aus.

684

- 685 • Hinsichtlich einer weiteren Qualitätssteigerung an unseren Schulen setzen wir uns
686 nach dem überaus erfolgreichen Start unserer **Schulleiterqualifizierungsreihe** für
687 eine Ausweitung der Konzepte auf andere Berufsgruppen, z.B. Führungskräfte der
688 Staatlichen Schulämter oder Leiter der Studienseminare, ein.

689

690 **Förderschulen und Inklusion**

691

- 692
- 693 • Oberstes Ziel der **Beschulung von Kindern mit Behinderungen** ist deren Integra-
694 tion in die Gesellschaft und die Führung eines möglichst selbstbestimmten Lebens.
695 Dabei ist jedes Kind individuell zu betrachten. Eine Einheitslösung für alle lehnen wir
696 auch hier ab.

697

- 698 • Wir treten für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Als oberster
699 Grundsatz leitet uns dabei immer das Kindeswohl. Inklusion muss ideologiefrei und
700 mit Augenmaß geschehen, denn **Inklusion hat ihre Grenzen**.

701

- 702 • Bei Kindern, die nicht lernzielgleich unterrichtet werden können, die aufgrund von

703 Misshandlungen und psychischer Beeinträchtigungen besonderer Schon- und Rück-
704 zugsräume bedürfen oder die durch Verhaltensauffälligkeiten und aggressives Ver-
705 halten die Durchführung des Regelunterrichtes massiv erschweren, stößt die Inklus-
706 sion auf **offenkundige pädagogische Grenzen** der Beschulbarkeit.

707
708 • **Förderschulen** sind daher ein **wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des**
709 **hessischen Schulsystems**. Sie stellen nach wie vor ein erfolgreiches und attraktives
710 Bildungsangebot mit kleinen Klassen, optimaler Förderung und gesicherten Über-
711 gängen dar, leisten mit den sehr gut ausgebildeten Förderschullehrkräften eine her-
712 vorragende Arbeit und sind zum Erhalt von sonderpädagogischer Fachlichkeit uner-
713 lässlich.

714
715 • Das bewährte Förderschulsystem muss von daher auch im Sinne der Wahlfreiheit be-
716 stehen bleiben. **Wir stehen zu den Förderschulen** und werden keine Förderschulen
717 schließen. Die verstärkte **Ausbildung von Förderschullehrern** ist sicherzustellen.

718
719 • Bei der **inklusiven Beschulung** muss das Wohl aller Kinder berücksichtigt werden.
720 Dies schließt auch die nicht-behinderten Kinder in einer inklusiven Schulklasse ein.
721 Wir werden daher die diagnostischen Instrumente vor und nach der Einschulung so-
722 wie die Entscheidungskompetenzen der betroffenen Schulen stärken und eine Über-
723 prüfung der inklusiven Beschulbarkeit ermöglichen.

724
725 • Mit der weiteren Ausgestaltung der **inklusiven Schulbündnisse** – ebenfalls orien-
726 tiert am Kindeswohl – schaffen wir neue Möglichkeiten für eine inklusive Beschu-
727 lung, ohne die Schulen und die Schulträger zu überfordern. Ungeachtet dessen wer-
728 den wir eine Evaluierung der bestehenden Strukturen durchführen.

729
730

731 **Berufliche Bildung**

732
733 • Besondere Beachtung verdient die Berufsschullandschaft in Hessen: Die **duale Aus-**
734 **bildung** besitzt eine **gleichwertige Stellung** mit der akademischen Ausbildung. Wir
735 werden sie daher auch in der Zukunft in den Fokus unseres bildungspolitischen Han-
736 delns setzen. Wir befürworten eine möglichst wohnortnahe berufliche Ausbildung.

737
738 • Die Qualität der dualen Ausbildung in unserem Land ist beispielhaft in Europa. Ne-
739 ben dem Erhalt der hohen Standards in den Berufsschulen wollen wir möglichst auch
740 die Anzahl der **Berufsschulstandorte sichern**.

741
742 • Die Unterrichtsqualität in den Berufsschulen wollen wir insbesondere durch die Stär-
743 kung des Fachklassenprinzips optimieren. Durch die Bildung von **Landes- und Be-**
744 **zirksfachklassen** als schlagkräftige Einheiten sichern wir die fachgerechte Beschu-
745 lung in Hessen. Davon profitiert auch der ländliche Raum.

746
747 • Den in Hessen im Schuljahr 2017/18 eingeführten Schulversuch der „**Berufsfach-**
748 **schule zum Übergang in Ausbildung (BüA)**“ wollen wir als Erfolgsmodell ausbauen.

749
750 • Als einen weiteren Bestandteil der Berufsschulen wollen wir die ebenfalls eingerich-
751 teten **Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung** stärken und setzen uns für eine **Aus-**
752 **weitung des „Gütesiegels Berufs- und Studienorientierung Hessen“ (BSO)** ein.

- 753 • Auch schon innerhalb der Sekundarstufe I wollen wir die **Berufsorientierung und**
754 **den Ausbau entsprechender Praxisanteile** fördern, um so den Jugendlichen vielseitige
755 und bedarfsgerechte Perspektiven zu ermöglichen.
- 756
- 757 • Wir plädieren für eine Stärkung der **Mittelstufenschulen** mit ihrem berufsbezogenen
758 Unterricht an beruflichen Schulen, da sie Haupt- und Realschülern durch starke
759 Praxis- und Berufsorientierung gute Zukunftsperspektiven eröffnen.
- 760
- 761 • Außerdem werden wir die Berufsorientierung vor allem in gymnasialen Bildungsgängen
762 stärken und verbessern.
- 763
- 764 • Im Interesse unserer Schüler wollen wir eine **Optimierung und Standardisierung**
765 (z.B. einheitliche Formulare und Zugangsbedingungen, einheitliche Bewerbungsfristen)
766 **der Übergangsprozesse** in eine weiterführende bzw. berufliche Schule auch
767 nach der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10.
- 768
- 769 • Den Übergang auf die weiterführende Schule wollen wir weiter verbessern. Die **beruflichen Bildungsangebote**
770 sind noch stärker herauszustellen, denn nicht allen Eltern ist bewusst, dass der Weg zu einem Studium nicht ausschließlich über den
771 gymnasialen Bildungsgang führt.
- 772
- 773
- 774 • Das Programm „**JOBLINGE**“, mit dem junge Menschen in der Praxis für den Arbeitsmarkt
775 qualifiziert werden, werden wir fortsetzen.
- 776
- 777 • Wir wollen die berufliche Bildung stärken und werden dazu das Förderprogramm
778 „**Meisterbonus**“ ausdehnen auf IHK-Abschlüsse, Abschlüsse in der hessischen Landesverwaltung (z. B. Verwaltungsfachwirt, Finanzwirt) sowie auf verschiedene
779 Abschlüsse und Qualifizierungen nach der Handwerksordnung.
- 780
- 781
- 782 • Wir werden **weitere duale Studiengänge** zusammen mit dem Handwerk erschließen
783 und ausbauen.
- 784
- 785

786 Weiterbildung

- 787
- 788 • **Lebenslanges Lernen** erlangt vor dem Hintergrund einer sich immer schneller wandelnden
789 Gesellschaft zunehmende Bedeutung. Jeder von uns bildet sich täglich im
790 Alltag fort. Der Pakt für Weiterbildung soll deshalb fortgeführt weiterentwickelt
791 werden.
- 792
- 793 • Die **Stärkung der Weiterbildung** und des lebensbegleitenden Lernens im ländlichen
794 Raum wird hierbei besonders berücksichtigt. Inhaltliche Schwerpunkte sollen sein:
795 Politischen Bildung, digitale Bildung Erwachsener, Maßnahmen zur Alphabetisierung
796 und Grundbildung sowie Integration von Migrantinnen.
- 797
- 798 • Das bewährte Konzept **HESSENCAMPUS** als wichtiger Teil des Systems lebensbegleitenden
799 Lernens und insbesondere der Bildungsberatung in Hessen wird fortgeführt
800 und soll, falls die betroffenen Kommunen dies wünschen, durch den Abschluss
801 weiterer regionaler Kooperationsvereinbarungen ausgebaut werden.
- 802

803 • Einen der wesentlichen Träger von **Weiterbildungsangeboten** sehen wir in den
804 **Hochschulen**, die zukünftig ihre Kompetenzen in diesem Bereich noch stärker ein-
805 bringen sollen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Weiterbildungsangebote in
806 der ganzen Vielfalt der Möglichkeiten bedarfsgerecht angeboten werden können,
807 sowohl berufsbegleitend wie in Vollzeit, sowohl als Bachelor oder Master wie auch
808 als Zertifikat.

809
810

811 für die Hochschulen

812

813 • Unser Anspruch bleibt es, **Spitzenland in Forschung und Lehre** zu bleiben. Innova-
814 tionen von heute sichern die Arbeitsplätze von morgen. Deshalb werden wir unsere
815 Anstrengungen in diesem Bereich weiterführen.

816

817 • Wir stehen für verlässliche, gut ausgestattete Hochschulen. In der Fortschreibung
818 des **Hessischen Hochschulpaktes 2021 - 2025** soll die vertrauensvolle und langfris-
819 tige Zusammenarbeit mit den Hochschulen fortgesetzt werden. Unser Ziel dabei ist
820 es, Hessens Spitzenniveau in Deutschland zu verteidigen.

821

822 • Forschung und Lehre sind die zentralen Säulen der Hochschulen. Zunehmende Be-
823 deutung erlangt die „**Third Mission**“, die Hochschulen in der Gesellschaft verankert.
824 Kinderunis, Weiterbildungsangebote oder Gründerförderung sind Beispiele für ein
825 künftiges Leistungsangebot der Hochschulen.

826

827 • Wir bekennen uns zur verfassungsmäßig verankerten Wissenschaftsfreiheit und der
828 **Bedeutung der Universitäten, Hochschulen und Hochschulen für angewandte**
829 **Wissenschaften für die Zukunft unseres Landes**. Die Wahrung der Autonomie der
830 Hochschulen bleibt dabei für uns eine herausragende Maxime.

831

832 • Das **System der leistungsorientierten Budgetierung** werden wir dabei weiterent-
833 wickeln, ohne seine Anreizfunktion zu schwächen. Dem Studienerfolg in der Regel-
834 studienzeit soll weiterhin eine wichtige Funktion zukommen. Die Mittel zur Verbes-
835 serung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (sogenannte „QSL-Mit-
836 tel“) werden zukünftig in voller Höhe in die Grundfinanzierung eingehen.

837

838 • Bei den Verhandlungen zum **Hochschulpakt 2020 mit dem Bund** muss die Planungs-
839 hoheit bei den Ländern liegen.

840

841 • Unter unserer Führung hat sich durch massive bauliche Investitionen das Bild der
842 Hochschulen grundlegend gewandelt. Diesen Zukunftsweg gehen wir weiter. Mit ei-
843 nem Programm **HEUREKA III** werden wir von 2027 bis 2030 weitere 1 Milliarde Euro
844 für die Fortsetzung des erfolgreichen Hochschulbauprogramms und zum weiteren
845 Abbau des Sanierungsbedarfs an den hessischen Hochschulen bereitstellen. Gleich-
846 zeitig werden wir das Programm „HEUREKA II“ im Zeitraum 2021 bis 2026 um 500
847 Millionen Euro verstärken.

848

849 • Die **Gremienstrukturen** der Hochschulen wollen wir nicht verändern. Allerdings
850 werden wir - gemeinsam mit den Hochschulen - prüfen, welche rechtlichen und tat-
851 sächlichen Voraussetzungen vorliegen müssen, um Gremienwahlen online durch-
852 führen zu können.

- 853
854
855
856
857
858
859
860
861
862
863
864
865
866
867
868
869
870
871
872
873
874
875
876
877
878
879
880
881
882
883
884
885
886
887
888
889
890
891
892
893
894
895
896
897
898
899
900
901
902
- Wir wollen die Zuschüsse für die **Studentenwerke** weiter ausbauen. Ab 2020 soll der jährliche Zuschuss um eine Million Euro für allgemeine Zwecke steigen. Zusätzlich wird es spezielle Mittel für Kinderbetreuung an den Hochschulen geben.
 - Die **Förderung von Wohnungen für Studierende** bleibt ein Schwerpunkt der Wohnungsbauförderung des Landes. Dazu werden wir das erfolgreiche Programm „Studentisches Wohnen“ fortsetzen und weiter erhöhen.
 - Wir wollen erreichen, dass mehr unbefristete **Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau** geschaffen werden und darauf hinwirken, dass die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie den Mittelbau insgesamt stärken.
 - Die **Qualität der Lehre** spielt eine entscheidende Rolle für Studienleistungen und Studienerfolg. Sie ist daher wesentlicher Teil der Bemühungen, die Studienerfolgsquoten insgesamt zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch Anreize für (Teil-) Systemakkreditierungen an weiteren hessischen Hochschulen setzen.
 - An dem Modellversuch zur befristeten **Verleihung des Promotionsrechtes** an forschungsstarke Fachgebiete von **Hochschulen für angewandte Wissenschaften** halten wir fest und werden ihn zu gegebener Zeit auswerten. Eine qualitätsgesicherte Entfristung des Verleihungsrechts bei erfolgreicher Evaluation streben wir an.
 - Das **duale Studium** in Hessen werden wir weiterhin unterstützen, auch um seine regionale Präsenz gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren zu stärken und bedarfsgerecht auszubauen.
 - Den Pilotversuch zum **Orientierungsstudium** wollen wir fortsetzen. Stärker noch als bislang sollen die Hochschulen überdies die Studienberatung und Studienorientierung als permanenten Prozess begreifen. Wir unterstützen es, diesen adressatengerecht weiter auszubauen.
 - Den derzeitigen Modellversuch der **Hochschulzugangsberechtigung für beruflich Qualifizierte** werden wir fortsetzen. Dieses deutschlandweit einmalige Modell stärkt die Rolle des beruflichen Bildungswesens. Es bleibt weiterhin unser erklärtes Ziel, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen auszubauen und die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung zu gewährleisten.
 - Gemeinsam mit dem Bund wollen wir das **BAföG ausbauen** und die Leistungen deutlich verbessern.
 - Wir werden die Anschlussfinanzierung des Bund-Länder-Programmes zur Förderung des **wissenschaftlichen Nachwuchses** gewährleisten. Wir werden die dazu gestarteten Initiativen unserer Hochschulen auch zukünftig unterstützen.
 - Wie schon im aktuellen hessischen Hochschulpakt werden wir auch für die Zeit ab 2021 eine zukunftssträchtige und verantwortungsvolle **Personalentwicklung an den hessischen Hochschulen** sicherstellen.
 - Die Stipendienkultur in Deutschland hat in den vergangenen Jahren einen großen Aufschwung erlebt. Dazu gehört insbesondere auch das **Deutschlandstipendium**. Wir unterstützen diesen erfreulichen Prozess an unseren Hochschulen.

- 903
- 904
- 905
- 906
- 907
- 908
- 909
- 910
- 911
- 912
- 913
- 914
- 915
- 916
- 917
- 918
- 919
- 920
- 921
- 922
- 923
- 924
- Die Arbeit mit den **Alumni der Hochschulen** sichert den Austausch von Menschen, die ihren beruflichen Erfolg der Hochschule verdanken, mit ihrer Alma Mater. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die zunehmenden Aktivitäten der hessischen Hochschulen, die diesen keineswegs nur finanziell, sondern vor allem auch ideell nutzen.
 - Mit einem neuen „**Digitalpakt Hochschule**“ werden wir den digitalen Wandel auch in Wissenschaft, Forschung und Lehre begleiten. Der Ausbau der Hochleistungsrechnerinfrastruktur zählt ebenso dazu wie freies WLAN an den Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften.
 - Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die Studierenden in Hessen **digitale Lerninhalte** rechtssicher, unbürokratisch und kostenfrei nutzen können und der Zugang zu urheberrechtlich geschützten Schriftwerke unkompliziert möglich ist.
 - Auch an den Hochschulen ermöglicht die Digitalisierung völlig neue Formen des Lernens und des wissenschaftlichen Arbeitens. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir Modelle der Kombination von präsenzorientierten und orts- bzw. zeitunabhängigen Lern- und Studienformen (z.B. sogenannte „**Inverted Classroom**“-Angebote“) umsetzen.

925 **Wie wir in Hessen sicher leben**

926

927 **Freiheit gibt es nur mit Sicherheit. In Hessen hat unter Führung der CDU die Sicherheit**
928 **oberste Priorität. Unsere Sicherheitspolitik fußt auf Erfahrung, Verantwortung und klaren**
929 **Prinzipien. Die Kriminalität ist in Hessen auf dem niedrigsten Stand seit fast 40 Jah-**
930 **ren gesunken. Bundesweit liegen wir damit auf Platz 2. Gleichzeitig werden so viele Ver-**
931 **brechen aufgeklärt wie noch nie. Mit unserer Einstellungsoffensive bei Justiz und Polizei**
932 **haben wir Maßstäbe gesetzt. Wir haben so viele Polizisten in Ausbildung wie noch nie.**
933 **Wir werden die Personalstärke der Polizei auf hohem Niveau halten und bei Bedarf wei-**
934 **ter ausbauen, nicht zuletzt angesichts neuer Herausforderungen. Und wir tun alles da-**
935 **für, unsere Polizei modern auszustatten.**

936

937 **Null Toleranz gegenüber Verbrechern**

938 Wir wollen die Aufklärungsquote von Straftaten weiter erhöhen und unsere Spitzenposition
939 beim Kampf gegen Kriminelle weiter ausbauen. Es darf keine Entkriminalisierung von Straf-
940 taten geben, auch nicht beim Ladendiebstahl und sogenannter „Kleinkriminalität“. Die Men-
941 schen müssen in ihren eigenen vier Wänden sicher leben, daher wird der Kampf gegen Woh-
942 nungseinbrüche weiterhin ein Schwerpunkt der hessischen Innenpolitik sein. Auf Straßen,
943 Plätzen, auf dem Schulweg, beim Einkauf oder in den Öffentlichen Verkehrsmitteln müssen
944 sich Menschen sicher bewegen können.

945

946 **Mehr Polizei auf Straßen und Plätzen**

947 „Die Polizei - mein Freund und Helfer“ - auf dieses bewährte Leitbild sollen sich die Men-
948 schen weiterhin verlassen können. Mehr Personal für die Polizei ist ein Mehr an sichtbarer
949 Präsenz auf unseren Straßen und Plätzen. Eine gute Bezahlung und optimale Rahmenbedin-
950 gungen sind unerlässlich, um auch in Zukunft engagierte Menschen für diesen Dienst an der
951 Gemeinschaft zu gewinnen. Ebenso wollen wir eine angemessene Ausstattung von Bundes-
952 polizei an Bahnhöfen und Flughäfen. Die Polizeiwachen im ländlichen Raum stärken wir.
953 Ebenso setzen wir mehr Polizei in Innenstädten und Problemvierteln ein. Wir werden ver-
954 hindern, dass in unserem Land sogenannte „No-Go-Areas“ entstehen.

955

956 **Fahndung und Ausstattung auf der Höhe der Zeit**

957 Unsere Polizei muss in der Ausstattung, aber auch in den Methoden, immer auf der Höhe
958 der Zeit sein. Der Rechtsstaat darf nicht hinter den technischen Möglichkeiten seiner Feinde
959 zurückstehen. Wir brauchen die jeweils neusten Ermittlungsmöglichkeiten, um Gefahren
960 abzuwehren und Täter zu ergreifen. Das Polizeigesetz wird daher weiter modernisiert, auch
961 mit Blick auf die Herausforderungen im digitalen Zeitalter. Wir setzen auf präventive Maß-
962 nahmen, um Straftaten zu verhindern. Die Videoüberwachung ist ein sinnvolles Instrument,
963 um Täter zu überführen und abzuschrecken.

964

965 **Polizei, Strafvollzug, Feuerwehr und Rettungskräfte verdienen Respekt**

966 Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte verdienen Anerkennung, Schutz und Respekt für ih-
967 ren gefährlichen Einsatz. Wer den Kopf für diesen Staat hinhält, hat die volle Unterstützung
968 unserer Gesellschaft verdient. Keiner darf wegsehen, wenn Hilfskräfte angegriffen oder an
969 ihrem Einsatz gehindert werden. Hierzu hat Hessen auf Bundesebene die Einführung des
970 „Schutzparagrafen“ vorangetrieben und die „Schutzschleife“ aufgelegt. Wir werden nicht
971 nachlassen uns dafür einzusetzen, dass Angriffe auf Polizei-, Strafvollzugs- und Rettungs-
972 kräfte mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr geahndet werden müssen.

973

974 **Den Rechtsstaat stark halten**

975 Wir stehen zu unserem freiheitlichen Rechtsstaat, auf den sich die Menschen verlassen kön-
976 nen. Angesichts neuer Herausforderungen in der digitalen Welt, neuer Kriminalitätsformen
977 und terroristischer Gefahren werden wir mit einer angemessenen Zahl von Richtern und
978 Staatsanwälten reagieren. Ein besonderes Augenmerk muss auf der Bekämpfung der Ju-
979 gendkriminalität liegen. Die Gesetze müssen verschärft werden, damit nicht weiter für Ter-
980 ror im Internet öffentlich geworben werden darf. Wir wollen gerade in diesem Bereich neue
981 Wege bei der Prävention und Wiedereingliederung gehen.

982

983 **Extremismus und Terror kompromisslos bekämpfen**

984 Extremisten jedweder Richtung sind Gegner unseres Staates. In Hessen stoßen sie auf un-
985 seren erbitterten Widerstand. Gefährder gehören hinter Schloss und Riegel, das heißt in po-
986 lizeiliche Präventivgewahrsam, solange dies verfassungsrechtlich möglich ist. Mit unseren
987 bundesweit einmaligen Maßnahmen gegen Hassprediger und Salafisten haben wir ent-
988 schlossen gehandelt. Wir werden unsere Anstrengungen ausbauen und die nationale und
989 internationale Zusammenarbeit gegen den Terror verbessern. Dazu zählt auch ein moder-
990 ner, gut ausgestatteter Verfassungsschutz. Er ist Teil unseres Rechtsstaates.

991

992 **Opferschutz vor Täterschutz**

993 Es muss der Grundsatz gelten: Opferschutz vor Täterschutz. Noch stärker als bisher werden
994 wir dafür Sorge tragen, dass die Opfer von Gewalt unsere Solidarität erfahren. Gerade die
995 Opfer von Sexualdelikten und häuslicher Gewalt haben wir im Blick. Keine Toleranz darf
996 auch Gewalt gegen Kinder haben – wer sich nicht selbst helfen kann, verdient unseren
997 Schutz in besonderem Maße.

998

999 **Auch Sicherheit muss 4.0 sein**

1000 Die Sicherheit steht in Zeiten der Digitalisierung vor neuen Herausforderungen. Kriminelle
1001 werden immer mehr mit digitalen Methoden versuchen, Institutionen, Menschen und Grup-
1002 pen zu schädigen. Sie stoßen in Hessen auf eine starke Cybersicherheitsstruktur. Diese wer-
1003 den wir ebenso ausbauen wie neue Methoden, um digitalen Langfingern auf die Schliche zu
1004 kommen. Sicherheit muss zur neuen Sicherheit 4.0. weiterentwickelt werden. Mit dem eu-
1005 ropaweit führenden Cyber-Sicherheitszentrum CRISP in Darmstadt verfügen wir über die
1006 professionelle Expertise. Mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität
1007 (ZIT) haben wir zudem eine der schlagfertigsten staatsanwaltschaftlichen Einheiten in ganz
1008 Europa.

1009

1010 **Für einen sicheren Justizvollzug**

1011 Wir stehen für einen sicheren und effektiven Justizvollzug. Wir haben den Justizvoll-
1012 zug erheblich personell gestärkt. Dort wo es notwendig ist, werden wir dies ebenso
1013 fortsetzen wie unser Sanierungs- und Investitionsprogramm für hessische Vollzugs-
1014 anstalten. Bei der Resozialisierung setzen wir weiter auf effektive und innovative
1015 Konzepte.,Das von uns geschaffene Netzwerk Deradikalisierung im Strafvollzug
1016 (NeDiS) werden wir ausbauen und so unsere Spitzenposition in Deutschland be-
1017 haupten.

1018

1019 **Zuzug steuern und begrenzen**

1020 Der Zuzug von Migrantinnen und Flüchtlingen muss begrenzt und gesteuert werden. Wir müs-
1021 sen wissen, wer in unser Land kommt. Die Klärung der Identität muss vor der Einreise ste-
1022 hen. Die Verfahren müssen zügig und verbindlich sein. Der Familiennachzug wird nicht all-
1023 gemein, sondern nach einer sehr individuellen Prüfung erfolgen. Und insgesamt gilt: Asyl

1024 ist ein Recht auf Zeit. Wer sein Gastrecht verwirkt, muss unser Land verlassen. In unserem
1025 Land gelten unsere Regeln. Daher werden wir den Asylmissbrauch energisch bekämpfen.
1026 Wir wollen keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme.

1027

1028 **Bekennnis zur Bundeswehr**

1029 Unser Respekt gilt den Frauen und Männern in der Bundeswehr, die für die Sicherheit und
1030 Freiheit unseres Landes auch von vielen Standorten in Hessen aus ihre Gesundheit und ihr
1031 Leben aufs Spiel setzen. Wir betrachten uns als Garant für die vertrauensvolle Zusammen-
1032 arbeit zwischen dem Landeskommmando Hessen der Bundeswehr, unserem Land und seinen
1033 Bürgern.

1034

1035 **Und das sind unsere Maßnahmen:**

1036

1037 **... für die Innere Sicherheit**

1038

1039 **modernste Ausstattung und Instrumente der Polizei**

1040

1041 • Um den Polizeiberuf attraktiv zu halten, müssen Polizisten optimal ausgestat-
1042 tet werden. Wir werden mit einer weiteren **Ausstattungsoffensive (HARRY)** unsere
1043 Polizei technisch auf ein noch höheres Niveau bringen. Dazu gehört auch die landes-
1044 weite Ausstattung aller Einsatzkräfte mit Elektro-Tasern, Bodycams und Handys zur
1045 Dokumentation.

1046

1047 • Wir wollen das Instrument der **Videoüberwachung** für eine effektive Gefahrenab-
1048 wehr noch besser nutzen. An Gefahrenpunkten, wie etwa auf Flughäfen, Bahnhöfen,
1049 in Sportstätten, Einkaufszentren und Packstationen, wollen wir den Einsatz von in-
1050 telligenter Videosicherheitstechnik ausweiten, um Straftäter abzuschrecken und
1051 Straftaten besser aufklären zu können.

1052

1053 • Mithilfe moderner Technik, wie zum Beispiel durch **Gesichtserkennung**, wollen
1054 wir öffentliche Fahndungen noch schneller zum Erfolg führen.

1055

1056 • Polizei- und Sicherheitsbehörden müssen mit **modernsten Ermittlungsmethoden**
1057 **und -instrumenten** arbeiten können. Dazu gehören verdachtsunabhängige Perso-
1058 nenkontrollen, die Schleierfahndung, der Einsatz automatischer Kennzeichenlesege-
1059 räte ebenso wie die Einführung heimlicher Betretungsrechte zur Sicherstellung von
1060 TKÜ-Maßnahmen und die Überwachung der verschlüsselten Internetkommunika-
1061 tion von Tatverdächtigen unter Maßgabe klar geregelter Voraussetzungen. Dies er-
1062 fordert eine rechtliche Gleichbehandlung von Telemediendienst-anbietern wie Face-
1063 book oder WhatsApp mit Telekommunikationsanbietern.

1064

1065 • Wir wollen den Sicherheitsbehörden wieder die Möglichkeit zur **Abfrage von Tele-**
1066 **kommunikationsdaten** zur Ermittlung von in der Vergangenheit liegenden
1067 Standortdaten zur Verfügung stellen.

1068

1069 • Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, **Alkoholverbote im Öffentlichen**
1070 **Raum** auszusprechen und sogenannte **Waffenverbotszonen** in bestimmten Stadt-
1071 gebieten einzurichten.

1072

1073 • Im Rahmen der Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit garantieren wir den Erhalt
1074 der erfolgreichen Arbeit in den **Hessischen Polizeipferde- und Hundestaffeln**.

1075

1076 • Unsere Anstrengungen zur Vergütung von Mehrarbeitsstunden bei der **hessischen**
1077 **Polizei** setzen wir fort. Weitere Stellenhebungen bei der Polizei sollen auch in der
1078 Zukunft ein Maximum an Beförderungsmöglichkeiten ermöglichen.

1079

1080 **Kriminalitätsbekämpfung auf der Höhe der Zeit**

1081

1082 • Das Sicherheitsgefühl der Menschen im Alltag ist uns ein Kernanliegen. Wir werden
1083 dafür sorgen, dass es in Hessen **keine Angsträume und No-Go-Areas** gibt. Straßen-
1084 kriminalität, aggressives Betteln und Belästigungen unbescholtener Bürger wollen
1085 wir aus unseren Innenstädten verbannen.

1086

1087 • Das **Erfolgsmodell des freiwilligen Polizeidienstes** wollen wir deshalb fortsetzen
1088 und weiter ausbauen.

1089

1090 • Jeder **Wohnungseinbruchsdiebstahl** ist ein empfindlicher Eingriff in die Pri-
1091 vatsphäre, den wir nicht akzeptieren. Wir wollen unsere erfolgreiche Offensive ge-
1092 gen diese Form der Kriminalität fortsetzen und weiter ausbauen. Um besser gegen
1093 gut organisierte Einbrecherbanden vorzugehen, wollen wir die **DNA-Analyse sowie**
1094 **die Telekommunikationsüberwachung** bei diesen Straftaten zulassen.

1095

1096 • Kriminelle Clans und Rockergruppen sowie die Mafia werden in Hessen auf unseren
1097 erbitterten Widerstand stoßen. Wir dulden keinen **Menschen-, Drogen-, Waffen-**
1098 **handel oder andere Formen der Organisierten Kriminalität.**

1099

1100 • Nach der Verschärfung des Strafrechts zur **Ahndung illegaler Autorennen** werden
1101 wir gemeinsam mit dem Deutschen Motorsportbund, dem ADAC und weiteren Akt-
1102 euren ein hessisches Präventivprogramm für jugendliche Raser auflegen.

1103

1104 • Wir wollen **Drogenkriminalität** weiter wirksam bekämpfen. Die Grenze für den
1105 straflosen Eigenbesitz von Drogen werden wir nicht aufweichen.

1106

1107 • Wir werden weiterhin **altersgruppenspezifische Kriminalität** durch Präventionsar-
1108 beit und gezielte Verfolgung bekämpfen. Vom **Cybergrooming** an Minderjährigen –
1109 hier wollen wir schon den Versuch unter Strafe stellen – bis hin zu Betrugsmaschen
1110 gegen Senioren wie dem **Enkeltrick**, sind wir bei der Verfolgung auf der Höhe der
1111 Zeit.

1112

1113

1114 **Maßnahmen auf Bundesebene**

1115

1116 • Wir setzen uns für eine bundesweite verbindliche **Wiedereinführung der Buchfüh-**
1117 **rungspflicht im Pfandleihgewerbe und Gebrauchtwarenhandel** ein, um den Ab-
1118 satz von Diebesgut zu erschweren. Dies dient insbesondere der Bekämpfung der Ei-
1119 gentumskriminalität bzw. der Hehlerei.

1120

1121 • Wir setzen uns für ein **zentrales Bundesmelderegister** ein. Eine moderne und bür-
1122 gernahe Verwaltung zeichnet sich im Zeitalter der Informationstechnik und Digita-
1123 lisierung durch medienbruchfreie Verfahren und einen reibungslosen Datenaus-
1124 tausch aus. Um auch im Meldewesen der rasanten Entwicklung Stand zu halten und
1125 die Leistungen für die Bürger sowie Unternehmen effizienter zu gestalten, werden
1126 wir ein zentrales Bundesmelderegister schaffen. Damit soll ein verbesserter Daten-
1127 austausch/-abgleich mit anderen Registern, z.B. dem Ausländerzentralregister, ver-
1128 bunden werden.

1129

- 1130
- 1131
- 1132
- 1133
- 1134
- 1135
- 1136
- 1137
- 1138
- 1139
- 1140
- 1141
- 1142
- 1143
- 1144
- 1145
- 1146
- 1147
- 1148
- 1149
- 1150
- 1151
- 1152
- 1153
- 1154
- 1155
- 1156
- 1157
- 1158
- 1159
- 1160
- 1161
- 1162
- 1163
- Wir wollen die **Regelungen der Strafprozessordnung zur DNA-Identitätsfeststellung** so ändern, dass auch äußere Körpermerkmale, wie zum Beispiel Augenfarbe und Haarfarbe, bei schweren Verbrechen ausgelesen und zur Überführung von Straftätern verwendet werden dürfen.
 - Wir wollen eine tragfähige Rechtsgrundlage zur **Vorratsdatenspeicherung** unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichtes schaffen.
 - Wir wollen die Strafbarkeit im Bereich der **Kindesentführung** und für die **Verschaffung kinderpornografischen Materials** verschärfen.
 - Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine stärkere **Zusammenarbeit bei der Durchführung von nachrichtendienstlichen Maßnahmen**, wie beispielsweise der Telekommunikationsüberwachung, ein.
 - Wir unterstützen die Anstrengungen der EU zur Herstellung der **Vernetzung der Informationssysteme**: Die bisher getrennten Daten in EURODAC, dem Visa-Informationssystem, dem Schengen-Informationssystem und dem zu entwickelnden Einreise-/Ausreise-System und dem Europäischen Reise-Informations- und Genehmigungssystem (ETIAS) sowie auch INPOL müssen so verknüpft werden, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden durch eine Nachfrage alle zur Verfügung stehenden Informationen abfragen können.
 - Wegen der Ausrüstungsdefizite bei der durch den Bund zu gewährleistenden **Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder** fordern wir eine Erhöhung der Finanzmittel des Bundes.
 - Wir setzen uns für die Schaffung eines **bundeseinheitlichen Versammlungsgesetzes** und eine Reform des Vereinsgesetzes ein, um extremistische Bestrebungen unter dem Deckmantel des Versammlungs- oder Vereinsgesetzes besser unterbinden zu können.

Opferschutz und Prävention

- 1164
- 1165
- 1166
- 1167
- 1168
- 1169
- 1170
- 1171
- 1172
- 1173
- 1174
- 1175
- 1176
- 1177
- 1178
- 1179
- In Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Opferschutzverbänden werden wir an der stetigen Verbesserung der **Opferbetreuung** arbeiten. Wir stellen sicher, dass Opfer von Gewalt angemessen unbürokratisch entschädigt werden und setzen die vorhandenen Instrumente wie die psychosoziale Prozessbegleitung für Frauen und Kinder weiter fort.
 - Wir werden den Zugang zu **Opferschutzangeboten** verbessern. Das Adhäsionsverfahren werden wir stärken.
 - Wir werden den Opferschutz auch auf die **Unterstützung von Menschen nach Terroranschlägen** vorbereiten.
 - Die **Präventionsarbeit** werden wir weiter ausbauen. Kriminalprävention ist aktiver Opferschutz. Wir werden die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen im Bereich

1180 Extremismus und Internetkriminalität mittels moderner Medien gestalten. Die
1181 Gruppe der Älteren werden wir stärker in die Präventionsarbeit einbeziehen.
1182

1183

1184 **Kampf gegen Extremismus und Stärkung des Verfassungsschutzes**

1185

1186 • Mit der vollzogenen **Aufstockung des Verfassungsschutzes** sind wir für die Aufga-
1187 ben der Zukunft, die Bekämpfung aller Formen des Extremismus und die sich aus der
1188 globalen Gefährdungslage und dem Flüchtlingszuzug erwachsenen Herausforderun-
1189 gen bestens gewappnet. Hierzu zählen neben Rechts- und Linksextremisten, islami-
1190 sche Fundamentalisten auch die sogenannten „Reichsbürger“, die unsere freiheitlich
1191 demokratische Grundordnung in Frage stellen und den Bestand der Bundesrepublik
1192 Deutschland bekämpfen.

1193

1194 • Wir wollen auch im Hessischen Verfassungsschutzgesetz Regelungen zur **Quellen-**
1195 **Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und zur Onlinedurchsuchung**
1196 im Einklang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz einfüh-
1197 ren.

1198

1199 • Wir werden beim **Vorgehen gegen Hassprediger und Gefährder** alle vereins-, aus-
1200 länder- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Instrumente ausschöpfen und bei Be-
1201 darf erweitern.

1202

1203 • **Einbürgerungen von Extremisten** müssen verhindert oder – soweit rechtlich mög-
1204 lich – rückgängig gemacht werden. Wer im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft
1205 hat und neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, muss die
1206 deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Hierfür werden wir uns auf Bundesebene
1207 einsetzen.

1208

1209 • Wir setzen uns dafür ein, dass die **Sicherheitsbehörden der Länder** und der EU-Mit-
1210 gliedstaaten ihre Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder automatisiert un-
1211 tereinander austauschen.

1212

1213 • Wir wollen **Gefährder länger als bisher in Präventivgewahrsam** nehmen. Die prä-
1214 ventiven Eingriffsbefugnisse gegen Gefährder wie Hausarreste, Vermögenseinzie-
1215 hung, Online-Durchsuchung und Wohnraumüberwachung wollen wir insgesamt aus-
1216 bauen.

1217

1218 • Wir werden darauf hinwirken, die beteiligten Behörden zu verpflichten, bei der Zu-
1219 sammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei im **Gemeinsamen Terrorismus-**
1220 **abwehrzentrum des Bundes und der Länder (GTAZ)** ausreichend Personal zur Ver-
1221 fügung zu stellen.

1222

1223 • Wir wollen die **Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigun-**
1224 **gen** bundesgesetzlich unter Strafe stellen. Für die Unterstützung von terroristischen
1225 Vereinigungen wollen wir eine Versuchsstrafbarkeit einführen. Wenn sich erhärtet,
1226 dass Extremisten in Deutschland aus bestimmten Staaten ideologische Unterstüt-
1227 zung erhalten, sind weitere adäquate Abwehrinstrumente wie beispielsweise Einrei-
1228 severbote für salafistische Prediger aus dem Ausland erforderlich.

1229

- 1230
1231
1232
1233
1234
1235
1236
1237
1238
1239
1240
- Auch **Extremismus, der unter dem Deckmantel der Kultur** daherkommt, muss erkannt und konsequent bekämpft werden.
 - Wir wollen auf Bundesebene eine gemeinsame **Verbunddatei zum gewaltorientierten Linksextremismus** nach dem Vorbild der bestehenden Verbunddateien zum Antiterror und Rechtsextremismus einführen.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass der Verfassungsschutz – orientiert an der Strafmündigkeit – künftig **Jugendliche bereits ab 14 Jahren überwachen** darf.

1241 **Bekämpfung von Cyberkriminalität**

- 1242
1243
1244
1245
1246
1247
1248
1249
1250
1251
1252
1253
1254
1255
1256
1257
1258
1259
1260
1261
1262
1263
1264
1265
1266
1267
1268
1269
1270
1271
1272
1273
1274
1275
1276
1277
1278
- Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und hessischen Wirtschaft wird durch gezielte Spähangriffe fremder Nachrichtendienste und internationaler Konkurrenz schwer geschädigt. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sind häufig nur unzureichend geschützt. Um die steigende **Wirtschaftskriminalität im Cyberbereich** effektiv zu bekämpfen, stellen wir unsere Staatsanwaltschaften und Ermittlungsbehörden modern auf.
 - In der **Landesverwaltung haben auf die Herausforderungen im Cyberraum** bereits frühzeitig reagiert und umfassende Sicherheits- und Maßnahmenprogramme eingerichtet. Dies setzen wir fort.
 - Die polizeiliche Ermittlungsarbeit, Spurensicherung und effektive Strafverfolgung müssen auch im Internet auf der Höhe der Zeit sein. Wir werden deshalb eine **Taskforce Digitalforensik** beim Hessischen Landeskriminalamt einrichten. Wir wollen zudem eine Rechtsgrundlage schaffen, die es ermöglicht, grenzüberschreitend beweishebliche Daten zu sichern.
 - Wir setzen uns dafür ein, europaweit verpflichtende Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit von mit dem Internet verbundenen Alltagsgeräten (**Internet der Dinge**) zu entwickeln und ein europaweit gültiges Zertifizierungssystem aufzubauen. Wir wollen, dass bundesweit eine Ausweitung der Produkthaftung (Pflicht zur Einhaltung von Mindeststandards für die IT-Sicherheit, Pflicht zur Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit durch Updates) vorgenommen wird und Zertifizierungssysteme entwickelt werden. Zudem soll eine „Schwarze Liste“ für Hersteller und Produkte, die korrumpiert wurden, veröffentlicht werden. Wir setzen uns für die Einführung einer Haftung der Verantwortlichen für Produkte künstlicher Intelligenz ein, wenn hieraus Rechtsverstöße resultieren.
 - Bewährte deutsche und europäische IT- und Datensicherheitsstandards müssen in der globalisierten Welt gestärkt und erhalten werden und insbesondere bei der Herstellung und Auslieferung von Produkten durchgesetzt werden (**„Security by design and default“**).
 - Wir wollen unsere Bürger wirksam vor **Botnetzen**, dem illegalen Kapern und Vernetzen von Computern zu kriminellen Handlungen, schützen, indem wir eindeutige Rechtsgrundlagen schaffen, die es gestatten, infizierte Rechner zu säubern und die

- 1279 Kommandoserver abzuschalten. Den digitalen Hausfriedensbruch wollen wir ebenso
1280 wie das Betreiben krimineller Infrastrukturen im Netz unter Strafe stellen.
1281
- 1282 • Wir wollen eine **Rechtsgrundlage schaffen, um zur Durchführung einer Quellen-**
1283 **Telekommunikationsüberwachung oder einer Online-Durchsuchung** Sachen ver-
1284 deckt durchsuchen sowie die Wohnung, in der sich das informationstechnische Ziel-
1285 system befindet, ohne Einwilligung betreten und durchsuchen zu können.
1286
 - 1287 • Wir wollen, dass der Bund künftig auch mit **Gegenangriffen auf Cyberattacken** re-
1288 agieren darf. Dieses Instrument ist angesichts steigender Gefahren im Internet und
1289 wiederholter Bedrohungslagen erforderlich.
1290
 - 1291 • Wir wollen den **Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf E-Mails** regeln und hier-
1292 für die Regeln zur Postbeschlagnahme in § 99 StPO zur Anwendung bringen.
1293
 - 1294 • Wir wollen die **Kriminalität im Darknet** bekämpfen. Deshalb werden wir es verdeck-
1295 ten Ermittlern im Internet ermöglichen, digitale Identitäten von Straftätern zu be-
1296 schlagnahmen und weiterzuführen, um so effektiv gegen die Darknet-Kriminalität
1297 vorgehen zu können. Das Betreiben krimineller Handelsplätze im Darknet stellen wir
1298 unter Strafe. Internetzugangsanbieter verpflichten wir, alle zur Identifizierung der
1299 Kunden benötigten Daten vorzuhalten und Stillschweigen über polizeiliche Ermitt-
1300 lungsarbeiten zu wahren.
1301
 - 1302 • Wir wollen durch die **Einführung des Marktortprinzips für ausländische Internet-**
1303 **dienste** in der StPO die Rechtsdurchsetzung und die Effektivität der Strafverfolgung
1304 von Cybercrime-Straftaten verbessern. Ausländische Provider sollen verpflichtet
1305 werden, in Deutschland Ansprechstellen für die Strafverfolgungsbehörden zu unter-
1306 halten.
1307
 - 1308 • Wir wollen den **Strafrahmen für den Besitz von Kinderpornographie** von drei auf
1309 fünf Jahre erhöhen, um Kinder im Internet besser zu schützen, die Effektivität der
1310 Strafverfolgung pädophiler Täter zu erhöhen und Wertungswidersprüche im StGB zu
1311 beseitigen.
1312
 - 1313 • Wir fordern eine **Identifizierungspflicht auch für Vertragskunden bei Mobilfunk-**
1314 **verträgen**. Ohne die Pflicht zur Identifizierung bei Prepaid Handys sind vielfältige
1315 Umgehungsmöglichkeiten durch unseriöse Anbieter vorstellbar. Dies wollen wir so-
1316 wohl mit Blick auf die Bekämpfung des Terrors als auch im Kampf gegen die Inter-
1317 netkriminalität verhindern.
1318
 - 1319 • Wir werden weiter intensiv gegen **Hasskommentare im Netz** vorgehen. Das Netz
1320 darf nicht dazu beitragen, dass Menschen im Schutz der Anonymität Straftaten und
1321 Beleidigungen begehen.
1322

1324 **Stärkung des Brand- und Katastrophenschutzes**

- 1326 • Die derzeitige **Rekordförderung für den Brand- und Katastrophenschutz**
1327 muss fortgesetzt werden. Wir wollen die heutigen Fördersummen für Haupt- und

1328 Ehrenamt erhalten. Von der Förderung der Löschzweige bis hin zu modernsten
1329 Atemschutzmasken sorgen wir für eine gute Ausstattung.

1330

1331 • Damit ehrenamtliches Engagement im Brand- und Katastrophenschutz auch in Zu-
1332 kunft funktionieren kann, brauchen wir mehr junge Menschen bei Feuerwehren,
1333 Technischem Hilfswerk und Hilfsorganisationen. Hierzu werden wir eine **Landesof-**
1334 **fensive zur Nachwuchsgewinnung** starten. Auch werden wir die Zusammenarbeit
1335 von Feuerwehren und Kindertagesstätten und Schulen durch enge Kooperationen
1336 ausbauen, um erfolgreiche Jugendarbeit sowie Brandschutzerziehung und -aufklä-
1337 rung gleichermaßen zu erreichen.

1338

1339 • Wir wollen den Feuerwehren ermöglichen, selbst **verkehrsleitende Maßnahmen**
1340 durchzuführen.

1341

1342 • Wir wollen gleiche **Voraussetzungen für die Teilnahme an Weiterbildungsveran-**
1343 **staltungen** im Feuerwehr- und Katastrophenschutz für Beschäftigte in der Privat-
1344 wirtschaft wie im öffentlichen Dienst.

1345

1346

1347 **.... für Recht und Justiz**

1348

1349 • Nur ein starker Rechtsstaat sichert unsere Freiheit und Demokratie. Wir werden das
1350 **Hessische Justizaufbauprogramm** fortführen und unsere Gerichte und Staatsan-
1351 waltschaften auf alle aktuellen Herausforderungen vorbereiten. Unser Ziel ist, Ver-
1352 fahren zu beschleunigen und moderne Arbeitsplätze für das 21. Jahrhundert zu
1353 schaffen. Dazu gehören **innovative Arbeitszeitmodelle** ebenso wie Hessenbüros
1354 und Heimarbeitsplätze. Wir werden zudem eine Nachwuchskampagne für die Hessi-
1355 sche Justiz starten.

1356

1357 • Die **Häuser des Jugendrechts** werden wir weiter fördern und ausbauen. Dabei wer-
1358 den wir auch auf innovative Modelle wie die Digitalen Häuser des Jugendrechts set-
1359 zen, um Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfen zum Beispiel im ländli-
1360 chen Raum besser zu vernetzen. Wir werden das erfolgreiche **Projekt „Schule des**
1361 **Respekts“** weiter ausbauen und landesweit in Zusammenarbeit mit den Kommunen
1362 fördern, um kriminelle Karrieren von Jugendlichen frühzeitig abzubrechen.

1363

1364 • Den **Justizstandort Frankfurt am Main** wollen wir stärken. Mit der Schaffung einer
1365 **englischsprachigen Kammer** und zivilprozessualen Änderungen werden wir die
1366 Chancen des Brexit nutzen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass eine **Regi-**
1367 **onalkammer der Europäischen Staatsanwaltschaft** nach Frankfurt am Main
1368 kommt.

1369

1370 • Zum Schutz der **Unabhängigkeit der Justiz** werden wir alle Bewerber für die hessi-
1371 sche Justiz auf eine extremistische Einstellung hin überprüfen.

1372

1373 • Wir werden die **Sicherheitsinfrastruktur an Gerichten und Staatsanwaltschaften**
1374 weiter verbessern.

1375

- 1376
1377
1378
1379
1380
1381
1382
1383
1384
1385
1386
1387
1388
1389
1390
1391
- Wir werden die Justiz konsequent digitalisieren. Die **Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs** bis zum Jahr 2026 werden wir umsetzen. Dabei werden wir konsequent darauf achten, dass die Qualität und Effizienz der Justiz erhalten bleibt und die Nutzer die Vorteile der Digitalisierung spüren.
 - Den **Digitalen Servicepoint der Justiz** wollen wir zu einem echten Dienstleistungs- und Servicezentrum des Rechtsstaats ausbauen. Wir werden in diesem Zusammenhang Modellprojekte wie den elektronischen Erbschein und die Zentrale Antragsannahme in einigen Verfahren durch den Digitalen Servicepoint auf den Weg bringen.
 - Für einen besseren **Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz** werden wir länderübergreifend die rechtlichen und technischen Möglichkeiten verbessern. In Hessen gilt unsere Aufmerksamkeit nach der Beseitigung der rechtlichen Hemmnisse der Sicherstellung der technischen Ausstattung auf der Höhe der Zeit.

1392 **Strafvollzug**

- 1393
1394
1395
1396
1397
1398
1399
1400
1401
1402
1403
1404
1405
1406
1407
1408
1409
1410
1411
1412
1413
1414
1415
1416
1417
1418
1419
- Alle 16 bestehenden hessischen **Justizvollzugsanstalten sowie die Jugendarrestanstalt** werden wir erhalten und weiter modernisieren. Darüber hinaus werden wir den Bau einer **Jugendarrestanstalt in Nordhessen** prüfen.
 - Wir werden in einem Modellprojekt **Bodycams auch im Strafvollzug** erproben.
 - Die **Resozialisierung im Strafvollzug** heißt auf ein Leben ohne Straftaten vorzubereiten. Straftaten zu verhindern, ist der beste Opferschutz. Wir werden deshalb im Strafvollzug weiter auf Bildung und Ausbildung setzen. Dazu gehört auch die Vermittlung der Deutschen Sprache. Wir halten an der Arbeitspflicht für Gefangene fest.
 - Im **Jugendvollzug** werden wir weiter daran arbeiten, kriminelle Karrieren schnell abzubrechen.
 - In den nächsten Jahren werden die Strafvollzugsanstalten mit einer großen Zahl von politischen und religiösen Extremisten konfrontiert sein. Das erfolgreiche **Projekt „Netzwerk Deradikalisierung im Strafvollzug – NeDiS“** werden wir weiter unterstützen und ausbauen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse über die extremistische Szene werden wir noch intensiver in der Präventionsarbeit außerhalb der Vollzugsanstalten einfließen lassen.
 - Die **risikoorientierte Bewährungshilfe**, also die Orientierung an der Gefährlichkeit und Rückfallgefahr bei Straftätern auf Bewährung, hat sich bewährt. Daran werden wir festhalten.

1420 **Justizpolitische Forderungen**

- 1421
1422
1423
1424
1425
- An dem Instrument der **elektronischen Aufenthaltsüberwachung** („elektronische Fußfessel“) und der Elektronischen Präsenzkontrolle halten wir fest. Wir setzen uns für eine behutsame Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten ein, wie wir es zuletzt im Bereich islamistischer Gefährder erreicht haben.

- 1426
- 1427
- 1428
- 1429
- 1430
- 1431
- 1432
- 1433
- 1434
- 1435
- 1436
- 1437
- 1438
- 1439
- 1440
- 1441
- 1442
- 1443
- 1444
- 1445
- 1446
- 1447
- 1448
- 1449
- 1450
- 1451
- 1452
- 1453
- 1454
- 1455
- 1456
- 1457
- Wir begrüßen die Möglichkeit des **Führerscheinentzugs als allgemeine Strafe**. Gerade dort, wo Geldstrafen kein fühlbares Übel für die Straftäter darstellen, kann der Entzug des Führerscheins eine wirksame Alternative sein. Wir fordern deshalb eine konsequentere Umsetzung des Rechtsrahmens durch die Fahrerlaubnisbehörden und Strafgerichte.
 - Wir wollen die Bevölkerung noch besser vor rückfallgefährdeten gefährlichen Sexual- und Gewalttätern schützen. Deshalb werden wir uns für die **Wiedereinführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung** einsetzen.
 - Schwarzfahren und andere sogenannte Bagatelldelicten wie Ladendiebstahl oder Unterschlagungen müssen weiter strafbar bleiben. Wir werden uns in solchen Fällen aber für eine Beschleunigung der Verfahren, beispielsweise durch ein **digitales Strafbefehlsverfahren** einsetzen.
 - Bei der **Bekämpfung von häuslicher Gewalt** werden wir weiter auf eine innovative staatsanwaltschaftliche Arbeit setzen. Unbelehrbare Wiederholungstäter sollen mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden. Zudem wollen wir die Möglichkeit schaffen, gerichtsfeste Zeugenaussagen in Partnerkliniken aufzunehmen, um eingeschüchterten und traumatisierten Opfern die Aussage in einem geschützten Umfeld zu ermöglichen.
 - Wir setzen uns für die **Reform des Pflegekinderwesens** ein, um Pflegeeltern zu stärken und Adoptionen zu erleichtern.
 - **Paralleljustiz und Parallelgesellschaften** lehnen wir ab. Weder **Kinder- noch Mehrfachehen** werden wir in Hessen akzeptieren.
 - Ein **Verbot der Gesichtsverhüllung im Gerichtssaal** unterstützen wir. Das bedeutet auch ein Kopftuchverbot für Referendarinnen und Schöffinnen.

1458 **.... zur Steuerung und Begrenzung von Migration und Flüchtlingen**

1459

- 1460
- 1461
- 1462
- 1463
- 1464
- 1465
- 1466
- 1467
- 1468
- 1469
- 1470
- 1471
- 1472
- 1473
- 1474
- 1475
- Hessen und Deutschland werden auch in Zukunft ihre humanitären und rechtlichen Verpflichtungen bei der Aufnahme von Menschen in Not achten. Gleichzeitig wollen wir Überforderungen vermeiden. Im europäischen Kontext werden wir weiter an der **innereuropäischen Zusammenarbeit in Flüchtlingsfragen** arbeiten und uns auch an Maßnahmen in Drittstaaten beteiligen.
 - Wir stehen für die **Integration** der Menschen, die eine Bleibeperspektive bei uns haben, ohne wenn und aber. Diesen Menschen machen wir Angebote, dass sie sich voll in unsere Gesellschaft einbringen können. Es ist gleichzeitig unsere Überzeugung, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt nur weiterhin sicherstellen können, wenn die rechtsstaatlichen Instrumente gegenüber solchen Menschen, die kein Bleiberecht haben, auch Anwendung finden.
 - Wir haben in Gießen ein bundesweit vorbildhaftes **Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentrum**, an dem wir auch in Zukunft festhalten und das wir hinsichtlich der dort gebündelten Aufgabenschwerpunkte erweitern werden.

- 1476
- 1477
- 1478
- 1479
- 1480
- 1481
- 1482
- 1483
- 1484
- 1485
- 1486
- 1487
- 1488
- 1489
- 1490
- 1491
- 1492
- 1493
- 1494
- 1495
- 1496
- 1497
- 1498
- 1499
- 1500
- 1501
- 1502
- 1503
- 1504
- 1505
- 1506
- 1507
- 1508
- 1509
- 1510
- 1511
- 1512
- 1513
- 1514
- 1515
- 1516
- 1517
- 1518
- 1519
- 1520
- 1521
- 1522
- 1523
- 1524
- Wir werden dafür sorgen, dass dieses Zentrum um eine landesweit zentrale Anlaufstelle für alle nach Hessen einreisenden **unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA)** ergänzt wird. Dort hat die vorläufige Inobhutnahme inklusive der Altersfeststellung der vermeintlichen minderjährigen Ausländer zu erfolgen. In Zweifelsfällen hinsichtlich des Alters sind immer medizinische Untersuchungen durchzuführen, um den Missbrauch in der Kinder- und Jugendhilfe möglichst auszuschließen und die tatsächlichen bedürftigen Kinder zu schützen.
 - Wir werden ermöglichen, dass das Land, wie im Asylgesetz vorgesehen, über eigene **Landesgemeinschaftsunterkünfte** verfügt. Damit werden zukünftig nur noch Personen in die Kommunen und Gebietskörperschaften zugewiesen, die über einen Aufenthaltstitel verfügen. Alle andern verbleiben in den Landeseinrichtungen, bis deren Status geklärt ist. Abschiebungen und Rückführungen werden dann aus den Landeseinrichtungen erfolgen.
 - Wir streben eine weitere **Zentralisierung von Rückführungsprozessen** im Land an, um Abläufe und Strukturen so effizient wie möglich zu gestalten.
 - Wir wollen diejenigen Geflüchteten, die bereits den Kommunen zugewiesen wurden und erheblich straffällig geworden sind, zur schnelleren **Rückführung in Landeseinrichtungen** zurückverlegen. Eine Gleichbehandlung mit integrationswilligen Geflüchteten wird so vermieden.
 - Wir werden dafür sorgen, dass in den Gemeinschaftsunterkünften und Einrichtungen des Landes dauerhaft Polizei vor Ort ist. Darüber hinaus werden **die Landesbediensteten weiterhin entsprechend dem Hausrecht in Einrichtungen** gegenüber aggressiven und randalierenden Asylantragstellern angemessene Maßnahmen ergreifen. Dies dient auch dem Schutz der großen Mehrheit der Geflüchteten in den Einrichtungen, die sich rechtskonform verhalten.
 - Geflüchtete, die **Passdokumente zur eindeutigen Identifizierung** vorlegen, können ein zügiges Asylverfahren durchlaufen. Wer über seine Identität täuscht oder bei seinem Asylverfahren nicht mitwirkt, ist offensichtlich nicht schutzbedürftig. Das Asylverfahren soll in diesen Fällen automatisch beendet werden, ein Folgeantrag nicht mehr möglich sein. Statt der Duldung gibt es nur eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht. Bis zur Aufenthaltsbeendigung verbleiben Geflüchtete, die keine eindeutigen Identifizierungsnachweise vorlegen, in den Landeseinrichtungen.
 - Im Falle einer Weigerung des Flüchtlings, an der **Identitätsfeststellung** mitzuwirken, sollen mobile Kommunikationsdaten überprüft werden können. Wir werden dazu die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.
 - Einen möglichen **Mehrfachbezug von Leistungen** aufgrund verschiedener Identitäten werden wir verhindern, indem wir uns dafür einsetzen, dass anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte als Antragsteller für SGB II-Leistungen verpflichtet sind, bei Zweifeln an der Identität die **Abnahme des Fingerabdrucks** zu dulden. Wir setzen uns dafür ein, dass **in den Jobcentern** die technischen Möglichkeiten zur Überprüfung der Identität des jeweiligen Antragstellers geschaffen werden.

1525
1526
1527
1528
1529
1530

- Für **aufenthaltsrechtliche Petitionen** soll Abschiebeschutz grundsätzlich für maximal drei Monate gewährt werden, um einerseits eine angemessene Befassung mit dem Fall zu ermöglichen, andererseits aber zugleich eine zügige Bearbeitung zu unterstützen. Verweise an die Härtefallkommission sollen Ausnahmefällen vorbehalten sein, bei denen nachweislich besondere Härten vorliegen.

1531
1532
1533
1534
1535
1536

- Für **Petitionen von Straftätern** sowie von Personen, die bewusst über ihre Identität getäuscht haben und für offensichtlich aussichtslose Petitionen soll kein Abschiebeschutz gewährt werden. Dies gilt auch für Petitionen, die erst unmittelbar vor einem konkreten Abschiebetermin eingelegt werden, für die bereits die wesentlichen Vorbereitungen durchgeführt sind.

1537
1538 **Familiennachzug**
1539

1540
1541
1542
1543
1544

- Wir wollen die **Einreise des Familiennachzuges** zentral steuern. Wie bei einem Geflüchteten wird die erkennungsdienstliche Behandlung zur eindeutigen Identitätsfeststellung sowie die Gesundheitsüberprüfung durchgeführt, bevor diese in die Kommunen zum Antragsteller des Familiennachzugs kommen.

1545
1546
1547
1548
1549

- **Daten zum Familiennachzug** sind zentral im Ausländerzentralregister zu erfassen. Wir wollen einen automatisierten Datenaustausch zwischen allen davon betroffenen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sicherstellen.

1550 **Maßnahmen auf Bundesebene**
1551

1552
1553
1554
1555
1556
1557
1558
1559
1560

- Wir wollen Tunesien, Algerien, Marokko, Afghanistan und Pakistan sowie alle weiteren Länder mit einer Anerkennungsquote von unter 5 Prozent zu **sicheren Herkunftsländern** im Sinne des Asylgesetzes erklären. Darüber hinaus wollen wir den Status sicherer Herkunftsländer regelmäßig überprüfen, um eine zügige Rückführung in diese Länder aus den Landeseinrichtungen zu ermöglichen. Ebenso muss der Schutzstatus anerkannter Schutzsuchender gerade im Fall von Bürgerkriegsflüchtlingen regelmäßig überprüft werden. Asyl oder subsidiärer Schutz stellen kein Daueraufenthaltsrecht dar.

1561
1562
1563
1564
1565

- Wir werden das **Ausländerzentralregister** ertüchtigen und als zentrale Stelle für die Erfassung von Daten aller relevanten Behörden einrichten. Der unkomplizierte Zugriff auf diese Daten ist Voraussetzung, um die strategische und operative Steuerung von Rückführungen durchführen zu können.

1566
1567
1568

- Wir werden die erleichterten Anforderungen hinsichtlich der **Mehrstaatigkeit von Flüchtlingen** im Staatsangehörigkeitsrecht abschaffen.

1569
1570
1571
1572
1573

- Wir werden die **Regelungslücke im Vaterschaftsrecht**, die derzeit eine große Zahl missbräuchlicher Scheinvaterschaften zulässt, schließen, indem wir Regularien auf Bundesebene anstoßen, die in begründeten Zweifelsfällen einen Vaterschaftstest ermöglichen.

1574
1575
1576
1577
1578
1579
1580
1581
1582
1583
1584
1585
1586

- An den **Frontexeinsätzen zum Schutz der EU-Außengrenzen** werden wir uns weiterhin beteiligen. **Binnengrenzkontrollen** sind erforderlich, solange der Schutz der Außengrenzen nicht effektiv funktioniert.
- **Erleichterungen und Pull-Faktoren** bei der Neufassung europäischer Richtlinien und Verordnungen werden wir entgegenwirken. Bei den kommenden Finanzverhandlungen sollte die unterschiedliche Belastung der Mitgliedstaaten mit Migrationsbelastung und Integrationsaufgaben stärker ins Gewicht fallen.
- Die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** mit Staaten, die sich weigern, ihre straffällig gewordenen Staatsbürger zurückzunehmen, muss eingestellt werden. Gleiches gilt für die **Entwicklungshilfe**.

1587 **Wie wir in Hessen arbeiten und wovon wir leben**

1588

1589 **Die Wirtschaft in Hessen boomt. Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit, nie waren**
1590 **die durchschnittlichen Löhne so hoch. Dies verdanken wir einer gesunden Wirtschafts-**
1591 **struktur – von Landwirtschaft über Industrie und Handel, Logistik und Dienstleistung**
1592 **bis zu Innovation und High-Tech. Im Zentrum unserer Politik stehen die zahlreichen Ar-**
1593 **beitnehmer, die durch ihren Fleiß und ihre Fachkenntnisse zum Wohlstand unseres Lan-**
1594 **des beitragen. Wir werden alles tun, um die Rahmenbedingungen für gute sozialversi-**
1595 **cherungspflichtige Arbeitsplätze in Hessen zu schaffen und zu erhalten. Schon heute**
1596 **haben wir eine hohe Gründerquote und allein mit dem Forschungsprogramm LOEWE in-**
1597 **vestieren wir mehr als 1,2 Milliarden Euro in die Zukunft. Diese Politik wollen wir fort-**
1598 **setzen, unsere öffentlichen Haushalte weiter konsolidieren und die Rahmenbedingun-**
1599 **gen so gestalten, dass sich unsere Unternehmen für die Zukunft aufstellen können.**

1600

1601

1602 **Arbeit für alle ist die beste Sozialpolitik**

1603 Wir schätzen den Wert ehrlicher Arbeit. Unser Ziel bleibt, dass möglichst jeder von seiner
1604 eigenen Hände Arbeit leben kann. Egal ob im Blaumann am Flughafen oder als Ingenieur im
1605 Bereich Nanotechnik. Uns ist jeder Arbeitsplatz wichtig, weil er zur Wertschöpfung beiträgt,
1606 Familien ernährt und Menschen unabhängig und selbstbestimmt leben lässt. Das herausra-
1607 gende technologische Niveau, die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft unserer hessi-
1608 schen Wirtschaft schaffen eine sehr gute Basis für den Erhalt und die Schaffung von Arbeits-
1609 plätzen. Gleichzeitig wollen wir unsere hohen sozialen, arbeitsrechtlichen und tarifvertrag-
1610 lichen Standards bewahren.

1611

1612 **Höchste Standortqualität für unsere Unternehmen**

1613 Nicht staatliche Überregulierung, dauerhafte Subventionen und hohe Steuern und Abgaben
1614 stützen unsere Wirtschaft, sondern gute, verlässliche Rahmenbedingungen und das Ver-
1615 trauen in verantwortungsvolles Handeln der Wirtschaftsakteure. Wir arbeiten daran, dass
1616 die großen Standortvorteile, unsere zentrale Lage in Europa, unsere Internationalität und
1617 unsere hervorragend ausgebildeten Arbeitnehmer richtig genutzt und nicht aus der Hand
1618 gegeben werden. Um das Wachstum unserer Wirtschaft zu unterstützen, müssen in Zusam-
1619 menarbeit mit den Kommunen ausreichend Flächen für die gewerbliche Nutzung und eine
1620 gute Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dabei sollen der Ballungsraum wie auch der länd-
1621 liche Raum gleichermaßen Entwicklungschancen erhalten.

1622

1623 **Bürokratie für Mittelstand und Handwerk abbauen**

1624 Mittelstand und Handwerk bilden das Rückgrat unserer erfolgreichen Wirtschaft. Sie schaf-
1625 fen Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand. Wir wollen Unternehmern die Arbeit er-
1626 leichtern, indem wir unkompliziert Kredite für Innovationen zur Verfügung stellen, Aus-
1627 schreibungsverfahren vereinfachen und unnötige Vorschriften abschaffen. Weniger Regeln
1628 und mehr Effizienz bringen Fortschritt und Innovationen.

1629

1630 **Hessen bleibt Industrieland**

1631 Hessen ist ein starkes Industrieland. Vom Kalibergbau an der Werra, über die Automobilin-
1632 dustrie, die Elektrotechnik, Rechenzentren und den Maschinenbau haben zahlreiche Indust-
1633 riebranchen in Hessen eine Heimat. Unsere chemisch-pharmazeutische Industrie ist spitze
1634 in Deutschland. Auch bei den Forschungseinrichtungen ist Hessen in der Spitzengruppe.
1635 Um unsere Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten, werden wir die Industrie 4.0-Aktivitäten in
1636 den hessischen Kompetenzclustern Pharma, Chemie, Luft- und Raumfahrt, Maschinenbau,
1637 Optik und Werkstoffe weiter ausbauen.

1638 **Investitionsoffensive macht Hessen fit für die Zukunft**

1639 Wir werden die Mittel für Investitionen konsequent steigern. Infrastrukturinvestitionen die-
1640 nen nicht nur der Sicherung der vorhandenen Substanz, sondern sie sind notwendige Zu-
1641 kunftsausgaben, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern. Notwendige Sanierungen
1642 und Neubauprojekte werden realisiert. Steuerliche Mehreinnahmen werden wir neben dem
1643 Schuldenabbau vorrangig für mehr Investitionen verwenden.

1644

1645 **Digitalisierung menschlich gestalten**

1646 Wir wollen in Hessen die Chancen der Digitalisierung für eine gute wirtschaftliche Entwick-
1647 lung unseres Landes und damit für sichere und neue Arbeitsplätze nutzen. Die Digitalisie-
1648 rung ist eines der entscheidenden Themen für unser Land. Sie erfasst alle Bereiche des Le-
1649 bens. Deshalb schaffen wir ein eigenes Digitalisierungsministerium. Wie jede große techni-
1650 sche Umwälzung verunsichert diese Entwicklung aber auch viele Menschen. Wir nehmen
1651 die Sorgen und Ängste der Menschen ernst. Die Digitalisierung muss menschlich gestaltet
1652 werden. Klug umgesetzt ist sie ein Instrument persönlicher Freiheit und freien Wettbe-
1653 werbs. Wir wollen diese Entwicklung aktiv beeinflussen und nach den Grundsätzen der So-
1654 zialen Marktwirtschaft gestalten.

1655

1656 **Schnelles Internet muss noch schneller werden**

1657 In den Zeiten der „Gigabit-Gesellschaft“ reicht es nicht aus, wenn wir flächendeckende
1658 Netze in Hessen für 50 Megabit erstellen. Die digitale Infrastruktur ist einer der zentralen
1659 Standortfaktoren unserer Zeit. Als Land mit dem größten Internetknoten Europas wollen
1660 wir bei dieser Entwicklung vorangehen und sie maßgeblich bestimmen. Deshalb haben wir
1661 das Ziel, Glasfaser in jede Stadt, in jedes Dorf Hessens und soweit möglich, bis zur Haustür
1662 zu bringen. Wir wollen Vorreiter sein bei der Abdeckung mit Mobilfunknetzen, flächende-
1663 ckendem WLAN und beim 5G-Mobilfunk.

1664

1665 **Gründergeist fördern – Spitzenforschung etablieren**

1666 Die hessischen Hochschulen erbringen Spitzenleistungen in der Forschung. Um diese Er-
1667 folge auch wirtschaftlich nutzbar zu machen, wollen wir die Kooperationen zwischen Wis-
1668 senschaft und Wirtschaft ausbauen. Wir schaffen in Hessen das beste Umfeld für Start-ups.
1669 Wir wollen Gründer und junge Unternehmer nach Hessen holen und zum Spitzenreiter bei
1670 Existenzgründungen werden. Unternehmensgründungen müssen entbürokratisiert und so
1671 vereinfacht werden, dass innerhalb von 48 Stunden ein Unternehmen gegründet werden
1672 kann. Kluge Forschungspolitik sichert uns die Zukunft und die Arbeitsplätze von Morgen.
1673 Wir werden das erfolgreiche Landesforschungsförderprogramm LOEWE auf hohem Niveau
1674 halten. Daneben werden wir die Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen
1675 konsequent weiterverfolgen.

1676

1677 **Fachkräfte sichern**

1678 Schon heute spüren wir Engpässe bei Fachkräften in verschiedenen Branchen und Regionen,
1679 die das volle Potenzial unserer Wirtschaft hemmen. Dem begegnen wir durch eine Vielzahl
1680 von Maßnahmen. Wir wollen Menschen in Hessen zu Fachkräften aus- und weiterbilden und
1681 so fit für die Zukunft machen. Bildung ist die wichtigste Ressource in der Nachwuchsgewin-
1682 nung, um jungen Menschen das Rüstzeug an Fähigkeiten, aber auch die Begeisterung für
1683 den Beruf zu vermitteln. Deshalb wollen wir, dass möglichst alle Jugendlichen ihre Schul-
1684 laufbahn mit einem Abschluss beenden. Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren zu uns
1685 nach Hessen gekommen sind und ein Bleiberecht haben, wollen wir gemeinsam mit der
1686 Wirtschaft und dem Handwerk zu Fachkräften weiterbilden. Gleichzeitig setzen wir uns für
1687 ein Fachkräftezuwanderungsgesetz für Deutschland ein, um gezielt Fachkräfte für die Bran-
1688 chen anzuwerben, die wir in besonderer Weise benötigen.

1689 **Vom Brexit profitieren – Finanzplatz ausbauen**

1690 Hessen ist der führende Finanzplatz Kontinentaleuropas. Der Austritt Großbritanniens aus
1691 der EU bringt Chancen, die wir zu Gunsten unseres Finanzplatzes offensiv nutzen wollen.
1692 Der Geldhandel mit dem Euro (Euro-Clearing) soll künftig zentral von Frankfurt aus gestal-
1693 tet werden. Wir wollen unsere Standortvorteile nutzen, um weitere Arbeitsplätze zu schaf-
1694 fen. Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab, weil sie Arbeitsplätze kostet und uns im
1695 Wettbewerb mit den großen Finanzplätzen der Welt zurückwerfen würde.

1696

1697 **Keine Steuererhöhungen – Familien und Mittelstand entlasten**

1698 Mit uns wird es in der kommenden Legislaturperiode keine Steuererhöhungen geben. Zu-
1699 sätzliche Abgaben wie den Wassercent, die unsere Wirtschaft belasten und Arbeitsplätze
1700 gefährden, lehnen wir ebenso ab wie die Einführung einer Vermögenssteuer oder eine Ver-
1701 schärfung der Erbschaftsteuer. Wir wollen die Steuerlast begrenzen und befürworten den
1702 Abbau der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags. Finanzielle Spielräume wollen
1703 wir nutzen, um Familien und den Mittelstand zu entlasten und in die Zukunft zu investieren.

1704

1705 **Weiter keine neuen Schulden – Hessen auf Dauer schuldenfrei**

1706 Öffentliche Haushalte haben über Jahrzehnte hohe Schuldenberge angehäuft. Diese nega-
1707 tive Entwicklung haben wir gestoppt. Seit 2016 haben wir erstmals seit 50 Jahren keine
1708 neuen Schulden gemacht und sogar Schulden zurückgezahlt. Das ist uns aber nicht genug.
1709 Wir werden künftig verstärkt Altschulden zurückzahlen und dies in einem konkreten Til-
1710 gungsplan festschreiben. Unser Ziel ist ein dauerhaft schuldenfreies Hessen. Das erhöht
1711 nicht nur den politischen Gestaltungsspielraum, sondern ist auch eine Frage von Generati-
1712 onengerechtigkeit.

1713

1714 **Und das sind unsere Maßnahmen:**

1715

1716 **.... für den Arbeitsmarkt**

1717

1718 • Der hessische Arbeitsmarkt ist stark. Noch nie bestanden so viele sozialversiche-
1719 rungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wie heute. Um unser Ziel der **Vollbeschäf-**
1720 **tigung** zu erreichen, wollen wir möglichst alle Bürger in den Arbeitsmarkt integrie-
1721 ren. Wer hierzu besonderer Unterstützung bedarf, dem werden wir Hilfestellungen
1722 geben.

1723

1724 • Wir wollen im Arbeitsmarkt die Bedingungen schaffen, damit **jeder Mensch ent-**
1725 **sprechend seiner Kompetenzen, Talente und Interessen an der Arbeitswelt teil-**
1726 **nehmen** kann.

1727

1728 • Für **Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen** werden wir besondere
1729 Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt bereitstellen. Hierzu kann auch die
1730 mittelfristige Eingliederung über einen **sozialen Arbeitsmarkt** gehören. Die Hilfe
1731 zur Selbsthilfe muss dabei im Mittelpunkt der Bemühungen stehen.

1732

1733 • Für uns bedeutet gute Sozialpolitik, dass Menschen gefördert, aber auch gefordert
1734 werden. Unser Ziel ist es, möglichst viele Hartz-IV-Empfänger durch Bildung und
1735 Förderung in eigene Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Dazu ist es notwendig,
1736 an den **Sanktionen im Sozialgesetzbuch** festzuhalten. Wer die Solidarität der Ge-
1737 meinschaft in Anspruch nimmt, hat eine Verpflichtung zur Mitwirkung.

1738

1739 • Arbeitnehmer, die als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte dazu beigetragen
1740 haben, dass unsere sozialen Sicherungssysteme funktionieren, sind für uns Lei-
1741 stungsträger. Wir setzen uns dafür ein, dass sie **in Zeiten der Arbeitslosigkeit** auf ein
1742 diese Leistungen anerkennendes **Schonvermögen** zurückgreifen können.

1743

1744 • Um den **Fachkräftebedarf** in allen Bereichen zu sichern, werden wir uns dafür ein-
1745 setzen, dass sich insbesondere mehr junge Menschen für eine Berufsausbildung ent-
1746 scheiden und die Attraktivität und das Ansehen dieser Abschlüsse in unserer Gesell-
1747 schaft wieder steigen.

1748

1749 • Die **Hessische Fachkräfteoffensive** werden wir fortführen. Dabei sind uns die Emp-
1750 fehlungen der Hessischen Fachkräftekommission weiterhin Richtschnur.

1751

1752 • Dem **Fachkräftemangel** auf dem Arbeitsmarkt müssen wir entschlossen und auf al-
1753 len Ebenen entgegentreten. Wir wollen zeitnah 100.000 neue Fachkräfte für Hessen
1754 anwerben. Dafür werden wir

1755 ○ das Projekt der sogenannten „**PuSch-Klassen**“, die Schule und praktische Er-
1756 fahrungen kombinieren, fortsetzen, um handwerklich begabten Schülern den
1757 Zugang zur dualen Ausbildung zu ebnet,

1758 ○ Maßnahmen zur **Nachqualifizierung Angelernter** unterstützen,

1759 ○ gezielt qualifizierte **Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben**. Hierzu wer-
1760 den wir auf Bundesebene ein **Fachkräftezuwanderungsgesetz fordern** und
1761 unterstützen.

1762 ○ **Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen** bei dauerhaft anerkannten und
1763 berechtigten Ausländern beschleunigen,

1764
1765
1766
1767
1768

- die **sprachliche, betriebliche und berufsschulische Ausbildung** von Flüchtlingen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt ausbauen. Hierzu gehört die Fortsetzung der „InteA-Klassen“ sowie des Programms „Wirtschaft integriert“.

1769
1770
1771
1772

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** schneller erfolgt und damit zusätzliche Fachkräfte dem hessischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

1773
1774
1775
1776
1777
1778

- Die vielseitigen **Angebote zur Qualifizierung und die Ausbildungsplatzförderung** für Schul- und Ausbildungsabbrecher, Altbewerber und Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf werden wir fortführen und auch die Ausbildungsplatzförderung für Hauptschulabsolventen beibehalten und intensivieren, damit diesen jungen Menschen ein Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht wird.

1779
1780
1781

.... für die Wirtschaft

1782
1783

Gründerland Hessen

1784
1785
1786
1787

- Start-ups bringen Innovationen und Dynamik in die Wirtschaft und leisten einen wichtigen Beitrag. Wir bekennen uns mit Nachdruck zum **Start-up-Standort Hessen**.

1788
1789
1790
1791

- Unternehmensgründungen wollen wir massiv vereinfachen. Hierzu werden wir bürokratische Hürden im Vorfeld beseitigen. Unser Ziel ist es, eine **Unternehmensgründung in 48 Stunden** zu ermöglichen.

1792
1793
1794
1795
1796

- Auch in den ersten beiden Jahren nach der Gründung werden wir **junge Unternehmer von Bürokratie entlasten**. Konkret bedeutet das beispielsweise die Befreiung von Berichtspflichten oder die angemessene Entlastung von Berufsverbandsbeiträgen, die wir in Zusammenarbeit mit den betroffenen Berufsverbänden anstreben.

1797
1798
1799
1800

- Wir werden das Bundesprogramm „EXIST“ zur Bereitstellung von **Gründerstipendien** von Hochschulabsolventen verstärkt nutzen und darüber hinaus ein **Landesstipendienprogramm für Nicht-Hochschulabsolventen** mit guten Ideen auflegen.

1801
1802
1803
1804
1805

- Zur **Finanzierung von Unternehmensgründungen** werden wir die Bereitstellung von Mikro-Krediten, Kapital für Kleinunternehmen, Innovationsdarlehen sowie die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung fortsetzen und auch die Rahmenbedingungen für Risikokapital verbessern.

1806
1807
1808
1809

- Die **FinTech- und Start-up-Region Frankfurt/Rhein-Main** wollen wir stärken und hierzu eine Netzwerkplattform zur Pflege und zum Austausch zwischen Investoren und Start-up's aufbauen.

1810
1811
1812
1813

- Die hessischen Unternehmen erbringen jeden Tag Spitzenleistungen. Auch bei Innovationen ist Hessen vorne. Dies werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft im Rahmen eines regelmäßig stattfindenden **Innovationstages der Hessischen Landesregierung** dokumentieren.

- 1814
1815
1816
1817
1818
1819
1820
- Die **Kultur- und Kreativwirtschaft** in Hessen hat sich gerade in den letzten Jahren zu einem Innovationsmotor und Treiber der positiven Wirtschaftsentwicklung unseres Landes entwickelt. Die vielfältigen Maßnahmen zur Unterstützung dieses Wirtschaftszweiges wollen wir fortführen. Wir wollen, dass diese Sektoren in Hessen weiter wachsen und sich auf vielfältige Weise entwickeln kann.

1821 **Mittelstand und Handwerk unterstützen**

- 1822
1823
1824
1825
1826
1827
1828
1829
1830
1831
1832
1833
1834
1835
1836
1837
1838
1839
1840
1841
1842
1843
1844
1845
1846
1847
1848
1849
1850
1851
1852
1853
1854
1855
1856
1857
1858
1859
1860
1861
1862
1863
- Die **Meisterpflicht** werden wir erhalten und stärken. Wir bekennen uns zum **Meisterbrief** als Zeichen von Qualifikation, nachhaltigem Unternehmertum, guter Ausbildung und hoher Qualität von Dienstleistungen und Produkten. Wir setzen uns dafür ein, in zulassungsfreien Gewerken spezielle Qualifikationsanforderungen zu schaffen.
 - Zur Unterstützung junger Menschen, ihren Meister zu machen, werden wir das Förderprogramm „**Meisterbonus**“ auf weitere berufliche Abschlüsse ausdehnen.
 - Der **Bürokratieabbau** ist ein Dauerthema und muss vorangetrieben werden. Hierbei wollen wir unter anderem ein vereinfachtes AGB-Recht für kleine und mittlere Unternehmen schaffen.
 - Wir werden die Aufnahme einer **Präklusionsregelung in der Richtlinie** für Umweltverträglichkeitsprüfungen und auf weiteren Planungsebenen forcieren, um verwaltungsrechtliche Verfahren zu beschleunigen und zu straffen.
 - Wir wollen Gestaltungsspielräume der Rechtsprechung für den **Verzicht auf Planfeststellungsverfahren** konsequent zur Beschleunigung von Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen nutzen.
 - Wir setzen uns für eine **Reform und Vereinfachung des Vergabe- und Tariftreuegesetzes** mit dem Ziel der Beschleunigung von Vergabeverfahren ein. Zudem werden wir darauf achten, Mittelstandsinteressen bei der Vergabe zu berücksichtigen. Die **Fach- und Teillosgabe** bei öffentlichen Aufträgen wollen wir **mittelstandsgerecht** ausgestalten.
 - Ein **wirksamer Rechtsschutz für Bieter** muss auch bei kleineren Vergaben gewährleistet sein.
 - Den **Präqualifikationsnachweis**, der die Vorlage umfangreicher Unterlagen, wie Unbedenklichkeitsbescheinigungen, Eigenerklärungen, Referenzen, Verpflichtungserklärungen oder Bonitätsnachweise ersetzt, wollen wir stärken.
 - Bei der Übernahme **europarechtlicher Ausschreibungsverfahren und EU-Richtlinien** werden wir großen Wert auf den Schutz des Mittelstandes bei der Anwendung legen und darauf achten, Umsetzungen ohne Verschärfungen durchzuführen.
 - Wir unterstützen die hessische Bauwirtschaft mit einer Verbesserung der **Recycling- und Entsorgungsmöglichkeiten** durch
 - die **Zulassung von Ersatzbaustoffen** in technischen Bauwerken,
 - die **Rekultivierung mit Erdaushub**,

- 1864 ○ die **Schaffung zusätzlichen Deponieraums** sowie
- 1865 ○ die **Vereinheitlichung von Analyseverfahren** und
- 1866 ○ einer praxisgerechten Entsorgungslösung für Dämmstoffe.

1867
1868

1869 **Industriestandort Hessen sichern und ausbauen**

1870

- 1871 • Zur Förderung des Austauschs der Akteure der industriellen Zukunft werden wir eine neue **Plattform „Trialog Industrie in Hessen“** einrichten.

1872
1873

- 1874 • Den Ausbau der Aktivitäten im Bereich „**Industrie 4.0**“ werden wir besonders in den **hessischen Kompetenzclustern** Pharma, Chemie, Automotiv, Luft- und Raumfahrt, Maschinenbau und Werkstoffe intensiv vorantreiben.

1875
1876
1877

- 1878 • Wir werden den Auf- und Ausbau von **Forschungs-, Produktions- und Kompetenzstrukturen** in den Technologiefeldern der Zukunft intensivieren.

1879
1880

- 1881 • Die bestehenden **Ausnahmeregelungen von der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen** wollen wir beibehalten und langfristig sicherstellen.

1882
1883

- 1884 • Die Maßnahmen im Bereich der **Batterieforschung** wollen wir weiter fördern und den Aufbau einer Batteriezellenproduktion in Hessen unterstützen.

1885
1886

- 1887 • Rohstoffe sind nicht an beliebigen Stellen verfügbar. Daher müssen sämtliche perspektivisch abbaubaren **Rohstoffvorkommen** in Hessen langfristig gesichert und von konkurrierenden Nutzungen freigehalten werden. Dies gilt sowohl für Flächen für den Rohstoffabbau als auch für dazu betriebsnotwendige Flächen. Die Ausweisung von Vorranggebieten zur Rohstoffgewinnung werden wir in Regionalplänen in stärkerem Maße berücksichtigen.

1888
1889
1890
1891
1892

- 1893 • Die Einführung einer **Abgabe auf den Abbau heimischer Rohstoffe** wie Kies, Sand und Gesteine lehnen wir ab.

1894
1895
1896
1897

1898 **Tourismus stärken**

1899

- 1900 • Die Tourismusbranche in Hessen ist für die hessische Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Das Gastgewerbe ist enger Partner und zentraler Motor des Tourismuslandes Hessen und geprägt durch viele familiengeführte Betriebe. Sie erbringen Dienstleistungen vor Ort und sind in ganz besonderer Art und Weise in der jeweiligen Region verankert. Um Bürokratie abzubauen und den Betrieben einen einheitlichen Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen, wollen wir in Zukunft die **Koordinierung des Tourismus in Hessen** auf politischer Ebene zentral bündeln.

1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907

- 1908 • Auch für die touristische Entwicklung des Landes ist die **Kultur ein wesentlicher Faktor**. Dazu gehören sowohl Einrichtungen wie Museen, Schlösser und Theater als auch Veranstaltungen wie die Kultursommer, die die Attraktivität als Urlaubsziel weiter steigern können.

1909
1910
1911
1912

- 1913 • Wir wollen ein **Sonderprogramm zum Erhalt und zur Stärkung von Hotellerie und Gastronomie im ländlichen Raum** auflegen, um insbesondere dem Gasthaussterben entgegenzutreten. Gefördert werden sollen hierbei auch innovative Modelle bei der Gewinnung von Fachkräften für den Tourismus oder bei der Unternehmensnachfolge.
- 1914
- 1915
- 1916
- 1917
- 1918
- 1919 • Wir wollen die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem **Hessischen Tourismusverband** fortsetzen und intensivieren und insbesondere den **strategischen Marketingplan für den Tourismus in Hessen** fortschreiben und weiterentwickeln.
- 1920
- 1921
- 1922
- 1923 • Wir setzen uns für eine weitere **Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes ein**. Gerade für Hotellerie und Gastronomie ist oftmals die wöchentliche und nicht die tägliche Höchstarbeitszeit das entscheidende Kriterium.
- 1924
- 1925
- 1926
- 1927 • Die Möglichkeit der Erhebung eines **Tourismusbeitrages** hat sich bewährt. Wir halten auch in Zukunft daran fest.
- 1928
- 1929
- 1930 • Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, **die gastgewerblichen Berufe in die Positivliste für Mangelberufe der Bundesagentur für Arbeit aufzunehmen**, um die Möglichkeiten für das Anwerben ausländischer Fachkräfte zu erleichtern.
- 1931
- 1932
- 1933
- 1934 • Wir werden uns für **Verringerung der Steuersätze in der Gastronomie** einsetzen. Jedenfalls hat eine Angleichung der Sätze an andere Branchen zu erfolgen, um nicht gerechtfertigte Benachteiligungen zu beseitigen.
- 1935
- 1936
- 1937
- 1938

.... für die Forschung

- 1939
- 1940
- 1941 • Die hessischen Hochschulen erbringen Spitzenleistungen in der Forschung. Um diese Erfolge auch wirtschaftlich nutzbar zu machen und die Arbeitsplätze der Zukunft in Hessen zu schaffen, werden wir ein **Programm zur Förderung** der praktischen Anwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse im Umfang von 10 Millionen Euro pro Jahr auflegen.
- 1942
- 1943
- 1944
- 1945
- 1946
- 1947 • Das Budget des hessischen **Forschungsförderungsprogramms LOEWE** soll auf 100 Millionen Euro pro Jahr angehoben werden, um das erfolgreiche Programm konzeptionell an aktuelle Erfordernisse des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Hessen anzupassen. Mit diesem Budget sollen nicht nur jährlich LOEWE-Schwerpunkte und LOEWE-Zentren ausgeschrieben werden, sondern auch anwendungsnahe Forschungs- und Entwicklungsprojekte noch gezielter gefördert werden.
- 1948
- 1949
- 1950
- 1951
- 1952
- 1953
- 1954 • Die **außeruniversitäre Forschung** profitiert von der Fortführung des LOEWE-Programms. Es stärkt die Institute und es können wichtige Forschungsfragen angegangen werden, die es mit anderen Förderformaten nicht gibt. Wir werden die bereits angeschobenen Vorhaben zur Förderung von gemeinsamen Einrichtungen der großen Forschungsorganisationen Helmholtz, Max-Planck, Leibniz und Fraunhofer weiterhin konsequent vorantreiben. Auch die Förderung der universitären und außeruniversitären Spitzenforschung außerhalb der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern haben wir weiter fest im Blick.
- 1955
- 1956
- 1957
- 1958
- 1959
- 1960
- 1961
- 1962

- 1963 • Die sogenannte „House of“-Strategie hat sich bewährt und soll fortgeführt werden, um den Austausch zwischen **Forschung, Wirtschaft und Politik** weiterhin in dieser Form zu ermöglichen.
- 1964
- 1965
- 1966
- 1967 • Wir werden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Verpflichtungen aus den Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur **Exzellenzinitiative** und zur **Exzellenzstrategie** zu erfüllen und die erforderlichen Mittel zur Kofinanzierung bereitstellen.
- 1968
- 1969
- 1970
- 1971
- 1972 • Unsere Spitzenposition im Bereich der **Krebsforschung** wollen wir ausbauen und durch Vernetzung der hervorragenden universitären und wirtschaftlichen Forschungsbereiche Hessen zum Zentrum im Kampf gegen den Krebs weiterentwickeln.
- 1973
- 1974
- 1975
- 1976

... für die Digitalisierung

Entwicklungen gestalten

- 1977
- 1978
- 1979
- 1980
- 1981 • Wir wollen, dass **digitaler Fortschritt** und Innovation **im Dienste der Menschen** stehen: Dass sie die Arbeitswelt humaner machen, die Umwelt schützen, die Gesundheitsversorgung verbessern und die Lebensqualität erhöhen. Wir sind überzeugt, dass mit der Digitalisierung immense Chancen für Hessen, seine Bürger und seine Wirtschaft verbunden sind.
- 1982
- 1983
- 1984
- 1985
- 1986
- 1987 • Die Digitalisierung steht wie kaum ein anderes Thema für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Hinter dem Begriff verbergen sich Technologien wie 3-D-Druck, Nanotechnik, Autonome Systeme, Biomedizin und allen voran die **künstliche Intelligenz**. Wir wollen unserem Gestaltungsanspruch gerecht werden, das heißt: Chancen nutzen, Risiken beherrschen, Standards setzen. Wir wollen das Potential der Digitalisierung ausschöpfen, um das Leben der Menschen in Hessen konkret zu verbessern. Eine humane, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gestaltung dieser Entwicklungen ist dabei unsere Zielrichtung.
- 1988
- 1989
- 1990
- 1991
- 1992
- 1993
- 1994
- 1995
- 1996 • Wir wollen eine **Willkommenskultur für Innovation** in Hessen schaffen. Es geht nicht darum, alle Menschen zu Programmierern oder IT-Spezialisten auszubilden, sondern vielmehr darum, **Begeisterung für neue Entwicklungen** zu wecken. Es soll ein Ruck durch unser Land gehen: In den Kindergärten, den Schulen, Hochschulen und Universitäten, in den Vereinen, privaten Initiativen und Projekten soll ein Geist herrschen, der dazu anregt, jeden Tag etwas Neues zu entdecken.
- 1997
- 1998
- 1999
- 2000
- 2001
- 2002
- 2003 • Wir sind uns bewusst, dass die Entwicklung von künstlicher Intelligenz auch in Hessen enorme Veränderung hervorrufen wird. Wir wissen auch, dass das Thema der künstlichen Intelligenz Ängste, Sorgen um Arbeitsplatzverlust und Fremdbestimmung hervorruft sowie viele ethische Fragen aufwirft. Gerade der Umgang mit künstlicher Intelligenz braucht daher **klare Rahmenbedingungen und Leitplanken**, damit Entwicklungen nicht aus dem Ruder laufen und sich verselbstständigen.
- 2004
- 2005
- 2006
- 2007 • Aber wir sind ebenso davon überzeugt, dass sich viele **Herausforderungen mithilfe der Digitalisierung wesentlich einfacher bewältigen** lassen. Deshalb wollen wir die Digitalisierung als Möglichkeit nutzen, um die großen Herausforderungen unseres Landes zu meistern. Die Menschen und die Wirtschaft in Hessen haben den Mut, die
- 2008
- 2009
- 2010
- 2011
- 2012

2013 Kompetenz und die Schaffenskraft, Gewinner der Digitalisierung zu werden. Unsere
2014 gesamte Politik muss darauf ausgerichtet sein, den Blick auf die Chancen der neuen
2015 Möglichkeiten zu richten und nicht die Bedenken in den Vordergrund stellen. Im
2016 klassisch konservativen Sinn wollen wir **an der Spitze des Fortschritts stehen**.

2017

- Der gesellschaftliche Dialog über den Einsatz von künstlicher Intelligenz muss angesichts der großen Veränderungen breit geführt werden. Wir werden eine **Enquete-Kommission „Autonome Systeme und Künstliche Intelligenz“** einsetzen, die sich intensiv mit Fragen zu Ethik, Datenschutz, Datensicherheit und Wettbewerb auseinandersetzt. Für die Erforschung der Veränderung werden wir die Rahmenbedingungen schaffen.

2018

- Wir wollen Anreize schaffen, die Forschung in Hessen zu vernetzen, die einen Schwerpunkt auf der Erforschung der aktuellen Entwicklungen im Forschungsfeld „Künstliche Intelligenz“ besitzen. Deshalb werden wir Förderangebote schaffen, die auf **integrativen Forschungsansätzen der Sozial- und Technikwissenschaften** basieren und die sich in neuartiger Weise Fragestellungen unter dem Dach **„Künstliche Intelligenz und die Gesellschaft der Zukunft“** widmen.

2019

- Weil die Menge der verfügbaren Daten wächst, Rechner schneller und die Programme besser werden, entscheiden Computer und automatisierte Systeme auf immer mehr Feldern in unserem täglichen Leben mit. Sprachen übersetzen, Bücher empfehlen, Geld für Privatkunden anlegen, Handyverträge vorbereiten – das ist erst der Anfang. Deswegen drängen zunehmend ethische Fragen in die Diskussion: Was dürfen künstliche Intelligenzen generell entscheiden? Müssen Programmierer eigens darauf achten, ob und welche Moralvorstellungen sie einem Computer mitgeben? Alle diese Fragen müssen erforscht werden. Wir werden deshalb ein **hessisches Forschungsinstitut „Ethik der Digitalisierung“** errichten.

2020

2021

2022

2023

2024

2025

2026

2027

2028

2029

2030

2031

2032

2033

2034

2035

2036

2037

2038

2039

2040

2041

2042

2043

Modernste Infrastruktur sichern

2044

2045

2046

2047

2048

2049

2050

2051

2052

2053

2054

2055

2056

2057

2058

2059

2060

- Hessen wird GigaBit-Land. Unser Ziel ist eine **flächendeckende Versorgung mit 1 GigaBit bis 2025**. Im ersten Schritt werden wir alle Gewerbegebiete, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten anschließen.
- Um künftige Möglichkeiten digitaler Infrastruktur zu gewährleisten wollen wir die Kommunen mit einem **„Leerrohrprogramm“** zur vorausschauenden Planung und Umsetzung der Leitungsverlegung unterstützen.
- Wir werden ein **eigenständiges Digitalisierungsministerium** schaffen, um die Digitalisierungsstrategie des Landes umzusetzen, die Aktivitäten von Bund, Land und Kommunen zu koordinieren und Maßnahmen für Unternehmen, Arbeitnehmer und Bürger zu bündeln.
- Die im vergangenen Herbst gegründete **Gigabit-Allianz**, die den Ausbau der hessischen Daten-Infrastruktur für die nächsten Jahre plant, wollen wir weiter verstärken und voranbringen.

- 2061 • Unser langfristiges Ziel ist ein möglichst flächendeckendes **WLAN-Netz in Hessen**.
2062 Rechtliche Hürden für öffentliche WLAN-Hotspots wollen wir beseitigen und wer-
2063 den in Anlehnung an ein Programm der EU ein Landesprogramm „WiFi4Hessen“ auf-
2064 legen, um Kommunen bei der Einrichtung von öffentlichem WLAN zu unterstützen.
2065
- 2066 • In einem ersten Schritt setzen wir uns außerdem dafür ein, den Bürgern **freien In-**
2067 **ternetzzugang in allen öffentlichen Gebäuden des Landes** zu ermöglichen.
2068
- 2069 • Zur Abdeckung eines zukunftsfähigen Kommunikationsnetzes wollen wir die Mobil-
2070 funk-Technologie nach **5G-Standard** ausbauen und einen flächendeckenden Lücken-
2071 schluss in den Mobilfunknetzen erreichen.
2072
- 2073 • Die Technologie-, Innovations- und Gründerzentren werden wir durch einen **Innova-**
2074 **tionshub unter dem Dach des House of Logistic and Mobility** vernetzen.
2075
- 2076 • Wir wollen mittelständische Unternehmen bei der digitalen Transformation und bei
2077 der Beschleunigung von Digitalisierungsprozessen unterstützen. Dazu wird die **Di-**
2078 **gitalisierungsberatung** für kleine und mittlere Unternehmen, Selbständige, Freibe-
2079 rufler und das Handwerk fortgeführt.
2080
- 2081 • Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind digitale Kompetenzen ein ent-
2082 scheidender Wettbewerbsfaktor – bei ihnen besteht ein besonderer Förder- und Be-
2083 ratungsbedarf. Aus diesem Grunde wollen wir die **regionalen Wirtschaftsförde-**
2084 **rungsgesellschaften** in ihrer digitalen Kompetenz vernetzen, unterstützen und stär-
2085 ken.
2086
- 2087 • Wir unterstützen **bundesweite Standards der digitalen Produkthaftung**.
2088
- 2089 • **Kommunale Versorgungsunternehmen** dienen im Bereich der digitalen Daseins-
2090 vorsorge einem öffentlichen Zweck. Deshalb werden wir das Gemeindeförderung-
2091 recht der Hessischen Gemeindeordnung an die digitalen Anforderungen anpassen,
2092 um die Digitalisierungsstrategien von kommunalen Unternehmen zu erleichtern.
2093

2094 für den Finanzplatz

- 2095 • Der **Finanzplatz Frankfurt** ist eines der großen Finanzzentren der Welt, der einer
2096 Vielzahl von Menschen Arbeit und Wohlstand bietet. Neben Börse und Banken sind
2097 zahlreiche deutsche sowie europäische Aufsichtsorgane und Regulatoren in Frank-
2098 furt angesiedelt. Er trägt wesentlich zur Wirtschaftskraft und zum Wohlstand unse-
2099 res Landes bei. Wir wollen den Finanzplatz Frankfurt stärken und alle Chancen für
2100 neue Arbeitsplätze nutzen, um zukunftsfähig zu sein.
2101
- 2102 • Der Finanzplatz mit seinen **Banken und der Deutschen Börse** stellt unseren Unter-
2103 nehmen vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung, sich zu finanzieren und damit In-
2104 vestitionen zu tätigen. Diese Funktion des Finanzplatzes ist wichtig, damit die hessi-
2105 sche Wirtschaft zukünftig national und international erfolgreich tätig sein und luk-
2106 rative Arbeitsplätze anbieten kann. Damit profitiert Hessen und ganz Deutschland
2107 vom Finanzplatz.
2108

- 2111
- 2112
- 2113
- 2114
- 2115
- 2116
- 2117
- 2118
- 2119
- 2120
- 2121
- 2122
- 2123
- 2124
- 2125
- 2126
- 2127
- 2128
- 2129
- 2130
- 2131
- 2132
- 2133
- 2134
- 2135
- 2136
- 2137
- 2138
- 2139
- 2140
- 2141
- 2142
- 2143
- 2144
- 2145
- 2146
- 2147
- 2148
- 2149
- 2150
- 2151
- 2152
- 2153
- 2154
- 2155
- 2156
- 2157
- 2158
- 2159
- 2160
- Wir wollen, dass der Finanzplatz Frankfurt als bedeutendster Finanzplatz Kontinentaleuropas weiter stark bleibt. Dies darf nicht durch eine **Finanztransaktionsteuer** gefährdet werden, die zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen führt, wenn diese nur auf wenige europäische Staaten beschränkt ist.
 - Basis für den Erfolg als Finanzplatz sind insbesondere die starke deutsche und international ausgerichtete Wirtschaft, seine zentrale Lage in Europa, seine hervorragende Infrastruktur mit einem der sichersten Stromnetze und dem größten Internetknoten sowie einem der größten Rechenzentrenstandort der Welt. Diese **Grundlagen des Erfolgs** wollen wir sicherstellen und weiter optimieren.
 - Wir setzen uns auch in Zukunft für die Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt als **internationaler Regulierungs- und Aufsichtsstandort** ein. Auch wenn der Großteil der Akteure an den Finanzmärkten verantwortungsvoll agiert, muss durch geeignete Regulierung sichergestellt werden, dass unangemessenes Verhalten Einzelner unterbunden und ausreichend sanktioniert wird. Zugleich muss eine Regulierung mit Augenmaß stattfinden, die gerade kleinere und mittlere Marktteilnehmer oder risikoärmere Geschäftsfelder nicht unangemessen benachteiligt.
 - Mit dem Finanzplatz Frankfurt verfügt Deutschland bereits heute über ein **globales, modernes und technologisch starkes Cluster für Finanzdienstleistungen**. Wir wollen, dass dieses Cluster weiter ausgebaut und die Liquidität am Standort Frankfurt weiter gestärkt wird.
 - Insbesondere wollen wir die **Ansiedlung spezifischer Infrastrukturen** ebenso unterstützen, wie die Positionierung Frankfurts als Cluster für sicheres „Electronic Trading“ und als Hub für Zukunftsthemen, neue Finanzprodukte und -trends (u. a. Venture Capital, Asset Management, Green Finance und FinTech).
 - Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sowohl **Startups als auch wachsende Unternehmen** mit zukunftssträchtigen Geschäftsideen ausreichend Wagniskapital zur Verfügung gestellt werden kann, damit Innovationen umgesetzt und Arbeitsplätze geschaffen werden können.
 - Wir wollen aufbauend auf dem erfolgreichen TechQuartier in Frankfurt das Rhein-Main-Gebiet zu einem **Zentrum für Startups und FinTechs** weiterentwickeln.
 - Bereits heute bietet der Finanzplatz Frankfurt beispielsweise mit dem **"House of Finance"**, der Goethe-Universität Frankfurt, der Frankfurt School of Finance & Management sowie dem European Banking Institute überzeugende Einrichtungen und gute Rahmenbedingungen. Wir werden den weiteren Ausbau und die Bewerbung der akademischen Infrastruktur in Hessen unterstützen, damit der Finanzplatz über bestens qualifizierte Fachkräfte verfügen kann.
 - Wir streben eine weitere Vernetzung von Universitäten und Instituten sowie den verstärkten Ausbau internationaler Schulen an. Ferner wollen wir dazu beitragen, dass die **finanzwirtschaftliche Bildung** in Deutschland forciert wird. Zudem wollen wir ein Programm zur zeitlich begrenzten Übernahme von Fachkräften aus internationalen Unternehmen (Expatriaten) einführen, um gezielt ausländische Fachkräfte aus der Finanzbranche anzuwerben.

- 2161
2162
2163
2164
2165
2166
2167
2168
- Auf europäischer und nationaler Ebene werden wir **finanzmarktrechtliche Entscheidungen** bestmöglich begleiten. Dazu wollen wir das in Hessen und Deutschland vorhandene Know-How optimal einbringen sowie in regelmäßigen Finanzmarktkabinettsitzungen die Strategien für eine positive Weiterentwicklung des Finanzplatzes Frankfurt in Hinblick auf die ständig neuen Herausforderungen laufend optimieren.

Der Finanzplatz übernimmt internationale Verantwortung

- 2169
2170
2171
2172
2173
2174
2175
2176
2177
2178
2179
2180
2181
2182
2183
2184
2185
2186
2187
2188
2189
2190
2191
2192
2193
2194
2195
2196
2197
2198
2199
2200
2201
2202
2203
2204
2205
2206
2207
2208
2209
- Insbesondere der Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Gemeinschaft mit seinem starken Finanzzentrum London eröffnet **neue Chancen für Frankfurt**, die wir bestmöglich zum Wohle der Menschen in Hessen und Deutschland nutzen wollen.
 - Wir werden uns bedarfsgerecht dafür einsetzen, dass in weiteren Behörden und Gerichten auch die englische Sprache akzeptiert wird, um die **Attraktivität des Standortes Hessen für international agierende Unternehmen** weiter zu steigern.
 - Auf europäischer Ebene setzen wir uns für den Erhalt des **Drei-Säulen-Modells im Bankensystem** und damit für den Erhalt der Sparkassen und Volksbanken als regionale Finanzinstitute mit deren in Europa einzigartigem Einlagensicherungssystem ein.
 - Mit einem Anteil von 75 Prozent bilden klassische Bankkredite von der Hausbank seit jeher die wichtigste Finanzierungsquelle für kleine und mittelständische Unternehmen. Deswegen ist es wichtig, diese Banken zu stärken. Wir unterstützen das Konzept einer „**Small Banking Box**“ und setzen uns für Erleichterungen für kleine und mittlere Banken in Regulierungs- und Aufsichtsthemen ein.
 - Wir bekennen uns zum Prinzip, dass **Risikotragung und Haftungsverantwortung** in der Wirtschafts- und Währungsunion untrennbar miteinander verbunden sein müssen.
 - Eine diskutierte **Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** in einen parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds muss unter Wahrung der Rechte von nationalen Parlamenten erfolgen. Wir halten es für den richtigen Weg, sich zunächst über konkrete gemeinsame Aufgaben innerhalb der EU zu verständigen und anschließend die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen zu klären, als einen eigenen Eurozonenhaushalt zu schaffen, der für sich genommen die gewaltigen Aufgaben, vor denen die EU steht, nicht löst.
 - Ein System der **europäischen Sicherung von Spareinlagen** zur Vollendung der Bankenunion kann erst nach substanzieller Reduzierung der Risiken in den Bankbilanzen der Krisenländer überhaupt in Erwägung gezogen werden.
 - Für uns ist selbstverständlich, dass der Geldhandel mit dem Euro (**Euro-Clearing**) nur innerhalb der Euro-Zone stattfinden kann und daher aus London verlagert werden muss. Der Finanzplatz Frankfurt ist dabei der ideale Standort für das zukünftige Euro-Clearing, da er mit der Deutschen Börse, einer Vielzahl von Großbanken, der

2210 Nähe zu den Aufsichtsbehörden und einer hervorragenden Infrastruktur beste Vo-
2211 raussetzungen hierfür bietet. Unser Ziel ist deshalb, dass gemeinsam mit der Bun-
2212 desregierung das Euro-Clearing an den Finanzplatz Frankfurt verlagert wird.

2213
2214

2215 für Finanzpolitik und Steuern

2216
2217

2217 Solide Finanzpolitik fortsetzen

2218
2219

- 2219 • Wir werden in Hessen **keine neuen Schulden** machen, sondern **Altschulden ab-**
2220 **bauen**. Die **Schuldenbremse** halten wir selbstverständlich ein. Sie ist kein Selbst-
2221 zweck, sondern zur Bewahrung der Handlungsfähigkeit künftiger Generationen un-
2222 erlässlich.

2223
2224

- 2224 • Den Abbau der Altschulden werden wir mit einem konkreten **Tilgungsplan** verbind-
2225 lich festschreiben. Haushaltsverbesserungen aufgrund von Mehreinnahmen und
2226 Minderausgaben werden wir für mehr Investitionen und für den zusätzlichen Schul-
2227 denabbau verwenden.

2228
2229

- 2229 • Wir werden die guten Steuereinnahmen nutzen, um durch eine **Investitionsoffen-**
2230 **sive** neue Werte durch kluge Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Die Mittel für Inves-
2231 titionen wollen wir jährlich konsequent steigern. Investitionshemmnisse werden wir
2232 identifizieren und schnellstmöglich abbauen.

2233
2234

- 2234 • Die Vorsorge für künftige **Pensionslasten** werden wir erhalten und durch Zuführun-
2235 gen in die Versorgungsrücklage des Landes weiter stärken.

2236
2237

- 2237 • Hessen ist mit seinem jährlichen **Geschäftsbericht** Vorreiter im Hinblick auf die
2238 Transparenz der Landesfinanzen. Diese Transparenz werden wir fortführen und wol-
2239 len diese durch verständliche grafische Darstellung der wichtigsten Eckwerte des
2240 Landes aus Haushaltsplan und Geschäftsbericht noch erweitern.

2241
2242

- 2242 • Um gegenüber allen Bürgern Hessens **volle Transparenz über die Finanzlage unse-**
2243 **res Landes** herzustellen, möchten wir alle Hessen einmal jährlich mit einem Konto-
2244 auszug über die Finanzlage ihres Landes informieren. Er soll zusammen mit dem
2245 Steuerbescheid verschickt werden.

2246
2247

- 2247 • **Bargeld muss erhalten bleiben!** Für uns steht die Rolle des Bargeldes als ein wesent-
2248 liches Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel nicht zur Disposition. Bestrebun-
2249 gen, das Bargeld sukzessive abzuschaffen, stellen wir uns entschieden entgegen. Zu-
2250 dem wollen wir mit guten Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass auch in ländlichen
2251 Regionen die notwendige Infrastruktur in angemessener Nähe erhalten bleibt, um
2252 alltägliche Bankgeschäfte tätigen zu können.

2253
2254

2255 Faire Steuerpolitik

2256
2257

- 2257 • Wir wollen die **Steuerlast begrenzen** und befürworten dafür unter anderem auf Bun-
2258 desebene den Abbau des Solidaritätszuschlags.

2259

- 2260
- 2261
- 2262
- 2263
- 2264
- 2265
- 2266
- 2267
- 2268
- 2269
- 2270
- 2271
- 2272
- 2273
- 2274
- 2275
- 2276
- 2277
- 2278
- 2279
- 2280
- 2281
- 2282
- 2283
- 2284
- 2285
- 2286
- 2287
- 2288
- 2289
- 2290
- 2291
- 2292
- 2293
- 2294
- 2295
- 2296
- 2297
- 2298
- 2299
- 2300
- 2301
- 2302
- 2303
- 2304
- 2305
- 2306
- 2307
- Eine Erhöhung der **Steuer- und Abgabenlast auf Bundesebene** lehnen wir ab, da Steuererhöhungen die Vermögensbildung beispielsweise für die Altersvorsorge, Zukunftsinvestitionen, Innovationen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindern würden!
 - Für die Rente ergibt sich durch die alternde Gesellschaft insbesondere für die Zeit ab 2030 ein erheblicher Handlungsbedarf. Frühzeitig für das Alter vorzusorgen wird immer wichtiger. Deshalb setzen wir mit unserem hessischen Konzept der „**Deutschland-Rente**“ einen Impuls für eine Stärkung der privaten Altersvorsorge. Wir wollen, dass alle Menschen in ganz Deutschland von diesem überzeugenden Altersvorsorgekonzept profitieren können.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass durch **höhere steuerliche Freibeträge** für Privatpersonen die Attraktivität der kapitalgedeckten Altersvorsorge weiter erhöht wird.
 - Um die Bürger zu entlasten, werden wir uns dafür einsetzen, dass die gesetzlich geregelte **Verzinsung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis** in Höhe von 6% jährlich an das Kapitalmarktzinsniveau angepasst wird, wobei der Zinssatz variabel auszugestalten ist.
 - Der Aufwand zur Erhebung einzelner **Bagatellsteuern** steht in keinem Verhältnis zum Ertrag. Wir stellen deshalb alle Bagatellsteuern in Hessen auf den Prüfstand, ohne die finanziellen Spielräume der Kommunen zu schmälern.
 - Wir **lehnen die Einführung einer Vermögensteuer und Vermögensabgabe ab**. Diese würde den Investitionswillen sowie die Investitionsfähigkeit insbesondere von Unternehmen behindern und zur Existenzgefährdung besonders von Unternehmen mit hoher Fertigungstiefe führen. Ebenso **lehnen wir eine Verschärfung der Erbschaftsteuer** ab, die Arbeitsplätze in erhebliche Gefahr bringt.
 - Wir setzen uns für eine zügige, sachgerechte und zugleich aufkommensneutrale **Reform der Grundsteuer** ein, um die Einnahmehasis für die Kommunen zu sichern.
 - Wir werden die **Steuersätze für Landessteuern nicht erhöhen** und lehnen Vorschläge für die Einführung neuer Steuern und Abgaben auf Ebene des Landes oder des Bundes (wie bspw. Wassercent sowie Sand- und Kiessteuer) ab.
 - Finanzielle Spielräume bei der **Grunderwerbsteuer** durch die Bekämpfung von Share-Deal-Steuersparmodellen und die Gründung von Kapitalgesellschaften zur Steuervermeidung werden wir vollständig dazu nutzen, um Familien mit Kindern beim Eigenheim-Erwerb bei der Grunderwerbsteuer zu entlasten.

Steuerbetrug konsequent bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen

- **Steuerhinterziehung** ist eine Straftat, die wir weiterhin konsequent bekämpfen werden. Wir werden auch zukünftig gegen aggressive Steuergestaltung vorgehen, da es dem Prinzip der Steuergerechtigkeit widerspricht, wenn sich Einzelne einseitig

- 2308 zulasten der Gemeinschaft einer der Leistungsfähigkeit entsprechenden Besteue-
2309 rung entziehen. Weil dies auf allen Ebenen gilt, gehen wir sowohl gegen Mogel-Kas-
2310 sen vor, als auch gegen unseriös agierende internationale Unternehmen.
2311
- 2312 • Wir setzen uns weiterhin für eine **gerechte Besteuerung auch internationaler Kon-**
2313 **zerne** (inkl. dem Onlinehandel) ein. Steuerverkürzungen durch aggressive Steuerge-
2314 staltung enthalten nicht nur dem Gemeinwesen Einnahmen vor, sondern führen dar-
2315 über hinaus zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten ehrlich und verantwortungsvoll
2316 agierender Unternehmer.

 - 2317
 - 2318 • **Steuerschlupflöcher** müssen geschlossen, faire und leistungsgerechte Steuer- und
2319 Abgabensysteme gefördert werden. Daher unterstützen wir das europaweite und
2320 länderübergreifende Vorgehen gegen grenzüberschreitende Steuerflucht.

 - 2321
 - 2322 • Wir unterstützen **Initiativen gegen den Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel**,
2323 durch die Betreiber von Internetmarktplätzen (wie beispielsweise Amazon und ebay)
2324 zukünftig besser in Haftung genommen werden können.

 - 2325
 - 2326 • Auch in den nächsten Jahren werden wir jedes Jahr hunderte junge Menschen ein-
2327 stellen und ausbilden, um **Hessens schlagkräftige Steuerverwaltung** weiter zu stär-
2328 ken.
 - 2329
 - 2330

2331 **Wie wir in Hessen leben und wohnen**

2332

2333 **Hessen ist ein starkes Land in der Mitte Deutschlands und Heimat für über 6 Millionen**
2334 **Menschen, die hier leben, wohnen und arbeiten. Wir stehen für starke Städte und für**
2335 **starke ländliche Regionen. Allein in den Jahren 2018 und 2019 investieren wir mit der**
2336 **Initiative „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“ fast 2 Milliarden Euro in den ländlichen**
2337 **Raum und nehmen damit alle Aspekte des Zusammenlebens im ländlichen Raum in den**
2338 **Blick. Dazu kommen Rekordausgaben für den Straßenbau, die Elektromobilität und den**
2339 **öffentlichen Personennahverkehr. Das ist aktive Standortpolitik für alle Regionen! Wir**
2340 **fördern den Wohnungsbau und werden für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Ebenso stär-**
2341 **ken wir die Metropolregionen und den Austausch der Wirtschaftsräume.**

2342

2343 **Stolz auf unsere Heimat**

2344 Den besonderen Reiz unseres Landes macht seine Vielfalt aus – das Zusammenspiel zwi-
2345 schen Metropolen und ländlichen Regionen. Wir geben den Menschen Heimat, indem wir
2346 alle Teile des Landes stärken. Über 90 Prozent der Menschen leben gerne in Hessen. Sie
2347 sind stolz auf unsere Heimat! Gleich ob Menschen ihr gesamtes Leben in Hessen verbrin-
2348 gen oder zu uns kommen und ein Teil unseres Landes werden. Dieser Zusammenhalt gibt
2349 uns die Kraft, große Aufgaben zu meistern und die Zuversicht, aus unserer Liebe zur Heimat
2350 heraus weitere Herausforderungen zu meistern. Mit der Offensive „Land hat Zukunft – Hei-
2351 mat Hessen“ haben wir bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die wir zukünftig auswei-
2352 ten wollen.

2353

2354 **Land hat Zukunft**

2355 Wir wollen auch in Zukunft ein Land sein, in dem der ländliche Raum den Menschen bedürf-
2356 nisgerechte Strukturen bietet. Schon heute ist die Wohnsituation auf dem Land komfortab-
2357 ler und günstiger als in den Ballungsräumen. Wir wollen auch in Zukunft verstärkt daran
2358 arbeiten, eine lebenswerte Infrastruktur zu erhalten und zu schaffen, und Bildung, Nahver-
2359 sorgung, verkehrliche wie digitale Anbindung, ärztliche Versorgung und gemeinschaftli-
2360 ches Zusammenleben zu stärken und auszubauen. Teil dieser Gesamtstrategie wird ein
2361 Konzept zur dezentralen Verlagerung von Behörden in ländliche Regionen sein.

2362

2363 **Starke Metropolen für Hessen**

2364 Städte und Metropolen haben eine große Anziehungskraft auf Menschen, die nach wie vor
2365 steigt. Wir wollen, dass die pulsierenden Ballungsräume in Hessen sich entwickeln. Diese
2366 Attraktivität ist gleichzeitig mit großen Herausforderungen verbunden: Insbesondere in
2367 der Mobilität, der Integration sowie bei Infrastruktur und Wohnraum. Wir werden weiter
2368 daran arbeiten, urbane Lebensräume lebenswert und bezahlbar zu erhalten und positiv zu
2369 entwickeln. Wir schaffen mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Programmen Wohn- und
2370 Lebensraum in den Innenstädten.

2371

2372 **Für genügend Wohnraum**

2373 Zu Hause – das ist Heimat und zu allererst Wohnung. Wir haben in den letzten Jahren viel
2374 für ein vielfältiges Wohnraumangebot in Hessen getan. Dank zielgerichteter Förderung
2375 und einem intelligenten Mix aus Erschließung neuer Flächen und Aktivierung alter Orts-
2376 kerne ist die Wohnungssituation außerhalb von Ballungsräumen ausgesprochen günstig.
2377 Auch in größeren Städten und Metropolen muss es ein ausgewogenes Verhältnis von
2378 Wohnraumbedarf und von bezahlbaren Angeboten geben. Hierzu werden wir den Woh-
2379 nungsbau in diesen Zentren intensivieren. Für jede Region mit Steuerungsbedarf werden
2380 wir ein Register freier Flächen erstellen und Beratungsangebote an private und kommunale
2381 Eigentümer hinsichtlich der Nutzung der Flächen machen. Wir werden über eine gezielte

2382 Moderation auf allen Ebenen weiter Flächen erschließen, die helfen werden, Wohnungs-
2383 probleme zu lösen.

2384

2385 **Privates Bauen fördern**

2386 Die Förderung von Eigentumsbildung hat für uns einen hohen gesellschaftlichen Wert. Für
2387 viele Menschen und insbesondere Familien ist der Bau oder Kauf eines Eigenheimes ein
2388 wesentliches Bedürfnis in der privaten Lebensgestaltung. In den eigenen vier Wänden zu
2389 leben, ist die beste Altersvorsorge. Mit dem neuen Baukindergeld und unterstützenden
2390 Maßnahmen wollen wir den Traum von den eigenen vier Wänden unterstützen. Mehr Hes-
2391 sen sollen in der eigenen Wohnung leben können.

2392

2393 **Sozialen Wohnungsbau unterstützen**

2394 Wir werden gemeinsam mit dem Bund gegen den Anstieg von Mieten kämpfen, weiter stu-
2395 dentischen Wohnraum schaffen und den sozialen Wohnungsbau fördern. Unser Förderan-
2396 gebot auf Rekordniveau für die Schaffung von sozialem Wohnraum werden wir beibehal-
2397 ten, damit auch weiterhin keine Förderanträge abgelehnt werden. Zudem werden wir ver-
2398 stärkt Belegungsrechte ankaufen, um Wohnungen bezahlbar zu erhalten. Ein bedarfsge-
2399 rechtes Angebot für jeden ist unser Ziel. Menschen mit mittleren Einkommen, die Leis-
2400 tungsträger in den Ballungsräumen sind, wollen wir dabei besonders unterstützen.

2401

2402 **Zusammen stärker sein – wir denken über Grenzen hinweg**

2403 In einer globalisierten Welt können wir nicht an Stadt-, Kreis- oder Landesgrenzen Halt ma-
2404 chen, wenn wir erfolgreich sein wollen. Nur durch mehr Kooperation sind neue, ehrgeizige
2405 Zukunftsziele zu realisieren. Wir werden deshalb die Vernetzung unserer Wirtschaftsräume
2406 in allen Landesteilen weiter entwickeln und hierbei auch vor Landesgrenzen nicht Halt ma-
2407 chen. Die Erfolge und die Initiativen der Metropolregionen Rhein-Neckar und Frank-
2408 furt/Rhein-Main spornen uns an, gemeinsam weitere Ideen der Zusammenarbeit innerhalb
2409 und außerhalb Hessens zu entwickeln und umzusetzen.

2410

2411 **Moderner Verkehr auf Straße, Schiene und in der Luft**

2412 Hessen ist Transitland für ganz Europa, über den Frankfurter Flughafen sogar für die ganze
2413 Welt. Wir stehen zu diesem Flughafen und seiner positiven Entwicklung auch in Zukunft –
2414 denn er ist Wirtschaftsfaktor und Jobmotor für die gesamte Region. Neben den Investiti-
2415 onen im Straßenbau werden im gleichen Maße den Schienenverkehr ausbauen. Einzelne
2416 Verkehrsträger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir stehen für eine aus-
2417 gewogene intelligente Binnenmobilität in Hessen. Egal mit welchem Verkehrsmittel – nur
2418 mit der CDU gibt es ein intelligentes und ausgewogenes, ideologiefreies Verhältnis der
2419 Verkehrswege und Verkehrsträger.

2420

2421 **Weniger Staus auf unseren Straßen**

2422 Den Straßenbau wollen wir auf hohem Niveau erhalten und gleichzeitig in moderne Ver-
2423 kehrsleitsysteme investieren. Durch intelligente Steuerungsmaßnahmen wollen wir Staus
2424 wo möglich vermeiden und dafür sorgen, dass Stau dort, wo er unvermeidlich ist, schneller
2425 und effektiver aufgelöst werden kann. Dazu gehört auch die notwendige Weiterentwick-
2426 lung des Individualverkehrs über Straße und Auto hinaus. Wir fördern den Öffentlichen
2427 Nahverkehr als gleichberechtigte Alternative zum Individualverkehr. Hierzu zählen auch
2428 moderne Verkehrskonzepte und weitere Maßnahmen wie zum Beispiel Anreize für klima-
2429 freundlichere Autos oder die Erweiterung von E-Mobilität. Deshalb werden wir weiter in E-
2430 Mobilität investieren und auch die Flotten des Landes weiter CO₂-ärmer machen. Überdies
2431 haben wir mit dafür gesorgt, dass in den nächsten Jahren die größten Investitionen der
2432 Bahngeschichte Hessens realisiert werden.

2433 **Und das sind unsere Maßnahmen:**

2434

2435 **... für unsere Heimat**

2436

2437 • Unsere Kommunen sind das Rückgrat des Gemeinwesens. Unsere Überzeugung ist:
2438 je mehr Selbstständigkeit vor Ort gegeben ist, desto vitaler ist die Heimat. Wir wol-
2439 len **alle Teile und Regionen Hessens gleichermaßen gute Perspektiven für die Zu-**
2440 **kunft bieten.**

2441

2442 • Wir begrüßen, dass das Gebot „**gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Hes-**
2443 **sen“ in die Hessische Verfassung aufgenommen werden soll.** Die gleichmäßige
2444 Entwicklung aller Landesteile hat für uns Verfassungsrang. Daher unterstützen wir
2445 die zeitgleich mit der Landtagswahl stattfindende Volksabstimmung (unter Ande-
2446 rem) über diese Frage.

2447

2448 • Wir streben für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main die Ausrichtung einer
2449 „**Specialised Expo**“ an. Hierbei handelt es sich um eine anerkannte Internationale
2450 Spezialausstellung zu einem spezifischen Thema, die zwischen zwei Weltausstellun-
2451 gen stattfindet. Unter dem Motto „smart region – smart people“ können innovative,
2452 vernetzte und ressourcenschonende Konzepte für Mobilität, Stadt- und Regionalent-
2453 wicklung, Flächenaktivierung, Energieerzeugung usw. entwickelt und demonstriert
2454 werden.

2455

2456 • Die **Offensive für den ländlichen Raum**, die wir im vergangenen Jahr aufgelegt ha-
2457 ben, treiben wir intensiv voran. Dies gilt insbesondere für

2458 ○ den flächendeckenden Breitbandausbau für jeden Haushalt überall in Hes-
2459 sen,

2460 ○ die Ansiedlung von Arbeitsplätzen und Studienplätzen im ländlichen Raum,

2461 ○ die Verlagerung von Behördenarbeitsplätzen in den ländlichen Raum,

2462 ○ die Stärkung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum unter anderem
2463 durch die Stärkung von Gemeindefachkräften, der Telemedizin, von Gesund-
2464 heitszentren, durch Landarztstipendien und den Erhalt der Krankenhausinfra-
2465 struktur,

2466 ○ den Erhalt kleinräumiger Schul- und Kinderbetreuungsstrukturen durch dafür
2467 erforderliche Sonderregelungen und Flexibilität,

2468 ○ die Unterstützung von Sport und Kultur in unseren Dörfern,

2469 ○ die Unterstützung des Tourismus in den ländlichen Räumen,

2470 ○ die Stärkung des „Schutzmanns vor Ort“ und des freiwilligen Polizeidienstes
2471 im ländlichen Raum,

2472 ○ die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen, freiwilliger Feuerwehren,

2473 ○ die Unterstützung der Vereine als Kitt unserer Gesellschaft und

2474 ○ die Stärkung von Mobilität und ÖPNV im ländlichen Raum, insbesondere
2475 durch moderne Maßnahmen wie Bürgerbusse als Ergänzung und Mobilitäts-
2476 stärkung.

2477 Wir nutzen dabei alle Instrumentarien und setzen vor allem auf innovative Ideen und
2478 den Abbau von Bürokratie.

2479

2480 • Wir möchten, dass möglichst viele Regionen Hessens „**LEADER-Region**“ werden und
2481 von den europäischen Fördermitteln profitieren können.

2482

2483 **Unsere Dörfer zukunftsfest machen**

2484

2485 • Die Mittel für die bestehenden **vielfältigen besonderen Förderprogramme** für den
2486 ländlichen Raum müssen erhöht werden. Die Programme werden vereinfacht, ent-
2487 bürokratisiert und großteiliger aufgestellt.

2488

2489 • In möglichst allen Förderprogrammen des Landes soll im ländlichen Raum auch die
2490 Förderung unterhalb der bisherigen **Bagatellgrenzen** ermöglicht werden, da gerade
2491 hier mit wenigen Mitteln viel erreicht werden kann. Das Förderverfahren muss ent-
2492 sprechend vereinfacht werden.

2493

2494 • Gerade kleine Kommunen können personalbedingt oftmals die Förderprogramme
2495 und deren Fördermodalitäten nicht überschauen. In der neuen Akademie für den
2496 ländlichen Raum sollen daher **Förderlotsen** diese Kommunen unterstützen.

2497

2498 • Das **Programm „Dorfentwicklung“** ist wesentlich für moderne und zukunftsfeste
2499 Dörfer. Es bietet jährlich über 100 kleinen Dörfern und Ortsteilen Entwicklungspers-
2500 spektiven durch finanzielle Zuschüsse. Dieses erfolgreiche Programm werden wir fi-
2501 nanziell nochmals aufstocken und weiter private und öffentliche Maßnahmen för-
2502 dern.

2503

2504 • Für alle kleinen Dörfer, die nicht im Programm der Dorfentwicklung Zugang zu För-
2505 dermitteln erhalten, werden wir ein **alternatives Beratungsprogramm** bereitstel-
2506 len, mit dem andere Möglichkeiten zur Förderung der Entwicklung identifiziert und
2507 umgesetzt werden können.

2508

2509 • Durch Eigenleistung bei Maßnahmen der Dorfentwicklung können Kommunen viel
2510 sparen und die „Dorfgemeinschaft“ festigen und verbessern. Insofern sind **Eigenleis-**
2511 **tungen bei Förderprogrammen anzuerkennen**. Gegebenenfalls wollen wir auch
2512 kleinere Anerkennungsprämien unbürokratisch und steuerfrei berücksichtigen.

2513

2514 • Die **Umwidmung** ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude (wie z.B. Stallungen und
2515 Scheunen) in Wohngebäude muss vereinfacht werden.

2516

2517 • Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, **Leerstand in Ortskernen** beispiele-
2518 wise durch Flächenankauf zu beheben und in Wohnraum umzuwandeln, auch um
2519 dem Grundsatz "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" Rechnung zu tragen.

2520

2521 • Deshalb werden wir dafür sorgen, dass mit dem **Denkmalschutz** praxisnahe, ver-
2522 ständliche und bezahlbare Lösungen gefunden werden.

2523

2524 • Auch von den vielseitigen **Städtebauförderungsprogrammen** des Landes sollen die
2525 Mittelzentren im ländlichen Raum verstärkt profitieren. Die Städtebauförderung ha-
2526 ben wir in der vergangenen Legislaturperiode deutlich ausgebaut und finanziell auf-
2527 gestockt. Wir werden die erfolgreichen Programme in Art und Umfang fortsetzen
2528 und über eine volle Co-Finanzierung der durch den Bund bereitgestellten Mittel si-
2529 cherstellen.

2530

2531 **Gleichwertige Infrastruktur überall in Hessen**

2532

2533 • Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die **EU-Kohäsionspolitik** fortgesetzt
2534 wird, damit auch starke Regionen wie Hessen hiervon weiterhin profitieren können.
2535 Diese Mittel, die von der Europäischen Union, dem Bund und dem Land zur Entwick-
2536 lung und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bereitgestellt werden,
2537 sind wesentliche Grundlage für eine Vielzahl von Förderangeboten, von denen die
2538 ländlichen Räume profitieren.

2539

2540 • Es müssen weiterhin **alle Regionen Europas** von den europäischen Fördermitteln (E-
2541 LER, EFRE und ESF) profitieren können. Hierzu haben wir bereits zahlreiche Aktivitä-
2542 ten umgesetzt und werden uns im Rahmen der Diskussionen auf europäischer Ebene
2543 weiterhin klar positionieren. In Hessen werden wir diese Mittel konsequent für die
2544 Förderung des ländlichen Raums einsetzen.

2545

2546 • Die **Mobilität und der öffentliche Personennahverkehr** sind im ländlichen Raum zu
2547 verbessern. Neben der Fortsetzung der **Rekordfinanzierung** der Verkehrsverbünde
2548 RMV und NVV werden wir auch **neue Ideen** wie z.B. Mitfahrbänke, Schnellbuslinien
2549 mit Park&Ride etc. entwickeln und fördern. Auch Ruf- und Bürgerbusse stellen ins-
2550 besondere im ländlichen Raum die Mobilität vieler Menschen sicher. Diese Konzepte
2551 werden wir weiter fördern und Regelungshindernisse beseitigen.

2552

2553 • Das Auto bleibt trotz Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr das wich-
2554 tigste Fortbewegungsmittel im ländlichen Raum. Deshalb muss die **Infrastruktur** un-
2555 terhalten und verbessert werden. Anbindungen und Ortsumgehungen müssen auch
2556 weiterhin geschaffen werden.

2557

2558 • Wir werden **wohnortnahe Kinderbetreuungsplätze und Schulen** weiterhin sicher-
2559 stellen. Wo dies erforderlich ist, werden wir für den Erhalt kleiner Betreuungs- und
2560 Schulstandorte eine gesonderte Förderung vorsehen und Lösungen mit Verbund-
2561 und Zweigstellen voranbringen.

2562

2563 • Die **Gesundheitsversorgung auf dem Land** wollen wir verbessern und modernisie-
2564 ren. Neben der klassischen Versorgung durch niedergelassene Ärzte und einem dichten
2565 Netz von Krankenhäusern gehören hierzu

2566 ○ die **Gemeindeschwestern 2.0**, die neben der gesundheitlichen Versorgung
2567 gerade älteren Menschen persönliche Ansprache bieten,

2568 ○ **Gemeinde-Notfallsanitäter**,

2569 ○ „**fahrbare Praxen**“, um alle Menschen zu erreichen,

2570 ○ **Medizinische Versorgungszentren** und die weitere Förderung von regionalen
2571 **Gesundheitszentren**,

2572 ○ die **Unterstützung von Landärzten** durch Landarztpraxisdarlehen oder Land-
2573 **arztstipendien**,

2574 ○ die **Nutzung der modernen Möglichkeiten der Telemedizin**,

2575 ○ der **Erhalt eines flächendeckenden Versorgungsangebotes** in der stationären
2576 und ambulanten Pflege und die stärkere **Anerkennung familiärer Pflegeleis-**
2577 **tung**.

2578

2579 • Auch im ländlichen Raum werden wir **flächendeckend schnelles Internet** bereitstel-
2580 len. Wir machen Hessen bis 2025 flächendeckend zum Gigabit-Land.

- 2581 • Mit der „**Digitalen Dorflinde**“ stellen wir in einem ersten Schritt kostenlose WLAN-
2582 Hotspots in allen Orten in den ländlichen Regionen zur Verfügung.
2583
- 2584 • Wir wollen Kommunen unterstützen, um eine bürgernahe und bürgerfreundliche
2585 Verwaltung zu gewährleisten. Als Landesverwaltung wollen wir selbst besser vor Ort
2586 und digital erreichbar sein.
2587
- 2588 • Wir werden gemeinsam mit dem Hotel- und Gastronomieverband dem "**Kneipen-**
2589 **und Gasthofsterben**" **entgegenwirken**, da die Gasthäuser als Treffpunkt für Jung
2590 und Alt fungieren und oftmals Herzstück eines Dorf-/Stadtteillebens sind. Gerade
2591 die neu geschaffenen Fördermöglichkeiten der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und
2592 Küstenschutz werden wir dafür nutzen.
2593

2594 **Arbeiten im ländlichen Raum**

- 2595 • Wir wollen gute Rahmenbedingungen für **neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum**
2596 schaffen und vorhandene Arbeitsplätze in allen Sektoren in den ländlichen Raum ver-
2597 lagern, wo dies sinnvoll möglich ist.
2598
- 2599 • Wir unterstützen die **Ansiedlung von Gewerbeflächen** an den Auf- und Abfahrten
2600 der Autobahnen und Schnellstraßen und Schienenverkehrswegen, um kürzere und
2601 schnellere Wege zum Arbeitsplatz zu ermöglichen.
2602
- 2603 • Wir werden in einem **Sonderprogramm 300 Gründerstipendien** speziell für die
2604 Gründung von innovativen Unternehmen im ländlichen Raum bereitstellen, die von
2605 einer unabhängigen Jury vergeben werden. Als Ergänzung zu den existierenden
2606 EXIST-Gründerstipendien des Bundes, die sich an Hochschulabsolventen richten und
2607 die wir in Hessen verstärkt nutzen wollen, sollen sich diese Stipendien nicht nur an
2608 Hochschulabsolventen richten, sondern von allen innovativen Gründern in Hessen
2609 genutzt werden können.
2610
- 2611 • **Das Land übernimmt eine Vorreiterfunktion für Arbeitsplätze im ländlichen**
2612 **Raum.** Verwaltungsarbeitsplätze werden verstärkt in den ländlichen Raum verlegt.
2613 Neben der Verlagerung von Behörden und der Bündelung von Aufgaben in ländli-
2614 chen Behörden wollen wir auch so genannte „**Hessen-Büros**“ flächendeckend in
2615 Hessen – möglichst mit mindestens einem Büro pro Landkreis – einrichten. In diesen
2616 „Hessen-Büros“ sollen Mitarbeiter der Landesverwaltung an mehreren Wochenta-
2617 gen wohnortnah arbeiten können. Mitarbeiter der Landesverwaltung können so mit
2618 ihren Familien auch außerhalb der Ballungsräume leben und ihrer Tätigkeit nachge-
2619 hen.
2620
- 2621 • Wir werden gerade kleinen Kommunen ausreichenden **Entwicklungsspielraum zur**
2622 **Ausweisung von Baugebieten oder Gewerbegebieten** einräumen und zu diesem
2623 Zweck den Landesentwicklungsplan überarbeiten.
2624
- 2625 • **Land- und Forstwirtschaft** tragen wesentlich zu lebendigen ländlichen Räumen bei
2626 und bieten Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Mit der Fortschreibung des bundes-
2627 weit einmaligen „Zukunftspaktes Hessische Landwirtschaft“ werden wir die Land-
2628
2629

2630 und Forstwirte weiter unterstützen und die wirtschaftliche Bedeutung dieses Sek-
2631 tors noch weiter stärken.

2632

2633

2634 **Zusammenhalt im ländlichen Raum**

2635

2636 • Das **Kultur- und Vereinsleben** im ländlichen Raum erfährt eine besondere Unter-
2637 stützung. Ein aktives Vereinsleben steht auch für die gute Lebensqualität auf dem
2638 Land. Die Attraktivität des ländlichen Raums lebt auch von kulturellen Angeboten.
2639 Wir werden daher mit Museumsbussen, die auf Schulhöfen und Marktplätzen Halt
2640 machen, die Angebote der reichen hessischen Museumslandschaft mobil machen.
2641 Mit der Förderung von Kinos im ländlichen Raum und mobilen Wanderkinos, die ak-
2642 tuelle Filme in Bürgerhäusern zeigen, werden wir auch diesen wichtigen Teil der Kul-
2643 tur in allen Teilen Hessens fördern.

2644

2645 • Die **Sport- und Kulturvereine** sind der Kitt, der gerade die dörflichen Gemeinshaf-
2646 ten zusammenhält. Wir wollen diese Leistung honorieren. Wir intensivieren daher
2647 den Sportstättenbau und modernisieren die Sportplätze, Turnhallen und Schwimm-
2648 und Hallenbäder in unserem Land.

2649

2650 • Die Arbeit von Nachbarschaftsvereinen, Seniorengenossenschaften und ähnlichen
2651 Institutionen, die gegenseitige Hilfe und Unterstützung ermöglichen, werden geför-
2652 dert und unterstützt. Das **ehrenamtliche Engagement** bei der Hilfe untereinander
2653 ist Generationen übergreifend, verbindet und wirkt einer Isolation im Alter entge-
2654 gen.

2655

2656

2657 **.... für die Wohnungspolitik**

2658

2659 **Passgenaue Förderung für angemessenen Wohnraum für jeden**

2660

2661 • Im Mittelpunkt unserer Wohnungspolitik in Hessen steht der Wunsch, dass alle Men-
2662 schen eine Wohnung zu angemessenen Preisen finden können. Grundsätzlich ist da-
2663 bei das Ziel, **alle Menschen in Hessen in den allgemeinen Wohnungsmarkt zu in-**
2664 **tegrieren.**

2665

2666 • Die **soziale Durchmischung** der Gebiete und die Auflösung reiner Sozialwohnraum-
2667 Siedlungen ist ein Erfolg und wird fortgesetzt. Wichtiger als die Zahl der Sozialwoh-
2668 nungen in Hessen ist uns die Zahl der absolut verfügbaren Wohneinheiten und die
2669 passgenaue Verteilung und Mittelbereitstellung entsprechend der Bedürfnisse und
2670 Nachfrage der Bürger.

2671

2672 • Die Förderung **bezahlbaren Wohnraums** wollen wir weiter vorantreiben. Hierzu
2673 werden wir die **Fördersumme** der letzten Jahre beibehalten. Die Förderung von so-
2674 zialem Wohnraum werden wir auf dem aktuellen Allzeithoch fortsetzen und dafür
2675 sorgen, dass auch weiterhin keine Förderanträge abgelehnt werden müssen. Gerade
2676 in Ballungsräumen sollten die Möglichkeiten auch für mittlere Einkommensgruppen
2677 verbessert werden.

2678

- 2679
2680
2681
2682
2683
2684
2685
2686
2687
2688
2689
2690
2691
2692
2693
2694
2695
2696
2697
2698
2699
2700
2701
2702
2703
2704
2705
- Die **Förderrichtlinien** werden wir weiterhin attraktiv ausgestalten, um Investitionen in Wohnungsneubau und -modernisierung anzureizen. Bestehende Mindeststandards zur Förderfähigkeit von Wohnungen mit Sozialbindung werden wir kritisch hinterfragen und gegebenenfalls anpassen. Dies betrifft insbesondere Mindestgrößen und Mindestanzahl von Wohneinheiten sowie überzogene Ausstattungsvorgaben.
 - Als kurzfristige Maßnahme zum Erhalt des Bestands an Sozialwohnungen werden wir durch den verstärkten **Kauf von Belegungsrechten** dafür sorgen, dass preisgebundene Wohnungen auch nach Ablauf der Bindungsfristen bezahlbar bleiben.
 - Wir setzen uns für eine **Erhöhung des Wohngeldes** und eine Anpassung der Einkommensgrenzen für den Bezug von Wohngeld ein, um den gestiegenen Mieten in den Ballungsräumen Rechnung zu tragen. Das Wohngeld soll dabei noch stärker darauf ausgerichtet werden, vor allem Familien mit mittleren Einkommen dabei zu unterstützen, gestiegene Mietpreise bezahlen zu können. Generell sollte eine dynamische Anpassung dieser Sozialleistung auf Grundlage nachvollziehbarer Parameter vorgesehen werden.
 - Die in öffentlicher Hand befindlichen **Wohnungsbaugesellschaften** sollten sich verstärkt auf das Kerngeschäft der Schaffung von bezahlbarem Mietraum konzentrieren.
 - Die **Fehlbelegungsabgabe** werden wir beibehalten, um weiterhin bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

2706 **Eigentum schaffen**

- 2707
2708
2709
2710
2711
2712
2713
2714
2715
2716
2717
2718
2719
2720
2721
2722
2723
2724
2725
2726
- Zu wenig Menschen in Deutschland leben in den eigenen vier Wänden. Deshalb wollen wir die **Wohneigentümer-Quote in Hessen um jährlich 1 Prozent steigern**. Dazu werden wir ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, das vor allem jungen Familien im Wunsch nach Wohneigentum unterstützt.
 - Auf **Bundesebene geplante Ansätze**, insbesondere zur steuerlichen Absetzbarkeit von Investitionen in den Wohnungsbau, zur Schaffung eines Baukindergeldes und gegebenenfalls auch zur Anpassung der Grunderwerbssteuer werden wir unterstützen, wenn diese zu einer Anregung des Wohnungsbaus beitragen können.
 - Wir werden beim Bund dafür eintreten, **die Eigenheimrente und die Wohnungsbau-prämie** strukturell zu stärken und zu einem attraktiven Angebot zur Förderung von Wohneigentum weiterzuentwickeln.
 - Beim Bund werden wir dafür werben, dass den Ländern die Möglichkeit eingeräumt wird, die **Grunderwerbsteuer** beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum nicht oder nur in einem geringeren Satz zu erheben. Diese Spielräume werden wir nutzen, um insbesondere Familien mit Kindern zu entlasten.

- 2727
2728
2729
2730
2731
2732
2733
2734
2735
2736
2737
2738
2739
2740
2741
2742
2743
2744
2745
2746
2747
2748
2749
2750
2751
2752
2753
2754
2755
2756
2757
2758
2759
2760
- Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum und die **Förderung von Eigentum** bleiben gleichberechtigt und werden entsprechend des aktuellen Marktumfeldes bedient.
 - Der Erwerb eines selbstgenutzten Eigenheims oder einer Eigentumswohnung sind Altersvorsorge und das beste Mittel gegen den so genannten „Gentrifizierungsdruck“ – also die Verdrängung alteingesessener Anwohner durch steigende Mieten – in bestimmten Stadtteilen. Wir werden deshalb die **Eigentumsförderung** wieder stärken. Insbesondere werden wir die **Fördermöglichkeiten** den gestiegenen Bauland- und Immobilienpreisen anpassen.
 - Um insbesondere Mietern den Erwerb von Eigentumswohnungen oder einem Eigenheim zu erleichtern, werden wir ergänzend zu den neuen Bundesprogrammen ein **Bürgerschaftsprogramm** auflegen, um als **Eigenkapitalergänzung** Mietern den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern.
 - Ein **Umwandlungsverbot von Mehrfamilienhäusern in Eigentumswohnungen lehnen wir ab**. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die es erleichtern, z.B. Büroraum oder sonstigen wirtschaftlich genutzten Raum in Wohnungen umwandeln zu können. Wir möchten außerdem Beratungsangebote fördern, um Mieter, die ihre Wohnung erwerben möchten, und Mehrfamilienhauseigentümer bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen zu unterstützen.
 - Wir unterstützen die Aktivitäten von **Wohnungsbaugenossenschaften** und Wohneigentumsgemeinschaften. Auch unterstützen wir neue Ideen und andere Lösungen um die Mieten zu senken, wie beispielsweise die Nutzung von Erbbaurechten.
 - Zur **Eindämmung von Kostensteigerungen** setzen wir uns ein
 - gegen weitere Verschärfungen der **Energieeinsparverordnung** auf Bundesebene,
 - für eine Zusammenlegung, Konsolidierung und Technologieoffenheit von **EnEV und EEWärmeG** auf Bundesebene.

2761 **Mehr Bauland schaffen**

- 2762
2763
2764
2765
2766
2767
2768
2769
2770
2771
2772
2773
2774
2775
- Die **Ausweisung von zusätzlichem Wohnbauland** muss dringend beschleunigt und vereinfacht werden. Hierzu werden wir uns dafür einsetzen, die rechtlichen Verfahren und Schritte, die die Kommunen zur Ausweisung von neuen Baugebieten durchlaufen müssen, signifikant zu vereinfachen und zu beschleunigen.
 - Wir setzen uns beim Bund für ein **Planungsbeschleunigungsgesetz**, zum Beispiel nach Vorbild des in den 1990er Jahren gültigen Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes ein, das die Planung und Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen und der Wohnraumerstellung beschleunigt.
 - Zur Beschleunigung der rechtsstaatlichen Verfahren werden wir an den **Verwaltungsgerichten separate Kammern für Planungs- und Bauverfahren** einrichten.

- 2776
- 2777
- 2778
- 2779
- 2780
- 2781
- 2782
- 2783
- 2784
- 2785
- 2786
- 2787
- 2788
- 2789
- 2790
- 2791
- 2792
- 2793
- 2794
- 2795
- 2796
- 2797
- 2798
- 2799
- 2800
- 2801
- 2802
- 2803
- 2804
- 2805
- 2806
- 2807
- 2808
- 2809
- 2810
- 2811
- 2812
- 2813
- 2814
- 2815
- 2816
- 2817
- Um dringend erforderlichen Wohnraum rasch bereitzustellen, wollen wir in Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt die Möglichkeit einräumen, ein gegen die Ausweisung von Wohnbaugebieten gerichtetes **Bürger- oder Vertreterbegehren** zu erschweren.
 - Wir werden prüfen, inwieweit wir **Kommunen bei der Ausweisung von zusätzlichen Wohngebieten finanziell und organisatorisch fördern** können. Insbesondere wollen wir Anreize zur Entwicklung von Potenzialen setzen, sowie eine Vorfinanzierung der Maßnahmen und eine Berücksichtigung von Wohnfolgekosten sicherstellen. Unter anderem werden wir beplante Baugebiete im Kommunalen Finanzausgleich besser berücksichtigen, indem wir den Kommunen die zu erwartenden Neueinwohner bereits in der Planungs- und Bauphase als Einwohner anerkennen.
 - Wir wollen die Innenentwicklung stärken und vorhandene Potenziale zur Nachverdichtung nutzen. Dazu werden wir gemeinsam mit den Kommunen ein Instrument zur Erfassung und Digitalisierung von Innenentwicklungsflächen als **kommunales Baulückenkataster** einführen.
 - Wir werden Kommunen durch die Bereitstellung einer Mustersatzung darin unterstützen, die zulässige **Geschossflächenzahl zu erhöhen und Aufstockungen zu erleichtern**. Hinderliche bürokratische Auflagen bezüglich der Bereitstellung durchgehender Aufzüge und zusätzlicher Stellplätze wollen wir abschaffen. Die Innenentwicklung und zielgerichtete Nachverdichtung wollen wir ebenso voranbringen, wie die **Entwicklung von Konversionsflächen** zur Schaffung von Wohnraum.
 - Wir werden als Land eine Vorreiterrolle übernehmen **und Liegenschaften des Landes** verstärkt über das Instrument der Konzeptvergabe veräußern, um statt eines maximalen Preises noch stärker die Erreichung der wohnungsbaulichen Ziele in den Mittelpunkt stellen.
 - Wir werden uns dafür einsetzen, **Bauanträge zu erleichtern und zu beschleunigen**. Die Verlängerung vereinfachter Baugenehmigungsverfahren und die Stärkung des seriellen Bauens gehören ebenso dazu wie die Unterstützung der kommunalen Bauämter.
 - In den Ballungsräumen können auch Hochhäuser zur Entlastung des Wohnungsmarktes beitragen und zudem einen städtebaulichen und architektonischen Wert entfalten. Um die Errichtung von Hochhäusern in unseren Ballungszentren zu erleichtern, wollen wir die **Hochhaus-Richtlinie** anpassen und den Städten hierzu mehr Flexibilität einräumen.

Partner zusammenbringen

- 2818
- 2819
- 2820
- 2821
- 2822
- 2823
- 2824
- 2825
- Wohnungsbau und preiswerte Mieten sind Kernaufgaben der Daseinsvorsorge. Deshalb werden wir ein **Ministerium** für diese Aufgaben gründen.
 - Die **Allianz für Wohnen** und die **Baulandoffensive** des Landes werden wir fortsetzen.

- 2826
2827
2828
2829
2830
2831
- Um dem Wohnraummangel im Ballungsraum zu begegnen, werden wir die Möglichkeiten für **Berufspendler vereinfachen und ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum ausbauen**, um die Regionen Hessens noch besser, schneller und in engerer Taktung zu vernetzen.

2832 **.... für Verkehr und Mobilität**

2833
2834 **Straßen und Schienen bedarfsgerecht ausbauen**

- 2835
2836
2837
2838
2839
2840
2841
- Für die im **Bundesverkehrswegeplan 2030** dargestellten Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs werden wir zeitnah die Planung und Umsetzung beginnen. Die nötigen **Planungsleistungen** für alle dort genannten Maßnahmen werden wir schnell erbringen. Hierzu werden wir bei der Gewinnung, Qualifizierung und Sicherung von Personalressourcen massiv investieren.

2842
2843
2844
2845
2846
2847
2848

Von besonderer Bedeutung für uns als Transitland sind **leistungsstarke Autobahnen**. Dabei sind die Fertigstellung der A44 und A49, sowie des Riederwaldtunnels (A66/A661), der Ersatzneubau einer Rheinbrücke zwischen Mainz und Wiesbaden im Zuge der A 643, der Ausbau der A4 (B508neu), die Sanierung der Brückenbauwerke der A 45 und die Ertüchtigung der Autobahnkreuze an A3 und A5 von besonderer Bedeutung.

- 2849
2850
2851
2852
2853
2854
2855
2856
2857
- Vordringlich wollen wir den **Ausbau der Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs** im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main angehen. Hierzu gehören als wesentliche Großprojekte:
 - Der Ausbau der Regionaltangente West als Ringverkehr im Ballungsraum,
 - Der Ausbau der Nordmainischen S-Bahn,
 - Die S-Bahn-Anbindung Mittelhessen (Gießen) durch Fortführung des 3. Gleises zwischen Frankfurt/Friedberg und Gießen,
 - Die S-Bahn-Anbindung des Terminal III am Flughafen Frankfurt.

- 2858
2859
2860
- Wir wollen, dass die **S-Bahnen im Rhein-Main-Gebiet am Wochenende auch nachts fahren**, damit gerade für Jugendliche ein attraktives Angebot besteht.

- 2861
2862
2863
2864
2865
2866
- Wir wollen den ÖPNV attraktiv erhalten. Das erfolgreiche **Schülerticket** Hessen, mit dem alle Schüler und Auszubildenden für 1,- Euro am Tag durch ganz Hessen fahren können, wollen wir weiter ausbauen und deshalb prüfen, ob nach dem Vorbild des Schülertickets ein **Hessenticket** schrittweise allen hessischen Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann.

- 2867
2868
2869
2870
- Das **Landesticket** für die Mitarbeiter des Landes bietet diesen Menschen und ihren Familien ebenfalls ein sehr attraktives Angebot zur Nutzung des ÖPNV. Wir werben auch bei der Wirtschaft dafür, solche Angebote für ihre Mitarbeiter zu schaffen.

- 2871
2872
2873
2874
2875
- Zum Aus- und Neubau von wichtigen **Landes- und Umgehungsstraßen** im Rahmen eines Landesstraßenbauprogramms wollen wir die Mittel mindestens bis zur Höhe des Werteverzehrs aufstocken. Insbesondere der Bau von Umgehungsstraßen muss beschleunigt und verstärkt werden.

- 2876
- 2877
- 2878
- 2879
- 2880
- 2881
- 2882
- 2883
- 2884
- 2885
- 2886
- 2887
- 2888
- 2889
- 2890
- 2891
- 2892
- 2893
- 2894
- 2895
- 2896
- 2897
- 2898
- 2899
- 2900
- 2901
- 2902
- 2903
- 2904
- 2905
- 2906
- 2907
- 2908
- 2909
- 2910
- 2911
- 2912
- Wir werden weiterhin bedarfsgerechte Mittel für den **kommunalen Straßenbau** und den **öffentlichen Nahverkehr** im Rahmen des **Mobilitätsfördergesetzes** zur Verfügung stellen.
 - Gleichzeitig werden wir ein Sanierungsprogramm für die Infrastruktur der **kommunalen Schienennetze** auflegen.
 - Unser Ziel ist die Stauvermeidung. Wir wollen alle technischen Möglichkeiten zur **Verkehrssteuerung und Verkehrsentlastung** nutzen, um Staus vorzubeugen sowie schnellstmöglich aufzulösen. Zur Entlastung verkehrlicher Engpässe werden wir
 - intelligente Verkehrsleit- und Umfahrinformati-
onsysteme mit Nutzung von aktuellen Stau- und Wartezeiten weiterentwickeln,
 - Anfangs- und Enddaten von Baustellen intensiver kommunizieren und wo möglich kleinere Bauabschnitte wählen,
 - ein verkehrsübergreifendes Stau- und Baustellenmanagement einführen, um die baustellenbedingten Belastungen und Einschränkungen im Verkehrsfluss möglichst zu minimieren und so kurz wie möglich zu halten,
 - die temporäre Freigabe von Standstreifen auf Autobahnen weiter ausbauen,
 - den Einsatz von Lang-LKW`s zur Reduzierung der Verkehrsmenge unterstützen,
 - die Attraktivität des ÖPNV als Alternative zum Auto weiter steigern und ausbauen.
 - in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung und privaten Arbeitgebern Arbeitszeitmodelle entwickeln, die flexiblere Anfahrtszeiten ermöglichen,
 - Wir wollen **LKW-Parkplätze an Autobahnen** ausbauen und verbessern. Das wilde Parken auf Standstreifen und in Einfahrten werden wir beenden. Parkplätze und Raststätten müssen verstärkt gesichert werden, um der wachsenden Kriminalität an diesen Punkten entgegen zu treten.
 - **Planungs- und Genehmigungsverfahren** für größere Infrastrukturvorhaben wollen wir vereinfachen und beschleunigen. In diesem Zuge starten wir eine Bundesratsinitiative zur Planungsbeschleunigung im Infrastrukturbereich analog der Beschleunigung der „Infrastrukturprojekte Deutsche Einheit“.

Leistungsstarken Flughafen Frankfurt/Rhein-Main sichern und entwickeln

- 2913
- 2914
- 2915
- 2916
- 2917
- 2918
- 2919
- 2920
- 2921
- 2922
- 2923
- 2924
- 2925
- Wir bekennen uns zur **Stärkung des Flughafens Frankfurt/Rhein-Main** auf der Basis des Planfeststellungsbeschlusses. Wir wollen den Flughafen in seiner Drehscheibenfunktion als Weltflughafen erhalten, um Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Flughafen ist für uns der Herzmuskel der gesamten Region und wirkt weit über den engeren Ballungsraum hinaus.
 - Den **Ausbau des Terminal III** mit entsprechender Anbindung an das ÖPNV-Netz treiben wir weiter voran, weil er für die Zukunftsfähigkeit des Flughafens von entscheidender Bedeutung ist.
 - Wir fördern die **Systempartnerschaften zwischen Fraport und den Airlines**.

2926
2927
2928
2929
2930
2931
2932
2933
2934
2935
2936
2937
2938
2939
2940
2941
2942
2943
2944
2945
2946
2947
2948
2949
2950
2951
2952
2953
2954
2955
2956
2957
2958
2959
2960
2961
2962
2963
2964
2965
2966
2967
2968
2969
2970
2971
2972
2973
2974

- Unsere Anstrengungen zur **Reduzierung des Fluglärms** haben in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren Entlastung der Region geführt. Im Rahmen der „Allianz für Lärmschutz“ werden wir diesen Weg weiter konsequent beschreiten.
- Wir sichern die **Einhaltung des generellen Nachtflugverbotes zwischen 23 und 5 Uhr**, wie in der Mediation festgelegt. Die freiwilligen Vereinbarungen zu Lärmobergrenzen und Anreizsysteme für die möglichst leise Abwicklung von Flugbewegungen werden wir fortsetzen. Eine rechtliche Ausdehnung des Nachtflugverbots über die Ergebnisse der Mediation hinaus lehnen wir ab.
- Wir wollen Anreizsysteme für **Flottenerneuerungen von Langstreckenflugzeugen**, um technische Verbesserungen des Lärmschutzes durch den Einsatz leiserer Flugzeuge schneller nutzbar machen zu können.
- Die **Fluggastkontrollen** müssen schneller und einfacher werden. Wir werden hierzu mit dem Bund in Verhandlungen treten, um die Kompetenzen auf das Land zu übertragen.

Kassel Airport in seiner positiven Entwicklung unterstützen

- Wir bekennen uns zum **Kassel Airport**, der für Nordhessen ein wichtiges Infrastrukturangebot darstellt. Er bindet die Region an das Flugverkehrsnetz an, bietet gute Entwicklungsmöglichkeiten im Passagier- und Frachtverkehr sowie bei der Ansiedlung von insbesondere luftfahrtaffinem Gewerbe am Flughafen und schafft dadurch zunehmend Arbeitsplätze. Auf diesem Weg werden wir den noch jungen Regionalflughafen weiterhin unterstützen.
- Die **Kostenstruktur des Flughafens** wurde seit Inbetriebnahme kontinuierlich optimiert. Dieser Prozess wird in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt. Ziel ist es, den Zuschuss des Landes weiter zu reduzieren. Bereits heute aber übersteigen die durch den Flughafen generierten Steuereinnahmen die Ausgaben des Landes.

Modernste Verkehrsangebote im Herzen Deutschlands

- Wir werden **kostenloses WLAN im öffentlichen Personennahverkehr** im Dialog mit den Verkehrsgesellschaften entschlossen voranbringen.
- Wir wollen E-Mobilität in allen Bereichen fördern. Unser langfristiges Ziel ist die generelle **klimaneutrale Antriebstechnik**. Als ersten Schritt sorgen wir für einen flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur mit einem freien Wettbewerb der Stromanbieter. Gleichzeitig zeigen wir uns technologieoffen gegenüber anderen Antriebstechniken.
- **Innovative Mobilitätskonzepte** im Rahmen der digitalen Vernetzung wollen wir fördern. Die Digitalisierung bringt große Chancen, Verkehre zu steuern und miteinander zu koppeln. Um diese Möglichkeiten optimal zu nutzen, treiben wir auch die Reduzierung des gesetzlichen Regelwerks bei der Zulassung von plattformbasierten

- 2975 Angeboten voran. Wir unterstützen neue Mobilitätsformen in Stadt und Land. Mög-
2976 lichkeiten des „Sharing“ von Verkehrsmitteln wollen wir genauso wie Modelle für
2977 Autonomes Fahren wir nicht nur innerstädtisch, sondern auch auf Überlandverbin-
2978 dungen und auf dem Land voranbringen.
- 2979
- 2980 • Das Nationale **Investitionsprogramm für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie**
2981 werden wir umsetzen und durch Landesmaßnahmen verstärken. Hierzu soll
2982 auch eine Anschubförderung für den Netzausbau von Wasserstofftankstellen beitra-
2983 gen.
 - 2984
 - 2985 • Wir werden bei der Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen für
2986 **autonome Mobilitätsangebote** eine Führungsrolle einnehmen und Hessen zum
2987 Vorreiter in diesem Bereich machen.
 - 2988
 - 2989 • Generelle **Diesel-Fahrverbote** lehnen wir ab. Wir wollen stattdessen alle möglichen
2990 Mittel ergreifen, um den Schadstoffausstoß insgesamt zu reduzieren.
 - 2991
 - 2992 • Wir sehen die **Hersteller in der Verantwortung**, schnellstmöglich Lösungen anzu-
2993 bieten, um die mit dem Fahrzeugverkehr verbundenen Belastungen der Luft mit
2994 Stickoxiden und Feinstaub weiter zu reduzieren. Die aus dem Dieselpfand auf Bun-
2995 desebene erwachsenen Maßnahmenvorschläge sind dabei ein erster wichtiger
2996 Schritt, um beispielsweise intelligente Verkehrslenkung, Verkehrsplanung, Park-
2997 raumbewirtschaftung und die Umstellung auf emissionsarme oder emissionsfreie
2998 Verkehrsformen voranzubringen.
 - 2999
 - 3000 • Als Staat wollen wir diese Maßnahmen flankieren und unterstützen. Gleichzeitig ist
3001 die **Nachrüstung der vom Vorwurf des Betrugs betroffenen PKW** auf Kosten der
3002 Hersteller unerlässlich. Software-Updates müssen, sofern das technisch und ökonomisch
3003 machbar und ökologisch effizient ist, durch Hardware-Nachrüstungen ergänzt
3004 werden.
 - 3005
 - 3006 • Mit diesen Maßnahmen wollen wir gemeinsam mit den betroffenen Kommunen
3007 **Luftreinhaltepläne** erarbeiten. Generelle Fahrverbote lehnen wir ebenso ab wie die
3008 Einführung einer „Blauen Plakette“, die letztlich auch nur pauschale Fahrverbote zur
3009 Folge hätte.
 - 3010
 - 3011 • Mittelfristig wollen wir die verbliebenen **Dieseltriebfahrzeuge im Schienenverkehr**
3012 durch Strom-, Gas- oder Wasserstoffantriebe ersetzen, solange keine ebenso schad-
3013 stoffarmen Dieselfahrzeuge zur Verfügung stehen.
 - 3014

3015 **Wie wir Hessen sozial fortentwickeln**

3016

3017 **Für die CDU steht die Würde des einzelnen Menschen im Mittelpunkt. Deshalb treten**
3018 **wir jeder Form der Diskriminierung entschieden entgegen. Solidarität ist für uns Aus-**
3019 **druck des christlichen Menschenbildes. Wer sich nicht aus eigener Verantwortung hel-**
3020 **fen kann, erfährt Hilfe von Staat und Gesellschaft. Wir stehen zu sozialer Sicherheit und**
3021 **einem Leben in Würde, gerade auch für ältere und pflegebedürftige Menschen und Men-**
3022 **schen mit Behinderung. Wir haben viel für die Kinder- und Familienfreundlichkeit getan**
3023 **– und das setzen wir fort! Die Entlastung der Eltern bei den Kindergartenbeiträgen um**
3024 **durchschnittlich 5000 Euro pro Kind geht dabei Hand in Hand mit dem weiteren Ausbau**
3025 **und der Steigerung der Qualität in unseren Kindertagesstätten.**

3026

3027 **Vorfahrt für Familien und Kinder**

3028 Kinder sind unsere Zukunft! Wir werden Kinder und Familien deshalb weiter in das Zentrum
3029 unserer Politik rücken und Hessen als familien- und kinderfreundliches Land nach vorne
3030 bringen. Mit der familienpolitischen Offensive, den Empfehlungen der Kommission „Hessen
3031 hat Familiensinn“ und dem Ausbau von Familien- und Mütterzentren wollen wir hessenweit
3032 die gute und verlässliche Infrastruktur für Familien weiter ausbauen. Unser Motto bleibt:
3033 Kinderlärm ist Zukunftsmusik!

3034

3035 **Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung**

3036 Solides Haushalten macht es möglich: Seit dem 1. August 2018 ist in Hessen die Betreuung
3037 im Kindergarten für bis zu sechs Stunden am Tag beitragsfrei. Im Durchschnitt spart eine
3038 Familie damit rund 5000 Euro pro Kind. Mittelfristig werden wir dieses Angebot an die El-
3039 tern noch weiter ausbauen. Zusätzlich investiert das Land massiv in die Qualität der Kinder-
3040 betreuung. Wir wollen die besten Betreuungsangebote für unsere Kinder. Das sind uns die
3041 Kinder und Familien wert! Dabei stehen wir zur Wahlfreiheit der Eltern. Der Staat soll nicht
3042 die Lufthoheit über die Kinderbetten bekommen. Die Familien wissen am besten, was für
3043 ihre Kleinen richtig ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir – auch durch die
3044 Chancen, die die Digitalisierung bietet – weiter verbessern, damit Wahlfreiheit erlebbar ist.

3045

3046 **Gleiche Chancen für Frauen**

3047 Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bleibt eine wichtige gesamtgesellschaft-
3048 liche Aufgabe. Trotz großer Fortschritte besteht in vielen Bereichen noch keine volle Gleich-
3049 stellung. Wir treten für praktische und umsetzbare Verbesserungen ein - statt ideologische
3050 Kämpfe auf dem Papier zu führen! Mehr Frauen in Führungspositionen, eine noch bessere
3051 Vereinbarkeit der Familie mit dem Beruf und der Abbau von Benachteiligungen bleiben auf
3052 der Tagesordnung. Frauen in schwierigen familiären Situationen steht Hessen zur Seite.
3053 Gleichzeitig kämpfen wir besonders gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

3054

3055 **Senioren – Selbstbestimmt, Aktiv, Engagiert**

3056 Zukunft baut auf Erfahrung! Über 20 Prozent der Hessen sind 65 Jahre und älter. Sie stehen
3057 für uns in der Mitte der Gesellschaft. Die Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, müs-
3058 sen auch im Alter Sicherheit, Solidarität, Zuwendung und Teilhabe erfahren. Wir stehen für
3059 ein starkes Miteinander der Generationen, einen respektvollen Umgang und Rücksicht-
3060 nahme im Alltag. Immer mehr ältere Menschen verstehen sich heute als „Aktiv-Senioren“,
3061 die mit Schwung und Dynamik den dritten Lebensabschnitt eigenverantwortlich und selbst-
3062 bestimmt genießen wollen. Die Erfahrung und der Gestaltungswille dieser Generation müs-
3063 sen noch stärker in den Bereichen von Freizeit, Bildung, Ehrenamt und Sport genutzt und
3064 verankert werden.

3065

3066 **Jungen Menschen Halt und Perspektiven geben**

3067 Wir wollen jungen Menschen Zeit und Raum zur persönlichen Entwicklung und Entfaltung
3068 geben. Der Jugend Perspektiven und Chancen zu eröffnen, ist Ziel unserer Politik. Unsere
3069 sozialpolitische Leitlinie gilt auch für die jungen Menschen: Wer aus eigenem Antrieb nicht
3070 weiterkommt, wer auf die „schiefe Bahn“ gerät oder aus den unterschiedlichsten Gründen
3071 Schwierigkeiten in der Schule oder Ausbildung, im Beruf oder allgemein im Sozialverhalten
3072 hat, dem wird geholfen. Hessen steht für eine starke Jugendhilfe, für eine starke Jugendar-
3073 beit und ein starkes Netz an vielseitigen Angeboten.

3074

3075 **Im Leben das Wichtigste: Die Gesundheit**

3076 Die Gesundheit ist unser wichtigstes Gut. Deshalb arbeiten wir für eine gute medizinische
3077 Versorgung für jeden, den Erhalt von wohnortnahen Pflegeeinrichtungen und Krankenhäu-
3078 sern, die schnelle Verfügbarkeit von Notfallmedizin und die flächendeckende Versorgung
3079 mit Angeboten der Geburtshilfe. Mit vielen Maßnahmen, wie Landarzt-Stipendien und ge-
3080 zielten Fördermitteln, sichern wir die flächendeckende Erreichbarkeit der medizinischen
3081 Versorgung. Gemeindeschwestern ergänzen die medizinische Betreuung im ländlichen
3082 Raum. Wir stärken die Allgemeinmedizin ebenso wie wir die neuen Chancen der Digitalisie-
3083 rung im Gesundheitswesen nutzen. Die Apotheke vor Ort und auch das Krankenhaus in der
3084 Nähe sind für uns unverzichtbare Säulen einer guten Gesundheitsversorgung.

3085

3086 **Die Pflege – eine Herzensangelegenheit!**

3087 In einer älter werdenden Gesellschaft wird die Pflege immer wichtiger. Die CDU hat mit der
3088 Einführung der Pflegeversicherung vor mehr als 20 Jahren dazu die Weichen gestellt. Wir
3089 werden die Pflege weiter zukunftsfest machen, denn auch in Hessen wird die Anzahl pfle-
3090 gebedürftiger Menschen zunehmen. Die Verbesserung der Ausbildung, eine hohe Qualität
3091 und eine ausreichende Personalausstattung mit fairer Bezahlung stehen dabei im Fokus. Wir
3092 brauchen eine ausreichende Versorgung in der Tages- wie in der Langzeitpflege. Und insge-
3093 samt gilt für uns: Wer seine Angehörigen pflegt, muss noch besser unterstützt werden.

3094

3095 **Würde für schwerstkranke und sterbende Menschen**

3096 Schwerstkranke und sterbende Menschen sollen in einer vertrauten Umgebung medizinisch
3097 und pflegerisch würdevoll behandelt werden. Als erstes Land hat Hessen eine flächende-
3098 ckende spezialisierte ambulante Palliativversorgung aufgebaut. Diese werden wir sichern
3099 und ausbauen. Wir wollen weiter dafür sorgen, dass die Menschen eine würdevolle Sterbe-
3100 begleitung erfahren. Sterben und Tod dürfen nicht aus der Gesellschaft verdrängt werden.
3101 Daher werden wir auch die Hospizversorgung weiter in den Fokus unserer Anstrengungen
3102 nehmen.

3103

3104 **Menschen mit Behinderungen im Alltag stärken**

3105 In dem Ziel, Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt in alle Facetten des gesell-
3106 schaftlichen Lebens einzubinden, werden wir nicht nachlassen. Mit dem Behindertengleich-
3107 stellungsgesetz und dem neuen Bundesteilhabegesetz sind die entscheidenden gesetzli-
3108 chen Grundlagen dazu geschaffen worden. Barrieren im Alltag und im Berufsleben sowie
3109 Benachteiligungen wollen wir weiter abbauen. Die landesweit vorhandenen Angebote zur
3110 Früherkennung und Frühförderung behinderter Menschen und die zahlreichen Fördermaß-
3111 nahmen werden wir fortentwickeln. Inklusion ist uns wichtig – aber ideologiefrei und realis-
3112 tisch.

3113

3114 **Und das sind unsere Maßnahmen:**

3115

3116 **.... für Familien und Kinder**

3117

3118 • Wir schaffen **Freiräume für Familien** und wollen, dass sie die nötigen Ressourcen,
3119 gemeinsame Zeit, und echte Wahlfreiheit zur Gestaltung des familiären Zusammen-
3120 lebens haben. Unsere Politik schafft gute Rahmenbedingungen, um den Familien ih-
3121 ren Alltag zu erleichtern, sie zu entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Fami-
3122 lie zu ermöglichen.

3123

3124 • **Allen Kindern in Hessen** wollen wir unabhängig von ihrer Herkunft und ihres fami-
3125 liären Hintergrunds **einen guten Start in ein eigenständiges Leben ermöglichen**.
3126 Wir wollen gewährleisten, dass jedes Kind zu einem gesunden, selbstständigen Men-
3127 schen heranwachsen kann. Für Familien, in denen Kinder besonders belastenden Le-
3128 benssituationen ausgesetzt sind, stellen wir eine flächendeckende Unterstützungs-
3129 und Beratungsinfrastruktur bereit, um das Kindeswohl in der Familie zu gewährleis-
3130 ten. Wo dies allein nicht greift, stehen wir für eine starke Jugendhilfe, die rechtzeitig
3131 und entschlossen eingreift.

3132

3133 • Wir haben die Kindergartengebühren weitgehend abgeschafft. Mit der 6-stündigen
3134 **Beitragsfreistellung der Kinderbetreuung** für Kinder ab dem dritten Lebensjahr ha-
3135 ben wir Familien entschieden entlastet. Im Durchschnitt spart eine Familie damit in
3136 drei Jahren rund 5000 Euro pro Kind, weil für diese Zeit keine Gebühren mehr anfal-
3137 len. Perspektivisch wollen wir die Beitragsfreiheit – mit Hilfe des Bundes und sofern
3138 es die wirtschaftliche Situation des Landes erlaubt – weiter ausdehnen. Mittelfristig
3139 sollen so auch für Kinder unter 3 Jahren und für eine längere tägliche Betreuungszeit
3140 keine Elterngebühren erhoben werden.

3141

3142 • Wir haben massiv in die **Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung** inves-
3143 tiert. Wir werden dafür sorgen, dass die Qualität weiter steigt und Kindertagesstät-
3144 ten und Kindergärten personell und sachlich optimal ausgestattet sind.

3145

3146 • Der **Bildungs-und Erziehungsplan** ist Garant für eine gute Qualität in der frühkind-
3147 lichen Betreuung. Wir werden die Kindertagesstätten weiter durch finanzielle Leis-
3148 tungen darin stärken, die pädagogisch beste Kinderbetreuung anzubieten, damit un-
3149 sere Kinder optimal gefördert werden. Einen Schwerpunkt werden wir dabei auf die
3150 Sprachförderung legen, um allen Kindern eine gute und gleichwertige Ausgangspo-
3151 sition für ihre weitere Entwicklung zu ermöglichen.

3152

3153 • **Die Erzieherinnen und Erzieher** leisten enorm wichtige Arbeit. Wir setzen uns im
3154 Dialog mit den Sozialpartnern dafür ein, dass diese Arbeit und die hervorragende
3155 Ausbildung angemessen honoriert werden.

3156

3157 • Wir wollen den **Beruf des Erziehers attraktiver machen**, um die erforderlichen
3158 Fachkräfte zu gewinnen. Dazu gehört auch, dass die Ausbildung gestrafft und in der
3159 Ausbildung geleistete Praxiszeiten bereits ordentlich entlohnt werden müssen.

3160

- 3161 • Die Betreuung durch **Tagesmütter und -väter** ist uns sehr wichtig und wertvoll. Wir
3162 wollen Tageseltern stärken und die Betreuung durch Tageseltern im Sinne der Wahl-
3163 freiheit perspektivisch in gleicher Weise wie in Kindertagesstätten freistellen und
3164 die Eltern von Kosten entlasten.
- 3165
- 3166 • Wir werden die **familienpolitischen Leistungen Hessens** weiterführen und weiter
3167 ausbauen. Dazu gehören insbesondere die Hessischen Familienzentren, in denen wir
3168 vermehrt auch Verbraucherschutzberatungen und Sicherheitsberatungen anbieten
3169 werden.
- 3170
- 3171 • Wir wollen die **Väterrolle stärken** und Eltern ermöglichen, die Verantwortung zwi-
3172 schen beiden Elternteilen frei und flexibel zu verteilen.
- 3173
- 3174 • Wir werden den **Schutz von Kindern vor Gewalt und sexuellem Missbrauch** beson-
3175 ders in den Blick nehmen und noch mehr Aufklärung betreiben.
- 3176
- 3177 • Mit einer **eigenständigen Kinder- und Jugendstrategie** wollen wir die Belange von
3178 Kindern und Jugendlichen weiter fördern. Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche
3179 auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben umfassend zu unterstützen. Dabei
3180 werden wir die Ergebnisse der Kommission „Hessen hat Familiensinn“ und die Hand-
3181 lungsempfehlungen der „Hessischen Kinder- und Jugendrechtecharta“ aufgreifen
3182 und mit den bestehenden Maßnahmen zusammenführen, bündeln und weiterentwi-
3183 ckeln.
- 3184
- 3185 • Die bundesweit einzigartige **Familienkarte Hessen** werden wir fortsetzen und noch
3186 attraktiver machen.
- 3187
- 3188 • Wir werden **kinderreiche Familien** als eigenständige Zielgruppe familienpolitischer
3189 Maßnahmen verstärkt in den Blick nehmen, um ihre besonderen Belange auf allen
3190 Ebenen systematisch besser zu berücksichtigen. Insbesondere wollen wir, dass fami-
3191 lienpolitische Leistungen stärker als bisher in ihrer Höhe nach der Kinderzahl gestaf-
3192 felt und insbesondere die ab dem dritten Kind sprunghaft steigenden Kosten besser
3193 berücksichtigt werden. Unter anderem muss dafür das Elterngeld nach der Geburt
3194 eines Geschwisterkindes weiterhin in Bezug auf das zuletzt erzielte Erwerbseinkom-
3195 men bemessen werden.

3196
3197

3198 für Frauen

- 3199
- 3200 • Noch immer gibt es **ungerechtfertigte Lohnunterschiede zwischen Männern und**
3201 **Frauen**. Das ist nicht zu akzeptieren. Dieses Lohngefälle wollen wir weiter abbauen
3202 und hierzu den Dialog mit den Sozialpartnern fortsetzen.
- 3203
- 3204 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass **Frauen** genauso oft **in Führungspositionen**
3205 vertreten sind wie Männer. Der öffentliche Dienst soll eine Vorreiterposition einneh-
3206 men. Starre Quoten halten wir dabei nicht für das geeignete Mittel.
- 3207
- 3208 • Wir wollen, dass die **Familienarbeit**, die nach wie vor häufig von Frauen geleistet
3209 wird, mehr **Anerkennung** genießt. Dazu gehört, dass

- 3210 ○ beide Elternteile ihre Arbeitszeit möglichst **frei und flexibel** einteilen können,
- 3211
- 3212 ○ das Instrument von **Lebensarbeitszeitkonten** stärker genutzt werden kann,
- 3213 ○ Teilzeitarbeit eine höhere **gesellschaftliche Anerkennung** erfährt,
- 3214 ○ auch Familienarbeit eine gute **soziale Absicherung** sicherstellt. Die Ausweitung der Mütterrente und eine angemessene Berücksichtigung von Erziehungszeiten beim Erwerb von Rentenansprüchen sind dafür wesentlich.
- 3215
- 3216
- 3217
- 3218 ● Die Bekämpfung von **Gewalt gegen Frauen** – insbesondere im häuslichen Bereich – hat weiterhin hohe Priorität. Die vorhandenen Landesaktionspläne werden wir umsetzen und weiterentwickeln.
- 3219
- 3220
- 3221
- 3222

3223 für Senioren

- 3224
- 3225 ● Wir begreifen eine **generationenübergreifende Politik** als übergeordnete Aufgabe, die alle Bereiche der Gesellschaft und damit unserer Politik betrifft.
- 3226
- 3227
- 3228 ● Wir wollen den Bedürfnissen älterer Bürger gerecht werden und ihre Interessen unterstützen. Ihnen wo nötig Hilfestellungen für ein **bis ins hohe Alter selbstbestimmtes Leben** anzubieten, ist dabei unser Leitmotiv. Wir wollen daher dafür sorgen, dass Senioren in allen Bereichen ihres alltäglichen Lebens eine **seniorengerechte Infrastruktur** vorfinden.
- 3229
- 3230
- 3231
- 3232
- 3233
- 3234 ● In allen Programmen zur **Entwicklung der Infrastruktur** in Hessen – insbesondere in den Programmen zur Dorf- und Stadtentwicklung – wollen wir, dass die Bedürfnisse älterer Bürger berücksichtigt werden.
- 3235
- 3236
- 3237
- 3238 ● Alle Formen des **öffentlichen Personennahverkehrs** – sowohl im Ballungsraum als auch in den ländlichen Räumen – müssen nach Möglichkeit **seniorengerecht** ausgestaltet werden und barrierefrei ausgestattet sein.
- 3239
- 3240
- 3241
- 3242 ● Wir unterstützen den **seniorengerechten und barrierefreien Umbau von Wohnungen** (Eigentums- und Mietwohnungen), damit Senioren in ihrem vertrauten Lebensumfeld bleiben können. Auch unterstützen wir neue und innovative Wohnformen, wie etwa Senioren-WGs, betreutes Wohnen oder das Concierge-Wohnen. Die Wohnberatung „Selbstbestimmt Leben im Alter“ wollen wir ausbauen.
- 3243
- 3244
- 3245
- 3246
- 3247
- 3248 ● Wir werden dafür sorgen, dass unsere **Krankenhäuser** dem **demografischen Wandel** und den Bedürfnissen der älter werdenden Gesellschaft gerecht werden. Dafür nehmen wir auch die Geriatrie besonders in den Blick.
- 3249
- 3250
- 3251
- 3252 ● Wir werden die erfolgreich gestartete Initiative „**Aktion Generation**“ landesweit fortsetzen, damit erfolgreiche Initiativen für Senioren in Kreisen, Städten und Gemeinden mit einer Vorbildfunktion hessenweit gewürdigt und nachgeahmt werden.
- 3253
- 3254
- 3255
- 3256 ● Wir befürworten das Engagement von Menschen, die sich füreinander einsetzen. Deswegen wollen wir Zusammenschlüsse zur **Nachbarschaftshilfe, wie beispielsweise Seniorengenossenschaften**, bei ihrer wertvollen Arbeit unterstützen. Dazu gehört auch die Klärung der hierfür notwendigen steuerlichen Voraussetzungen.
- 3257
- 3258
- 3259

- 3260
- 3261
- 3262
- 3263
- 3264
- 3265
- 3266
- 3267
- 3268
- 3269
- 3270
- 3271
- 3272
- 3273
- 3274
- 3275
- 3276
- Spezielle **Senioreninitiativen** in Vereinen werden wir besonders unterstützen.
 - Die vielfältigen Leistungen von **Senioren im Ehrenamt** wollen wir stärken und erhalten und ältere Menschen ermutigen, sich freiwillig für die Gesellschaft – z.B. in Verbänden oder Vereinen – zu engagieren. Um diese Bereitschaft zum Ehrenamt zu unterstützen, starten wir eine Landesinitiative „Ehrenamt für Ältere“.
 - Wir wollen **Zuverdienstmöglichkeiten von Senioren** flexibilisieren, damit ältere Mitbürger je nach Leistungsfähigkeit und in eigener Verantwortung einer Arbeit nachgehen können.
 - Auch für Senioren hat der digitale Wandel konkrete Auswirkungen. Dies reicht von Angeboten in der Gesundheitsversorgung über altersgerechte Dienstleistungen bis hin zu moderner Kommunikation. Wir wollen, dass möglichst alle **Senioren von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren** können.

3277 **.... für die Gesundheit**

3278

3279

3280 **Flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum**

- 3281
- 3282
- 3283
- 3284
- 3285
- 3286
- 3287
- 3288
- 3289
- 3290
- 3291
- 3292
- 3293
- 3294
- 3295
- 3296
- 3297
- 3298
- 3299
- 3300
- 3301
- 3302
- 3303
- 3304
- 3305
- 3306
- 3307
- Jeder Mensch in Hessen muss **schnellen Zugang zu medizinischer Versorgung** haben. Insbesondere stellen wir uns der Herausforderung, eine **flächendeckende Versorgung mit Haus- und Landarztpraxen** zukunftsfest zu gewährleisten. Um die umfassende Versorgung von Patienten im ländlichen Raum zu sichern, werden wir unter anderem
 - mit der Kassenärztlichen Vereinigung weitere Möglichkeiten zur **Dezentralisierung von Haus- und Fachärzten** erproben und umsetzen, damit auch in ländlichen Gebieten qualifizierte Mediziner wohnortnah erreichbar sind,
 - **Anreize für Ärzte zur Ansiedlung im ländlichen Raum** ausbauen und verstärken,
 - die **Anzahl der Medizinstudienplätze** in Deutschland und damit auch in Hessen im Rahmen eines „Hochschulpaktes Medizin“ insgesamt deutlich erhöhen,
 - jungen Menschen unabhängig von den derzeit sehr strengen Anforderungen beim **Numerus Clausus** die Möglichkeit zum Medizinstudium eröffnen, wenn sie dazu bereit sind, nach absolviertem Studium in einem unterversorgten Gebiet als Arzt tätig zu sein,
 - Landärzten ein flexibles, an ihren Bedürfnissen orientiertes Arbeiten ermöglichen und dafür insbesondere **Gemeinschaftspraxen und Medizinische Versorgungszentren** stärken und mit einer Anschubfinanzierung unterstützen,
 - Unterstützung der Mediziner durch **Versorgungsassistenten**, die an Hausarztpraxen angeschlossen sind und zum Beispiel Hausbesuche machen, verstärken und ausweiten,
 - Modelle in der **Telemedizin** erproben, mit denen Ärzte und Patienten unterstützt werden können,

3308 ○ die Arbeit der **Gemeindeschwestern**, die hilfebedürftigen Menschen in über
3309 gesundheitliche Fragen hinausgehenden Angelegenheiten unterstützen, be-
3310 gleiten und im Rahmen des Projekts „Gemeindeschwester 2.0“ weiterentwi-
3311 ckeln und bedarfsgerecht ausbauen.

3312

3313 • Die Gründung ehrenamtlicher „**Helfer-vor-Ort-Gruppen**“, die aufgrund ihres pro-
3314 fessionellen Ausbildungsstandes eine sinnvolle Ergänzung zur hauptamtlichen Ret-
3315 tungskette für Notfallpatienten darstellen, wollen wir möglichst flächendeckend ein-
3316 führen und verstärkt fördern. An den bestehenden hauptamtlichen Komponenten
3317 der Rettungskette werden wir dabei keine Abstriche vornehmen. Angelehnt an die
3318 Alarmierung bei den Freiwilligen Feuerwehren können diese ehrenamtlichen Grup-
3319 pen gerade in ländlichen Gebieten bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes (Not-
3320 arzt) qualifiziert Erste Hilfe leisten. Schon jetzt konnten dank der bestehenden Grup-
3321 pen, gerade bei schweren Notfällen wie Herzinfarkten oder Schlaganfällen, mittels
3322 einer effektiven Verkürzung der Hilfsfrist Leben gerettet oder bleibende Schäden für
3323 die Patienten in vielen Fällen vermieden werden.

3324

3325 • Wir setzen uns für die **Apothek vor Ort** ein, weil sie einen wichtigen Versorgungsauftrag erfüllt. Deshalb sprechen wir uns für das Versandhandelsverbot rezeptpflichtiger Medikamente aus.

3326

3327 • Wir unterstützen die Einführung einer praktikablen **elektronischen Gesundheitskarte**, auf der Notfalldaten sowie eine Patientenverfügung gespeichert sind. Die Patienten müssen dabei über die Datenhoheit verfügen.

3328

3329 • Wir unterstützen wir den Ausbau **elektronischer Patientenakten**.

3330

3331

3332

3333

3334

3335

3336 **Optimale Krankenhausversorgung sicherstellen**

3337

3338 • Wir setzen uns für **kurze Wege zum nächsten Krankenhaus** ein. Damit dezentrale
3339 Krankenhausstrukturen und kleinere Krankenhäuser auf dem Land erhalten werden
3340 können, müssen Krankenhäuser auch in Zukunft wirtschaftlich arbeiten. In Kranken-
3341 hausverbänden ist eine dezentrale Notfallversorgung mit einer qualitätssichernden
3342 Spezialisierung zu vereinbaren. Daher werden wir weiterhin für Verbundlösungen
3343 werben und finanzielle Anreize zur verstärkten Verbundbildung bereitstellen.

3344

3345 • Insbesondere im Bereich der **Notfallversorgung** wollen wir weitere Verbesserungen
3346 erreichen. Dafür unterstützen wir die Einbindung von Krankenhäusern in die ambu-
3347 lante Versorgung, wo dies zur Sicherung der flächendeckenden medizinischen Ver-
3348 sorgung notwendig ist.

3349

3350 • Wir wollen unsere Krankenhäuser auf einem hohen qualitativen Niveau erhalten. Zur
3351 Sicherstellung und Weiterentwicklung der **stationären Versorgung** werden wir wei-
3352 terhin die notwendigen Mittel investieren. Zukunftsaufgaben wie IT-Sicherheit und
3353 Digitalisierung werden wir dabei berücksichtigen.

3354

3355 • Den **Kampf gegen multiresistente Erreger** werden wir fortführen und Krankenhäuser
3356 bei der Umsetzung und dem Ausbau von erforderlich werdenden Hygienemaßnah-
3357 men unterstützen.

- 3358
3359
3360
3361
3362
3363
3364
3365
3366
3367
- Wir wollen das **Hospizwesen** stärken und die palliative Versorgung weiter ausbauen.
 - Wir richten einen **Lehrstuhl für ambulante Palliativversorgung** ein.
 - Die **Finanzierung der Universitätskliniken** muss bundesweit neu geregelt werden. Sondertatbestände wie schwierige und kostenintensive Fälle oder auch die Vorhaltung der Notfallambulanzen sind dabei zu berücksichtigen. Wir werden dazu eine Bundesratsinitiative einbringen.

3368 **Zukunftsprogramm Geburtshilfe**

3369

- 3370
3371
3372
3373
3374
3375
3376
3377
3378
3379
3380
3381
3382
3383
3384
3385
3386
3387
3388
3389
- Wir wollen ein „**Zukunftsprogramm Geburtshilfe**“ zur Sicherstellung der Hebammenversorgung vor Ort einführen, damit Eltern von der wertvollen Unterstützung durch eine Hebamme profitieren können. Hierzu gehört
 - eine finanzielle Beteiligung des Landes an der **Haftpflichtversicherung** der freiberuflichen Hebammen,
 - eine **Pauschalförderung** an Kommunen für Neugeborene; hierdurch können die Kommunen Hebammen einstellen oder auf andere Art und Weise unterstützen,
 - unser Einsatz für eine **angemessene Vergütung** der freiberuflichen Hebammen durch die Krankenkassen sowie der angestellten Hebammen.
 - **Stationäre Geburtsstationen** wollen wir soweit wie möglich dezentral erhalten. Dabei sind aber Mindestfallzahlen zur Sicherstellung einer guten Qualität und Sicherheit für Mutter und Kind unerlässlich.
 - Wir werden auf den **Ergebnissen der Abfrage über die Hebammenversorgung** in Hessen aufbauen und die für die Zukunft erforderlichen Maßnahmen für eine gute Hebammenversorgung treffen.

3390 **Lebensschutz in Grenzsituationen**

3391

- 3392
3393
3394
3395
3396
3397
3398
3399
3400
3401
3402
3403
3404
3405
3406
3407
- Wir bekennen uns zum **Schutz des menschlichen Lebens** und zum Schutz der Menschenwürde, gerade in Grenzsituationen.
 - Wir werden uns dafür einsetzen, dass **schwangere Frauen in Konfliktsituationen** weiter ohne bürokratische Hürden beraten werden. Ihre Entscheidungsfreiheit ist umfassend zu gewährleisten. Wir unterstützen, dass über Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch informiert wird. Möglichkeiten und Initiativen der geschützten Schwangerschaft in Konfliktfällen und spezielle Mutter-Kind-Einrichtungen wollen wir ebenso wie das Hilfsprogramm „Leben schenken – Ja zum Kind“ ausbauen.
 - Die Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch ist eine schwierige und belastende Lebensentscheidung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Paragraph 219a StGB bestehen bleibt. Für **Schwangerschaftsabbrüche soll nicht aktiv geworben werden** dürfen. Stattdessen müssen betroffenen Frauen aber umfangreiche und gut verfügbare Informations- und Beratungsmöglichkeiten offenstehen.

- 3408
3409
3410
3411
3412
- Wir wollen die **Organspendebereitschaft** stärken, stellen dabei aber die Wahlfreiheit nicht in Frage. Wir setzen uns daher für die Einführung der **Entscheidungspflicht** für oder gegen Organspende ein.

3413
3414

.... für die Pflege

- 3415
3416
3417
3418
3419
3420
3421
3422
3423
3424
3425
3426
3427
3428
3429
3430
3431
3432
3433
3434
3435
3436
3437
3438
3439
3440
3441
3442
3443
3444
3445
3446
3447
3448
3449
3450
3451
3452
3453
3454
3455
3456
3457
- Wir werden uns für ein **flächendeckendes Versorgungsangebot in der stationären und ambulanten Pflege** stark machen und wollen jedem pflegebedürftigen Menschen die für ihn erforderliche pflegerische Versorgung ermöglichen.
 - Zur Förderung neuer Plätze in der Tagespflege starten wir eine **Investitionsoffensive „Tagespflege“**, damit möglichst jeder Pflegebedürftige die für ihn passende Pflegekraft findet.
 - Mit der **Initiative „Mehr Pflegezeit – weniger Bürokratie“** wollen wir Pflegekräfte von bürokratischen Anforderungen entlasten, damit die Arbeit am Menschen wieder mehr im Mittelpunkt der Pflegekräfte steht.
 - Ein Großteil der Pflegebedürftigen wird von Angehörigen im familiären Umfeld gepflegt. Wir setzen uns für eine **stärkere Anerkennung dieser familiären Pflegeleistung** ein. Dies muss sich neben einer ausreichenden finanziellen Unterstützung auch in besseren Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung widerspiegeln.
 - In einem Modellversuch wollen wir so genannte **„Pflegelotsen“** einführen, die den Betroffenen, bzw. deren Angehörigen bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit konkrete Hilfe bieten und über die verschiedenen Möglichkeiten zur Bewältigung dieser Lebenssituation informieren und beratend zur Seite stehen.
 - Wir werden die Agenda **„Gemeinsam für Menschen mit Demenz“** fortentwickeln und für eine angemessene Berücksichtigung der Pflegeleistungen aus der Pflegeversicherung eintreten. Mit den Reformen der letzten Bundesregierung und der Einführung der entsprechenden Pflegestufe wurden hierzu bereits richtige Schritte unternommen, auf denen wir aufbauen wollen.
 - Wir werden ein eigenes **Landesamt für Pflege und Versorgung** schaffen, in dem alle Fragen rund um diese Themen bearbeitet werden, damit betroffenen Menschen ein einheitlicher Ansprechpartner in der Verwaltung zur Verfügung steht.
 - Die Hessischen **Pflegestützpunkte** wollen wir zu Gesundheits- und Pflegestützpunkten ausbauen, um eine ganzheitliche Beratung und Betreuung zu ermöglichen.
 - Wir wollen bei Unternehmen und Organisationen weiter dafür werben, die **„Charta zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“** zu unterzeichnen und ihren Mitarbeitern die Möglichkeit eröffnen, z.B. von flexiblen Arbeitszeitmodellen zu profitieren oder die Beratung durch Pflegeguides in Anspruch zu nehmen. Der öffentliche Dienst übernimmt als Arbeitgeber hier eine Vorbildfunktion.
 - Wir wollen die **Gewinnung von Fachkräften in den Pflegeberufen** sicherstellen und die Attraktivität dieser Berufe steigern. Die bundespolitischen Maßnahmen für eine

3458 **bessere personelle Ausstattung der Pflegeheime und eine bessere Bezahlung der**
3459 **Pflegekräfte** sowie die Reform der Ausbildung unterstützen wir als erste wichtige
3460 Schritte. Darüber hinaus wollen wir auch das Projekt „Pflege integriert“ flächende-
3461 ckend ausbauen, mit dem vermehrt Zuwanderer aus europäischen Staaten für die
3462 Pflegeberufe gewonnen werden können. Die so zugewanderten Fachkräfte erfahren
3463 unsere besondere Unterstützung bei der Integration.

3464
3465 • Wir werden bei jungen Menschen, die sich für ein **Freiwilliges Soziales Jahr** ent-
3466 scheidern, dafür werben, ihren Dienst auch in der Pflege bzw. Pflegeeinrichtungen zu
3467 leisten.

3468
3469 • Auf der Grundlage des Hessischen Präventionsgesetzes wollen wir **präventive**
3470 **Hausbesuche** fördern, um pflegerischen Bedarf frühzeitig zu erkennen oder ihm
3471 durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken.

3472

3473

3474 ... für Menschen mit Behinderung

3475

3476 • Wir werden die **Lebenssituation von Menschen mit Behinderung** weiter verbessern
3477 und das Bundesteilhabegesetz im Sinne der betroffenen Menschen umsetzen.

3478

3479 • Wir wollen die **Barrierefreiheit** in unserem Land noch weiter vorantreiben. Zur Um-
3480 setzung der UN-Behindertenrechtskonvention werden wir über die bereits beste-
3481 henden Zielvereinbarungen mit Modellregionen hinaus, weitere Abkommen mit den
3482 Kommunen schließen.

3483

3484 • Die Spitzenposition des Landes Hessen bei der **Beschäftigungsquote schwerbehin-**
3485 **deter Menschen** werden wir ausbauen.

3486

3487 • Das **Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen**
3488 schwerbehinderter Menschen werden wir fortsetzen, um diesen Menschen Möglich-
3489 keiten für Arbeit und Beschäftigung entsprechend ihren Wünschen und Talenten zu
3490 eröffnen.

3491

3492 • Wir werden auch weiterhin **Wohnmöglichkeiten** für Menschen mit Behinderungen
3493 fördern und ihnen selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen. Auch alternative Wohn-
3494 formen speziell für Menschen mit Behinderung erfahren weiterhin unsere Unterstüt-
3495 zung.

3496

3497

3498 ... für eine verlässliche Sozialpolitik

3499

3500 • In Hessen existieren **zahlreiche und vielfältige Angebote von privaten und ge-**
3501 **meinnützigen Trägern**, um Menschen in sozialen Problemlagen zu helfen und zu un-
3502 terstützen. Das damit verbundene vielseitige Engagement würdigen und schätzen
3503 wir.

3504

- 3505
3506
3507
3508
3509
3510
3511
3512
3513
3514
3515
3516
3517
3518
3519
3520
- Wir haben mit dem **Sozialbudget in Höhe von mittlerweile 120 Millionen Euro** eine Vielzahl dieser Angebote auf finanziell sichere Beine gestellt. Hilfen und Maßnahmen für Menschen in Problemlagen können sich auch künftig auf unsere Unterstützung und die verlässliche Finanzierung verlassen.
 - Die Mittel werden wir weiterhin über **Zielvereinbarungen mit den Kommunen** verteilen, weil vor Ort am besten die förderungswürdigen Programme ausgewählt werden können, die den Menschen wirklich zu Gute kommen.
 - **Schwerpunkte** dieser Förderung werden auch weiter der Schutz Schutzbedürftiger, die Hilfe zur Selbsthilfe, die Sprachförderung und die Integration sein.

3521 **Wie wir in Hessen zusammenleben**

3522

3523 **Stabilität und Verlässlichkeit sind die Markenzeichen der CDU – gerade in Zeiten, in denen neue Herausforderungen unser Zusammenleben verändern. Wir setzen uns für gegenseitigen Respekt, für Toleranz und ein friedliches Miteinander der Nationen, Kulturen und Religionen in Hessen ein. Aber auch für klare Regeln und deren Einhaltung. Das gilt für Einheimische, wie für jene, die neu zu uns gekommen sind. Unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur sind kein beliebiges Angebot, sie sind die Grundlagen eines erfolgreichen Zusammenlebens. Die CDU hat mit ihren Maßnahmen zur Integration in Hessen bereits bundesweit Maßstäbe gesetzt.**

3531

3532

3533 **Identität und Werte stärken**

3534 Wir stehen für Identität, Heimat, Werte und Fortschritt gleichermaßen. Wir verbinden den Einsatz für Brauchtum und Tradition mit Weltoffenheit und Toleranz. Das erfordert von allen Offenheit füreinander und den Willen, sich gegenseitig verstehen zu wollen. Unsere Gesetze und Werte bilden hierfür das Fundament. Für uns gehören unsere freiheitliche Grundordnung, die christlich-abendländische Prägung, wie auch unsere kulturellen Umgangsformen dazu. Wir wollen keine muslimischen staatlichen Feiertage einführen. Vollverschleierung lehnen wir überall dort ab, wo sie im Gegensatz zu einer offenen Kommunikationskultur steht.

3542

3543 **Integration fördern und einfordern**

3544 Menschen zu helfen, die schutzbedürftig sind, entspringt unserer christlichen Grundhaltung. Wir wollen besonders jene unterstützen, die dauerhaft in unserem Land bleiben dürfen. Mit unseren Aktionsprogrammen „Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ haben wir dazu beigetragen, dass die Flüchtlingskrise gut bewältigt werden konnte. Integration ist aber keine Einbahnstraße: Wer bleiben will, muss sich integrieren wollen. Die Rechtsstaatsklassen zur Vermittlung von Werten sind zum Modell geworden. Wir unterstützen Spracherwerb, Schul- und Ausbildung als Grundlagen der Integration. Mit uns gibt es aber kein Scharia-Recht, keine Kinderehe oder andere Formen der Zwangsehen, keine islamischen Friedensrichter oder islamische Paralleljustiz. Wir lehnen getrennten Schwimmunterricht für muslimische Mädchen ab. Moscheen dürfen nicht zu Orten extremistischer Propaganda werden.

3555

3556 **Heimat für Vertriebene und Spätaussiedler**

3557 Seit Jahrzehnten ist Hessen führend in der Arbeit mit und der Integration von Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern. Wir werden auch in Zukunft nicht diejenigen vergessen, die nach dem Zweiten Weltkrieg fliehen mussten und in Hessen eine neue Heimat gefunden haben. Ihre Unterstützung ist für uns Verpflichtung und Aufgabe: Bewahrung des kulturellen und geistigen Erbes, Unterstützung der Vertriebenenarbeit, Erhalt der Landesbeauftragten, des Landesvertriebenenbeirats und anderer Formen institutioneller Förderung. Wir wollen nicht vergessen, dass die Vertreibung Unrecht war und auch heute als mahnendes Beispiel dienen kann. Sie sind unverzichtbare Brückenbauer für das gemeinsame Europa.

3565

3566 **Ehrenamt: Der Kitt der Gesellschaft**

3567 Millionen Hessen sind ehrenamtlich tätig: Ihr Einsatz im Sport, in der Kultur, im Natur- und Umweltschutz, in den karitativen Bereichen, den Kirchen, den Hilfs- und Rettungsorganisationen und überall sonst kann nicht hoch genug geachtet werden. Er ist unbezahlbar für unsere Gesellschaft. Das Ehrenamt verdient Verfassungsrang. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das Ehrenamt als Staatsziel in die Hessische Verfassung aufgenommen wird. Wir

3572 haben in den vergangenen Jahren die Ehrenamtsagentur und die Stiftungsförderungen ge-
3573 stärkt. Wir haben erfolgreiche Ehrenamtsprojekte für Flüchtlinge auf den Weg gebracht, die
3574 Zusammenarbeit mit den Kommunen ausgeweitet, besseren Versicherungsschutz umge-
3575 setzt, die Engagementlotsen eingeführt und die Ehrenamtssuchmaschine im Internet ent-
3576 wickelt. Diesen Weg setzen wir fort.

3577

3578 **Kultur in Hessen: einfach vielfältig!**

3579 Unser Land ist reich an Kunst und Kultur. Dieses kulturelle Erbe wollen wir in seiner Vielfalt
3580 fortentwickeln. Das gilt für Museen und Theater, Bibliotheken, Schlösser und Gärten ge-
3581 nauso wie für den Filmstandort Hessen, die reiche Musik- und Kreativszene oder Literatur
3582 und Kunst. Auch die Heimatmuseen, die Geschichtsvereine, die Musikvereine und Landes-
3583 musikschulen sind wichtige Bestandteile unserer hessischen Kultur. Als Welterbe-Standort,
3584 und mit einzigartigen Museumslandschaften und kulturell bedeutsamen Festivals verfügt
3585 Hessen über Alleinstellungsmerkmale internationalen Ranges. Der Zugang zur Kultur muss
3586 allen Menschen möglich sein. Unter der Dachmarke „Kultur in Hessen“ bleibt dieser Bereich
3587 auch künftig ein Schwerpunkt unserer Politik.

3588

3589 **Prägekraft des Christentums anerkennen**

3590 Die Mehrheit der Menschen in Hessen bekennt sich zum christlichen Glauben. Die christli-
3591 chen Kirchen, Feiertage und Traditionen prägen unsere Kultur und unser Brauchtum. Wir
3592 setzen uns dafür ein, dies zu erhalten und treten Bestrebungen entgegen, das Christliche
3593 aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Der Sonn- und Feiertagsschutz hat für uns einen
3594 hohen Wert. Wir halten an den Staatsleistungen für die Kirchen fest und setzen uns weiter-
3595 hin für den flächendeckenden konfessionellen Religionsunterricht ein. Wir halten am Ethik-
3596 unterricht als Ersatzfach fest und werden ein Unterrichtsangebot für muslimische Schüler
3597 gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit Verbänden, die unseren Zielen und Werten der
3598 Verfassung widersprechen, werden wir beenden.

3599

3600 **Sport verbindet uns alle**

3601 Nichts verbindet die Menschen in Hessen über Generationen und Nationen hinweg so sehr,
3602 wie der Sport. Wir unterstützen deshalb den Breiten- und den Spitzensport in Hessen. Die
3603 erfolgreiche Partnerschaft mit dem Landessportbund, den Fachverbänden und Sportkreisen
3604 sowie den Vereinen, Kommunen und Schulen wird weitergeführt. Die Leistungszentren sind
3605 ebenso bedeutsam, wie die vielen ehrenamtlich Aktiven in den Vereinen. Unsere Investitio-
3606 nen in den Sportstättenbau schaffen dazu die nötige Infrastruktur. Das bundesweit einma-
3607 lige Programm „Sport und Flüchtlinge“ ist ein wichtiger Beitrag zur Integration. Die Förde-
3608 rung des Behindertensports und der Inklusion setzen wir auch zukünftig gemeinsam mit den
3609 betroffenen Verbänden unvermindert fort. Schließlich gilt unser Augenmerk der Gewaltprä-
3610 vention im Amateurfußball und dem Kampf gegen Doping.

3611

3612 **Und das sind unsere Maßnahmen:**

3613

3614 **... für die Stärkung von Identität und Werten**

3615

3616 • Die **Werte und Normen unseres Grundgesetzes** bilden die Richtschnur für das Zu-
3617 sammenleben in unserem Land. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in
3618 Zukunft zu gewährleisten, ist ein gemeinsamer Konsens in dieser Frage des Bekennt-
3619 nisses zu unserer Verfassung unabdingbar. Keine kulturelle oder religiöse Überzeu-
3620 gung darf sich über dieses Recht stellen. Wir müssen bei zunehmender Heterogeni-
3621 tät unserer Bevölkerung dafür Sorge tragen, dass ein gemeinsamer Wertekon-
3622 sens Basis für unser tägliches Miteinander ist.

3623

3624 • Wir wollen insgesamt den **Abbau von Vorurteilen durch Information** stärken: Der
3625 Umgang und das vertiefte Wissen von Religion, Werten, Normen und Bräuchen ist
3626 notwendig, um ein gemeinsames Zusammenleben und vorurteilsfreies Leben in un-
3627 serer Gesellschaft zu ermöglichen.

3628

3629 • Scharia-Gerichte, jede Art von **Paralleljustiz** oder religiös begründete Rechtsbrüche
3630 wie z.B. Kinderehen haben keine Rechtfertigung und treffen auf unseren Wider-
3631 stand.

3632

3633 • Die **Vollverschleierung** verhindert eine offene Kommunikation. Die Erkennbarkeit,
3634 der Austausch mit Blickkontakt und die Wahrnehmung der Mimik sind Vorausset-
3635 zung für das Miteinander in einer offenen Gesellschaft. Wir wollen, dass dies in der
3636 Öffentlichkeit überall möglich ist und nicht durch die Verhüllung des Gesichts er-
3637 schwert wird.

3638

3639 • Die erfolgreiche **Respektkampagne** setzen wir fort und werden in einem weiteren
3640 Schritt Landkreise, Städte und Gemeinden für die Mitwirkung an diesem gesell-
3641 schaftspolitisch bedeutsamen Thema sensibilisieren.

3642

3643 • Mit weiteren Maßnahmen speziell zur **Stärkung der hessischen Identität** tragen wir
3644 dazu bei, die Kenntnis über hessische Geschichte sowie die Pflege von Brauchtum
3645 und Traditionen zu fördern.

3646

3647 • Um das Bewusstsein für hessische Geschichte und die besondere Identität unseres
3648 Landes zu stärken, werden wir eine Stiftung zur Errichtung eines „**Hauses der hessi-
3649 schen Geschichte**“ auf den Weg bringen.

3650

3651 • Wir stehen zum **Hessentag**, weil er als ein Alleinstellungsmerkmal unseres Landes
3652 zur Stärkung der hessischen Identität beiträgt und die ausrichtenden Regionen in
3653 ihrer touristischen und wirtschaftlichen Struktur stärkt.

3654

3655

3656 **... für die Integration**

3657

3658 • Integration ist die Voraussetzung, um Ausländern und Migranten dauerhaft eine
3659 **Perspektive** in Deutschland zu bieten. Nur wer sich integriert, hat eine Chance bei
3660 uns eine neue Heimat zu finden und zu erfahren.

3661

- 3662
- 3663
- 3664
- 3665
- 3666
- 3667
- 3668
- 3669
- 3670
- 3671
- 3672
- 3673
- 3674
- 3675
- 3676
- 3677
- 3678
- 3679
- 3680
- 3681
- 3682
- 3683
- 3684
- 3685
- 3686
- 3687
- 3688
- 3689
- 3690
- 3691
- 3692
- 3693
- 3694
- 3695
- 3696
- 3697
- 3698
- 3699
- 3700
- 3701
- 3702
- 3703
- 3704
- 3705
- 3706
- 3707
- 3708
- 3709
- Integration kann daher **keine Einbahnstraße** sein. Menschen mit Migrationshintergrund haben die Pflicht, sich zu integrieren. Wir umgekehrt haben die Pflicht, geeignete Integrationsangebote zur Verfügung zu stellen. Wer die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt, um hier zu bleiben, und guten Willens ist, soll bei uns Heimat finden.
 - Hessen ist schon heute Pionierland **konkreter Integrationsmaßnahmen** in den verschiedensten Feldern. Die Palette reicht von Integrationslotsen über spezifische Angebote an Mädchen und Frauen bis zur Förderung von gemeinnützigen Migranteninstitutionen. Diesen Weg wollen wir weiter konsequent beschreiten.
 - Wir wollen die Ausländerbeiräte, die seit Jahren unter zurückgehender Wahlbeteiligung leiden, zu **Integrationsausschüssen** bei den Gemeindevertretungen fortentwickeln.
 - Oberste Priorität für eine gelingende Integration ist der Gebrauch der **deutschen Sprache**. Wer dauerhaft bei uns leben möchte, muss deutsch sprechen können. Als Vorreiter für verpflichtende Deutschkurse werden wir in Hessen dieses zentrale Instrument der Integration weiter stärken.
 - Die höchst erfolgreiche Arbeit des hessischen **Asylkonvents** soll fortgesetzt werden.
 - Flüchtlinge und Migranten bekommen in Hessen in sogenannten „**Rechtsstaatsklassen**“ die Grundprinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Werteordnung und die unsere Gesellschaft grundlegend prägenden Werte vermittelt. Nur so ist eine Integration in die deutsche Gesellschaft wirklich leistbar.
 - Wer als Ausländer oder Migrant dauerhaft bei uns heimisch werden möchte, kann dies durch **ehrenamtliches Engagement** für unsere Gesellschaft am besten unter Beweis stellen. Bürgerschaftliche Engagement sichert den Austausch und das gegenseitige Verstehen im Alltag.
 - Wir wollen weiter die **Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt** steigern und für Unternehmen Anreize schaffen, entsprechende Praktikums- und Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die bürokratischen Hürden wollen wir dabei so gering wie möglich halten.
 - Wir wollen, dass den **Kommunen** nur noch Asylbewerber zugewiesen werden, die auch eine **tatsächliche Bleibeperspektive** haben und einen Schutzanspruch geltend machen können. Unser Ziel ist, dass sie Teil der Gesellschaft sind und ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familien selbst finanzieren können.
 - Wir bleiben dabei: Für uns steht eine **Einbürgerung** am Ende einer erfolgreichen Integration. Wir wollen, dass sich bei Einbürgerungsfeiern die Menschen zu unserem Grundgesetz, zu Schwarz-Rot-Gold und zur deutschen Nationalhymne bekennen.
- für **Heimatvertriebene und Spätaussiedler**
- Die **deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge** haben für den Aufbau unseres Landes viel geleistet. Deshalb werden wir ihre Bedürfnisse im Blick behalten, uns

3710 weiter für ihre Belange stark machen und ihnen die für sie notwendige Unterstüt-
3711 zung zukommen lassen. In gleichem Maße gilt das auch für **spät ausgesiedelte Mit-**
3712 **bürger**.

- 3713
- 3714 • Den besonderen **Bedürfnissen spät ausgesiedelte Deutscher** wollen wir besondere
3715 Weise auch zukünftig Rechnung tragen. Das gilt insbesondere für die Finanzierung
3716 von Integrationsmaßnahmen, Sprachförderung oder Kulturarbeit.
 - 3717
 - 3718 • Wir werden die Förderung der Vertriebenen und ihrer Verbände zur Unterstützung
3719 ihrer **kulturellen Arbeit** fortsetzen.
 - 3720
 - 3721 • **Wir geben** den von uns geschaffenen und **bewährten Institutionen und Strukturen**
3722 **eine Bestandsgarantie**. Dazu zählen die Landesbeauftragte sowie der Landesbeirat
3723 für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, der die Landesregierung
3724 und den Landtagsunterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge
3725 und Wiedergutmachung sachkundig berät oder auch der der Hessische Preis „Flucht,
3726 Vertreibung, Eingliederung“ im Zwei-Jahres-Turnus.
 - 3727
 - 3728 • Wie in der Vergangenheit unterstützen wir auch weiterhin die Bundesstiftung
3729 „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie die **Stiftung** „Zentrum gegen Vertreibun-
3730 gen“ des Bundes der Vertriebenen.
 - 3731
 - 3732 • Auf Bundesebene werden wir uns für eine Verbesserung der **Rentenregelung für**
3733 **spät ausgesiedelte Deutsche** einsetzen.

3734
3735
3736 für das Ehrenamt

- 3737
- 3738 • Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Hessen trägt entscheidend zum
3739 **Zusammenhalt der Gesellschaft** sowie zu Attraktivität und Lebensqualität in unse-
3740 rem Land bei. Sie stärkt Bürgersinn, schafft Entfaltungsmöglichkeiten, fördert und
3741 wirkt identitätsstiftend. Ohne das freiwillige Engagement so vieler Bürger würde vie-
3742 les in unserem Land nicht oder nur eingeschränkt funktionieren.
 - 3743
 - 3744 • Ehrenamtliches Engagement ist in Hessen vielfältig und im wahrsten Sinne des Wor-
3745 tes unbezahlbar. Vom Zivil- bis zum Katastrophenschutz, von Feuerwehren über Kul-
3746 tur und Sport, von Umwelt- über Naturschutz und Brauchtumpflege und von Kir-
3747 chen über Jugend- bis Seniorenarbeit, im Sozialbereich und bei den Flüchtlingen wer-
3748 den jeden Tag tausende Stunden geleistet. Für uns gilt es, diese ehrenamtlichen
3749 Strukturen **zukunftsfest** auszugestalten und behutsam den sich stetig ändernden
3750 Anforderungen anzupassen. Dabei wollen wir helfen.
 - 3751
 - 3752 • Die von uns eingeführte **Ehrenamtskarte** werden wir ausbauen und vor Ort weiter
3753 verankern. Wir werden prüfen, ob das Hessenticket zum Bestandteil der in diesem
3754 Zusammenhang angebotenen Leistungen werden kann.
 - 3755
 - 3756 • Die in den vergangenen Jahren stetig angewachsene **Bürokratie**, die es Ehrenamtli-
3757 chen und vielen Vereinen zunehmend schwermacht, große Veranstaltungen wie bei-
3758 spielsweise Karnevals- oder Schützenumzüge zu organisieren, werden wir so weit
3759 wie möglich reduzieren.

- 3760
3761
3762
3763
3764
3765
3766
3767
3768
3769
3770
3771
3772
3773
3774
3775
3776
3777
3778
3779
3780
3781
3782
- Auch gut gemeinte Regelungen, wie beispielsweise die zunehmende Überprüfung von Vereinsfesten, belasten Vereine und wirken demotivierend. Wir werden im Dialog mit den Interessenvertretern des Ehrenamtes daher **existierende und vor allem zukünftige Verordnungen und Gesetze überprüfen**, inwieweit sie Ehrenamtliche unnötig bzw. zusätzlich belasten. Dazu gehört auch eine praxisgerechte Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung.
 - Die **steigende Zahl von Übergriffen** auf ehrenamtlich Tätige vom Katastrophenschutz über die Rettungsdienste bis zur Kommunalpolitik sind für uns nicht akzeptabel und gefährden das Ehrenamt insgesamt. Wir wollen mit einem Maßnahmenpaket, zu denen Hilfestellungen ebenso zählen wie verschärfte Strafvorschriften, die Ehrenamtler vor Ort unterstützen und tatkräftig für die Akzeptanz engagierter Menschen werben.
 - Im Hinblick auf die Aufnahme eines Studiums treten wir dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement **auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet** wird.
 - Wir begrüßen es, wenn auch **Unternehmen** honorieren und unterstützen, dass ihre Mitarbeiter sich für die Gesellschaft einsetzen. Sie ergänzt die Anerkennung durch Staat und Gesellschaft und erleichtert dem einzelnen den ehrenamtlichen Einsatz deutlich.

3783 **.... für Kunst und Kultur**

- 3784
3785
3786
3787
3788
3789
3790
3791
3792
3793
3794
3795
3796
3797
3798
3799
3800
3801
3802
3803
3804
3805
3806
- Hessen ist eines der an Kultur reichsten Länder in Deutschland. Wir bekennen uns zur **Breite der hessischen Kulturlandschaft**. Haupt- und Ehrenamt sind dabei genauso wichtig wie die herausragenden Kulturinstitutionen und die zahlreichen Initiativen und Einrichtungen in der Fläche.
 - Die **bewährte Museumsförderung des Landes** werden wir gemeinsam mit dem Hessischen Museumsverband als Partner fortsetzen, um den zahlreichen Museen in unserem Land weiterhin eine bestmögliche Unterstützung zu bieten. Dabei steht für uns vor allem die Förderung des Ehrenamts etwa in regionalen Museen im Fokus.
 - Wir wollen einen **festen Ankaufsetat** für die Museen bereitstellen, mit dem herausragende Kunstwerke dauerhaft für unseren Kulturstandort gesichert werden können.
 - Unser Ziel ist die Aufnahme des einzigartigen, architektonisch geschlossenen Jugendstilensembles auf der **Mathildenhöhe in Darmstadt** in das UNESCO-Weltkulturerbe.
 - Die **Documenta** als weltweit anerkannte Ausstellung für zeitgenössische Kunst werden wir auch im Jahr 2022 unterstützen. Auch das Documenta-Institut soll bei seinem Aufbau weiterhin unterstützt werden.

- 3807
- 3808
- 3809
- 3810
- 3811
- 3812
- 3813
- 3814
- 3815
- 3816
- 3817
- 3818
- 3819
- 3820
- 3821
- 3822
- 3823
- 3824
- 3825
- 3826
- 3827
- 3828
- 3829
- 3830
- 3831
- 3832
- 3833
- 3834
- 3835
- 3836
- 3837
- 3838
- 3839
- 3840
- 3841
- 3842
- 3843
- 3844
- 3845
- 3846
- 3847
- 3848
- 3849
- 3850
- 3851
- 3852
- 3853
- 3854
- 3855
- 3856
- Die **drei hessischen Landesmuseen** sind Leuchttürme unserer Kulturlandschaft, deren Arbeit wir weiterhin stark unterstützen werden. Die Sanierung der Museumslandschaft Hessen Kassel werden wir dabei genauso fortsetzen wie wir dem Landesmuseum Wiesbaden den notwendigen Anbau ermöglichen werden.
 - Unter den **privaten und kommunalen Museen** in Hessen werden wir insbesondere das Deutsche Ledermuseum in Offenbach und das Jüdische Museum in Frankfurt als herausragende Einrichtungen bei ihrer Neugestaltung und dem Betrieb weiter unterstützen.
 - Wir wollen die Verwaltung der hessischen **Schlösser und Gärten** enger mit Kommunen und Tourismusverbänden vernetzen. Mit einem Kulturbauprogramm HERKULES wollen wir eine Sanierungsoffensive für unsere Schlösser, Burgen und Gärten starten und die in diesem Bereich begonnenen Maßnahmen namhaft ausbauen. Damit sichern wir unsere historischen Liegenschaften im ganzen Land für künftige Generationen.
 - Wir **bekennen uns zur einzigartigen Kulturlandschaft unserer Heimat**: Die Vielfalt des Kulturschaffens etwa bei der Kleinkunst, bildender Kunst oder in Trachtenvereinen, Chören, Orchestern und in der Fastnacht soll weiter lebendig gehalten werden und geeignete Unterstützung des Landes erfahren.
 - Die Arbeit der **Denkmalpflege** mit dem zuständigen Landesamt und den unteren Denkmalschutzbehörden wollen wir weiter fördern. Dabei soll die Unterstützung der zahlreichen privaten Initiativen und ehrenamtlichen Vereine zum Erhalt von Einzeldenkmälern weiter ausgebaut werden. Für uns steht fest, dass die Denkmalpflege einen bedeutenden Teil zum Erhalt unserer Traditionen und Geschichte leistet und dabei stets den Blick darauf richtet, für die Nutzbarmachung von Denkmälern zu sorgen.
 - Mit der **Dachmarke „Kultur in Hessen“** machen wir zum ersten Mal in der Geschichte des Landes unsere vielfältigen kulturellen Schätze in ihrer Gesamtheit öffentlich bekannt. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen, verbreitern und dabei auch weiteren Initiativen etwa aus dem Bereich des Ehrenamts den Zugang zu dieser Kommunikationsplattform ermöglichen.
 - Wir bekennen uns zu den drei **Staatstheatern** in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt, stehen zu deren Finanzierung und werden die erforderliche bauliche Sanierung fortsetzen. Ebenso werden wir die Partnerschaft mit den Theatern in Gießen und Marburg fortsetzen und ausbauen.
 - Die **freie Theaterszene** leistet eine hervorragende Arbeit. Deshalb wollen wir die Unterstützung des Landes in diesem Bereich weiter ausbauen.
 - **Musische Erziehung** hat für uns eine hohe Bedeutung. Deshalb sehen wir eine Erhöhung der Unterstützung für die staatlich geförderten Musikschulen in Hessen vor. Daneben wollen wir den Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ sowie das Landesjugendsinfonieorchester, das Landesjugendjazzorchester und den Landesmusikrat sowie die Landesmusikakademie weiter unterstützen und stärken.

- 3857 • Kulturelle Bildung ist ein wichtiger Teil der Allgemeinbildung junger Menschen. Wir
3858 werden diese daher weiter ausbauen. Insbesondere mit dem **Kulturkoffer** haben
3859 wir ein hocheffektives Mittel zur Förderung der Kultur in allen Regionen des Landes
3860 geschaffen, das wir weiterführen wollen.
- 3861
- 3862 • Den erfolgreichen Ausbau der **Förderung der Soziokultur** in Hessen wir gemeinsam
3863 mit den Akteuren aus diesem Bereich fortsetzen.
- 3864
- 3865 • Hessen als Heimat Goethes und der Frankfurter Buchmesse ist ein **Literaturland**.
3866 Unseren Schwerpunkt in diesem Bereich wollen wir beibehalten, werden die Litera-
3867 turförderung weiter ausbauen und insbesondere junge Menschen zeitgerecht für Bü-
3868 cher begeistern.
- 3869
- 3870 • Die wissenschaftlichen **Bibliotheken** werden wir bei der Digitalisierung fördern. Ins-
3871 besondere in ländlichen Regionen sollen die öffentlichen Bibliotheken als häufig
3872 wichtigste kulturelle Einrichtung in vielen Gemeinden besser unterstützt werden,
3873 zum Beispiel durch den Ausbau des „OnleiheVerbundHessen“.
- 3874
- 3875 • Mit der **Film-GmbH** und dem Ausbau der **Filmförderung** haben wir Hessens Rolle
3876 als Filmland gestärkt und wollen diesen Weg weiter konsequent gehen. Gleiches gilt
3877 auch für die Filmfestivals und die Kinoförderung im ländlichen Raum
- 3878
- 3879

3880 für Kirchen und Religionsgemeinschaften

- 3881
- 3882 • Die christlichen Kirchen sind fester Bestandteil unserer Geschichte, unserer Kultur
3883 und damit unseres Landes bis heute. Sie leisten in der **Seelsorge und im sozialen**
3884 **Bereich**, vor allem in der Kinderbetreuung, in Schulen, dem Gesundheitswesen, der
3885 Altenpflege sowie der Integration wertvolle Arbeit.
- 3886
- 3887 • Die wichtige Arbeit der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände werden wir im Rahmen
3888 der finanziellen Möglichkeiten und auf Grundlage der bestehenden gesetzlichen Re-
3889 gelungen **weiterhin unterstützen**.
- 3890
- 3891 • Wir werden die Kirchen dabei unterstützen, kulturelle Zeugnisse zu bewahren sowie
3892 christliche Feste und Traditionen aufrechtzuerhalten und sichtbar zu machen. Wir
3893 setzen uns weiterhin für den **Schutz des Sonntags und der hohen christlichen Fei-**
3894 **ertage** ein. Für uns steht fest: Die Öffnung von Geschäften an Sonntagen muss eine
3895 Ausnahme bleiben.
- 3896
- 3897 • Es steht außer Frage, dass die Sonntagsöffnungszeiten auch für den Handel in den
3898 hessischen Städten und für die Attraktivität von Märkten von großer Bedeutung
3899 sind. Nicht zuletzt wegen des großen Konkurrenzdrucks durch den Online-Handel
3900 und zum Erhalt der Arbeitsplätze im Einzelhandel, sind Ausnahmen notwendig. Für
3901 Ausnahmeregelungen von **bis zu vier verkaufsoffenen Sonntagen** an den bisher zu-
3902 lässigen Wochenenden wollen wir praktikable Regelungen schaffen, um Klarheit und
3903 Rechtssicherheit kommunaler Entscheidungen, insbesondere für den Einzelhandel,
3904 zu ermöglichen.
- 3905

- 3906
3907
3908
3909
3910
3911
3912
3913
3914
3915
3916
3917
3918
3919
3920
3921
3922
3923
3924
3925
3926
3927
3928
3929
3930
- Unsere europäische Kultur ist auch jüdisch geprägt. Deswegen und aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust sind wir **in besonderer Weise mit den Menschen jüdischen Glaubens verbunden** und sehen uns in besonderer Verantwortung für das jüdische Leben in Hessen.
 - Das Leben jüdischer Bürger ebenso wie Synagogen, Gemeindehäuser und Schulen **bedürfen unseres besonderen Schutzes**. Den Staatsvertrag des Landes mit den jüdischen Gemeinden werden wir weiter entwickeln.
 - Gleichzeitig erfüllen uns die zunehmenden Angriffe auf jüdische Menschen mit großer Sorge. Wir verurteilen jede Form des Antisemitismus und begrüßen deshalb die Berufung eines **Antisemitismusbeauftragten** für Hessen.
 - Die von Menschen **muslimischen Glaubens** in Hessen, darunter viele deutsche Staatsbürger, in den vergangenen Jahrzehnten für eine positive Entwicklung unseres Landes erbrachten Leistungen erkennen wir ausdrücklich an. Sie bestärken uns in der Zielsetzung, muslimische Kultur und Lebensweise noch stärker als bisher in unsere Gesellschaft einzubinden.
 - Daneben müssen wir gemeinsam mit den hier beheimateten Menschen jede Form **von islamistischem Fundamentalismus und Salafismus bzw. Terrorismus bekämpfen** und der Entstehung von Parallelgesellschaften in unseren Städten bereits im Ansatz wirkungsvoll begegnen.

3931 **.... für den Sport**

- 3932
3933
3934
3935
3936
3937
3938
3939
3940
3941
3942
3943
3944
3945
3946
3947
3948
3949
3950
3951
3952
3953
3954
3955
- Der Sport in Hessen liegt uns in besonderem Maße am Herzen. Wir werden den Sport, der neben der Gesundheit u.a. auch den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** und die Integration herausragend fördert und hauptsächlich von ehrenamtlichen Strukturen getragen ist, deshalb weiterhin auf hohem Niveau fördern sowie vorhandene Programme stärken und nach Möglichkeit ausbauen.
 - Die **Förderung des Leistungs- ebenso wie des Breiten- und Behindertensports** werden wir auf dem bisherigen hohen Niveau fortsetzen.
 - Unerlässliche Voraussetzung für modernen Sport sind **Sportstätten auf der Höhe der Zeit**. Deshalb werden wir diesbezügliche Investitionsprogramme des Landes auch in Zukunft fortführen.
 - Das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) mit dem Ziel der Sanierung, Modernisierung und für Ersatz- bzw. Neubauten von **Hallen- und Freibädern** wird in den nächsten fünf Jahren mit jährlich zehn Millionen Euro ausgestattet.
 - Mit dem Programm **„Sport und Flüchtlinge“** hat Hessen ein Angebot geschaffen, um die integrative Kraft des Sports optimal zu nutzen. Dies setzen wir fort.
 - Wir wollen gemeinsam mit dem Landessportbund und dem Deutschen Olympischen Sportbund gemeinsam ein neues, auch länderübergreifendes **Konzept zur Förderung des Spitzensports** entwickeln.

- 3956
3957
3958
3959
3960
3961
3962
3963
3964
3965
3966
3967
3968
- Überdies streben wir eine Stärkung der **Jugendarbeit im Bereich des Schulsports** an, zum Beispiel durch Konzepte, um die Bundesjugendspiele gemeinsam mit überregionalen Sportverbänden und Sportvereinen vor Ort attraktiver zu gestalten. Dies kann etwa durch Auszeichnung der „besten Bundesjugendspiele“ im Rahmen eines Wettbewerbs umgesetzt werden.
 - Sowohl den **Schulsport- und -schwimmunterricht, den Betriebssport als auch sportliche Aktivitäten für Senioren** sehen wir als wichtige gesellschaftspolitische Säulen, die wir intensivieren und vernetzen wollen.
 - Wir werden prüfen, ob wir einen Landeswettbewerb „**sportlichste Kommune in Hessen**“ jährlich ausschreiben können.

3969 **Wie wir in Hessen die Lebensbedingungen bewahren und schützen**

3970

3971 **Die Schönheit der hessischen Natur ist Teil unserer Identität und ein Fundament unserer**
3972 **Lebensqualität. Daher ist uns die Bewahrung der Schöpfung für die kommenden Gene-**
3973 **rationen ein zentrales Anliegen. Die hessischen Bauern, Förster und Jäger sowie die Um-**
3974 **weltverbände tragen in besonderer Weise zu diesem Ziel bei. Der Schutz der Umwelt**
3975 **gelingt mit den Menschen besser als gegen sie. Deshalb setzen wir auf Freiwilligkeit und**
3976 **Nachhaltigkeit. Wir verstehen Ökonomie und Ökologie nicht als Gegensätze, sondern**
3977 **als sich wechselseitig bedingende Grundlagen einer lebenswerten Zukunft.**

3978

3979

3980 **Energie – sicher, sauber, bezahlbar und akzeptiert**

3981 Die Energieversorgung unseres Landes erfordert in besonderer Weise die Verbindung von
3982 Ökonomie und Ökologie. Der Umbau unserer Energieinfrastruktur ist eine Generationen-
3983 aufgabe, die kluger und ideologiefreier Weichenstellungen bedarf. Hessen hat mit dem bun-
3984 desweit einmaligen Energiegipfel 2011 diese Weichen für eine zukunftsfähige Energiever-
3985 sorgung richtig gestellt. Die Energieversorgung der Zukunft muss sicher und sauber sein –
3986 aber vor allem muss sie für alle bezahlbar bleiben. Auch in Zukunft setzen wir auf eine breite
3987 gesellschaftliche Akzeptanz. Hierzu brauchen wir auch eine Reform der Förderung der er-
3988 neuerbaren Energien über das EEG. Die Energiewende darf nicht unverhältnismäßig zu Las-
3989 ten der Bürger und der Wirtschaft gehen oder Arbeitsplätze gefährden. Gleichzeitig müssen
3990 wir neue Wege nutzen, um Energie zu sparen und Techniken weiterzuentwickeln.

3991

3992 **Wertschätzung für unsere Bauern**

3993 Die hessischen Bauern erbringen unverzichtbare Leistungen für unsere Gesellschaft. Neben
3994 der Produktion hochwertiger, regionaler Lebensmittel ist Landwirtschaft auch ein wichtiger
3995 Wirtschaftsfaktor und ein essentieller Beitrag zu Natur-, Umwelt- und Artenschutz. Bäuer-
3996 liche Betriebe sind ein Teil unserer Kultur und prägen das Leben auf dem Land. Die bäuerli-
3997 che und kleinräumige Landwirtschaft ist weiterhin unser Leitmotiv, die unsere besondere
3998 Unterstützung erfährt. Deshalb setzen wir auf vielfältige, moderne und zukunftsfähige Be-
3999 triebe, die von breiten und unbürokratischen Unterstützungsangeboten für alle Wirt-
4000 schaftsformen profitieren. Mit dem Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft ist es uns ge-
4001 lungen, der konventionellen wie der ökologischen Landwirtschaft verlässliche Rahmenbe-
4002 dingungen und Zukunftschancen in Hessen zu garantieren. Auch in der Landwirtschaft ist
4003 die Digitalisierung eine Herausforderung, die wir gemeinsam mit den Landwirten gestalten
4004 wollen.

4005

4006 **Der Wald - Lebensraum mit Zukunft**

4007 Fast die Hälfte unseres Landes ist von Wald bedeckt. Mit diesem Waldanteil ist Hessen zu-
4008 sammen mit Rheinland-Pfalz an der Spitze der Länder. Der Erhalt, die Pflege und die nach-
4009 haltige Bewirtschaftung dieses Naturguts sind uns ein besonderes Anliegen. Wir erhalten
4010 damit einen unverzichtbaren natürlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen und einen tra-
4011 ditionellen Ort der Erholung für uns Menschen. Gleichzeitig verbessern wir die Vorausset-
4012 zungen für eine wirtschaftliche Nutzung der Ressource Holz. Dafür werden wir Vermark-
4013 tungsstrukturen neu aufstellen und unnötige Einschränkungen einer nachhaltigen Holzwirt-
4014 schaft aufheben.

4015

4016 **Jagd als Beitrag zum Naturschutz**

4017 Jagd und Fischerei sind nicht nur nachhaltige Formen zur Nutzung der Natur, sondern auch
4018 Bestandteil unserer Kultur in Hessen. Die Jägerschaft sorgt dank guter Ausbildung für Tier-

4019 und Artenschutz, für die Regulierung der Wilddichte und unterstützt die Land- und Forst-
4020 wirtschaft. Unser Ziel ist ein gutes Miteinander zwischen den unterschiedlichen Nutzungs-
4021 interessen. Dafür wollen wir praxistaugliche, sachorientierte und ideologiefreie Rahmenbe-
4022 dingungen für Jagd und Fischerei sicherstellen.

4023

4024 **Die Schöpfung für unsere Kinder bewahren**

4025 Wir müssen mit unserer Umwelt, unserem Grund und Boden und unseren Ressourcen sorg-
4026 fältig umgehen. Reine Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden sind die Grundlage für die
4027 hohe Lebensqualität in unserem Land. Durch einen sorgsamem Schutz unserer Natur und
4028 Landschaft wollen wir diese auch für zukünftige Generationen erhalten. Hierbei setzen wir
4029 auf Freiwilligkeit statt auf Konfrontation. Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit in den Vor-
4030 dergrund stellen. Dort, wo staatliche Regulierung notwendig ist, soll sie gemeinsam mit den
4031 Betroffenen erarbeitet werden.

4032

4033 **Biologisch vielfältig bleiben**

4034 Die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten – die sogenannte Biodiversität – ist die Vorausset-
4035 zung für eine intakte Natur und für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen. Als Grundlage
4036 für eine lebenswerte Zukunft wollen wir die zahlreichen Lebensräume, Tier- und Pflanzen-
4037 arten, Landschaften sowie die Leistungsfähigkeit des Ökosystems erhalten. Dies wird wei-
4038 terhin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, die gemeinsam mit der Politik auf allen
4039 Ebenen, Bürgern, Verbänden und Unternehmen bearbeitet werden muss.

4040

4041 **Klimaschutz und Luftreinhaltung als gemeinsame Aufgabe**

4042 Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Generation. Dabei ist es
4043 wichtig, weltweit zu denken, aber regional zu handeln. Im Klimaschutzplan Hessen 2025 ha-
4044 ben wir bereits konkrete Maßnahmen festgelegt, mit denen Hessen seinem Teil der welt-
4045 weiten Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mit innovativen Projekten und intensiver
4046 Forschung daran arbeiten, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und die hohe
4047 Luftqualität in Hessen zu erhalten. Moderne und vielschichtige Mobilitätskonzepte und
4048 Maßnahmenpakete für unsere Städte sind sinnvoller als pauschale Fahrverbote, die wir ab-
4049 lehnen.

4050

4051 **Verbraucher verlässlich schützen und Alltagskompetenzen stärken**

4052 Wir Hessen haben einen Anspruch auf einwandfreie Produkte und Dienstleistungen und auf
4053 klare Informationen für unsere Kaufentscheidungen. Dazu ist ein funktionierendes Kontroll-
4054 system in den unterschiedlichsten Bereichen notwendig. Die Bürger sollen anhand klarer
4055 und verständlicher Beschreibungen und Kennzeichnungen selbst entscheiden, was sie kau-
4056 fen möchten oder nicht. Dazu gehört auch, dass es Konsequenzen für diejenigen Betriebe
4057 geben muss, die sich nicht an die Regeln halten.

4058

4059 **Keine Angst vor Geschäften im Internet**

4060 Die zunehmende Digitalisierung im Alltag, aber auch immer neue, unübersichtliche Rege-
4061 lungen und Angebote im Bereich der Versicherungen, Finanzen oder der Altersvorsorge
4062 stellen viele Menschen vor täglich neue Herausforderungen. Insbesondere bei Geschäften
4063 im Internet muss es noch mehr Schutz für die Nutzer geben. Wir werden kriminellen Ma-
4064 chenschaften und bewussten Täuschungen mit aller Härte entgegentreten, um die Verbrau-
4065 cher vor Trickereien im Alltag besser zu schützen. Im gleichen Zuge sollen unsere Kinder
4066 bereits in der Schule auf diese Herausforderungen vorbereitet werden. Daher sollen an hes-
4067 sischen Schulen zukünftig verstärkt solche Alltagskompetenzen vermittelt werden.

4068

4069

4070 **Und das sind unsere Maßnahmen:**

4071

4072

4073 **.... für die Energiepolitik**

4074

4075 **Nachhaltige Energieerzeugung**

4076

4077 • Die **Energiewende ist eine Generationenaufgabe**. Die staatlichen Rahmenbedin-
4078 gungen für den Umbau unserer Energieinfrastruktur müssen die Ziele der Verläss-
4079 lichkeit, der Bezahlbarkeit und des Umweltschutzes in einen guten Ausgleich brin-
4080 gen und eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für diesen Prozess sicherstellen.

4081

4082 • Der Weg der **Energiewende** muss grundsätzlich **technologieoffen**, mit möglichst
4083 wenigen Detailregelungen und auf Grundlage einer **europaweiten wirksamen Be-**
4084 **preisung von CO2-Emissionen** begangen werden.

4085

4086 • Wir begrüßen den eingeleiteten grundlegenden **Umbau des Erneuerbare-Energien-**
4087 **Gesetzes** und die Umstellung auf marktwirtschaftliche und technologieoffene An-
4088 sätze. Wir werden uns auf Bundesebene für ein Konzept einsetzen, das baldmög-
4089 lichst die finanzielle EEG-Förderung für Neuanlagen aller regenerativen Energiequel-
4090 len beendet. Die Detailregelungen müssen so ausgestaltet sein, dass ein angemes-
4091 sener Ausbau der erneuerbaren Energien dort stattfinden kann, wo dies effizient ist.
4092 Die gesellschaftliche Akzeptanz ist uns dabei sehr wichtig.

4093

4094 • Wir setzen uns dafür ein, dass es auch künftig **sachgerechte Befreiungen für In-**
4095 **dustrie und energieintensive Unternehmen** von der EEG-Umlage gibt. Dabei sind
4096 die Belange des Mittelstandes besonders in den Blick zu nehmen. Dies halten wir im
4097 Sinne wettbewerblicher Standortbedingungen unserer Industrie für unabdingbar.
4098 Wir setzen uns auch für die **Reduzierung von EEG-Anteilen bei den Stromkosten**
4099 **für private Haushalte** ein.

4100

4101 • Wir wollen die aus dem **Energiegipfel 2011** abgeleiteten Regelungen unter Berück-
4102 sichtigung neuerer Entwicklungen **einer Evaluation unterziehen**. Im Zuge dieser
4103 notwendigen Evaluation wollen wir die Parameter, wie zum Beispiel die gültigen Ab-
4104 standsflächen, den Flächenbedarf und sonstige Kriterien zum Ausbau der regenera-
4105 tiven Energien, den technologischen und wissenschaftlichen Entwicklungen anpas-
4106 sen.

4107

4108 • Wir werden, wie im Energiegipfel vereinbart, **2 Prozent der Landesfläche als Wind-**
4109 **vorranggebiete** ausweisen. Dies dient der Steuerung und vermeidet den Wildwuchs,
4110 weil dadurch 98 Prozent der Flächen verlässlich freigehalten werden. Wir erwarten,
4111 dass die Regionalversammlungen ihrer Verantwortung nachkommen, und einen ge-
4112 rechten Ausgleich der Interessen herbeiführen.

4113

4114 • Wir werden auch weiterhin **Windkraft im Wald** ermöglichen und hierzu auch Flä-
4115 chen im Eigentum des Landes bereitstellen. An den hieraus resultierenden Pachtein-
4116 nahmen wollen wir die Kommunen angemessen beteiligen. Die bisherige Regelung
4117 werden wir überarbeiten.

4118

- 4119 • Wir werden uns für eine Stärkung der bundesweiten Regelungen zur **Rückbauver-**
4120 **pflichtung von Windkraftanlagen** einsetzen.
- 4121
- 4122 • Wir begrüßen, dass **genossenschaftliche Ansätze** und Vorhaben mit enger **Beteili-**
4123 **gung der Bürger vor Ort** beim Ausbau der erneuerbaren Energien besonders berück-
4124 sichtigt werden. Wir wollen solche Zusammenschlüsse unterstützen.
- 4125
- 4126 • Wir wollen die **Eigenstromerzeugung** und private Speicherlösungen voranbringen.
4127 **Mietstrom- und Contractingmodelle** wollen wir erleichtern.
- 4128
- 4129 • Das **Solarkataster** werden wir dauerhaft kostenfrei bereitstellen, um Bürgern die
4130 Entscheidung für eine Solaranlage zu erleichtern. Um landwirtschaftliche Flächen für
4131 die Nahrungsmittelproduktion zu erhalten, werden wir auch weiter keine großflächigen
4132 Solaranlagen zulassen.
- 4133
- 4134 • Wir setzen uns für eine behutsame Nutzung der **Wasserkraft** im Einklang mit der
4135 Wasserrahmenrichtlinie und dem Schutz der Fischfauna ein. Besonders die alten
4136 Mühlen wollen wir erhalten.
- 4137
- 4138 • Die **Biomassenutzung** ist eine wichtige Säule der nachhaltigen Energieversorgung
4139 und dient Landwirten als zusätzliche Einnahmequelle. Wir wollen, dass unsere Land-
4140 wirte weiterhin Energie produzieren.

4141

4142 **Sparsamer Umgang mit Energie**

4143

- 4144
- 4145 • Die **Reduzierung des Energieverbrauchs** bleibt auf allen Ebenen weiter im Fokus.
4146 Hierzu wollen wir technische Potenziale nutzen und die breite Umsetzung modernster
4147 Techniken und Verfahren unterstützen. Wir wollen dabei die Energieberatung
4148 von Bürgern und der kleinen und mittleren Unternehmen fortsetzen und insbeson-
4149 dere besser über vorhandene Fördermöglichkeiten informieren.
- 4150
- 4151 • Wir wollen das **Energiesparen auf dem privaten Wohnungsmarkt** durch finanzielle
4152 und steuerliche Anreize, etwa für energetische Sanierungen, fördern.
- 4153
- 4154 • Einen besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei der **Unterstützung von Rechen-**
4155 **zentren** beim Energiesparen, deren Energiebedarf deutschlandweit der Erzeugungskapazität
4156 vier mittlerer Kohlekraftwerke entspricht.

4157

4158

4159 **Lösungen für Speicherung und Verteilung**

4160

- 4161 • Wir bekennen uns zur Notwendigkeit des **Ausbaus der Stromleitungen auf allen**
4162 **Spannungsebenen**, um die Verlässlichkeit der Stromversorgung jederzeit sicher zu
4163 gewährleisten. Die Möglichkeit, Leitungen als Erdkabel zu verlegen, ist regelmäßig
4164 zu prüfen. Die vom Leitungsbau betroffenen Grundeigentümer sollen einen **ange-**
4165 **messenen Ausgleich** erhalten.
- 4166

- 4167
4168
4169
4170
4171
4172
4173
4174
4175
4176
4177
4178
4179
4180
4181
4182
4183
4184
4185
4186
4187
4188
4189
4190
4191
4192
4193
4194
4195
4196
4197
4198
4199
- Wir setzen uns für eine **Optimierung des Bestandsnetzes** zur Sicherung der Netzstabilität ein. Gleichzeitig wollen wir für den Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen eintreten, da so in Teilen auf Netzneu- bzw. ausbau verzichtet werden kann.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass beim notwendigen **Ausbau der SuedLink-Leitung** die beste und effizienteste Variante gewählt wird. Wir unterstützen dabei die Einschätzung der zuständigen Bundesnetzagentur, wonach die durch Thüringen verlaufende Trasse die wirtschaftlich effizienteste und ökologisch verträglichste Ausbauparallel ist.
 - Die Erprobung intelligenter Netze („**Smart Grids**“) auf regionaler und kommunaler Ebene werden wir weiter unterstützen und diese Technik weiter voranbringen. Gleichzeitig dürfen die Möglichkeiten des digitalen Lastmanagements nicht zu verbindlichen Einschränkungen der Stromverfügbarkeit für Privathaushalte oder Wirtschaftsbetriebe werden.
 - Der Verbesserung von **Speicherkapazitäten** für Wind- und Sonnenstrom werden wir uns ebenso widmen wie der Batterieforschung, da beides bei der schwankenden Strombereitstellung aus erneuerbaren Energien für eine jederzeit sichere Stromversorgung von enormer Bedeutung ist.
 - Die innovative **Power-to-Gas-Technologie** bietet die Möglichkeit, überschüssigen Strom aus Erneuerbaren-Anlagen in „grünes Gas“ umzuwandeln und so zu speichern. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, günstige Rahmenbedingungen für die Nutzung dieser Technologie zu schaffen.
 - Einer geforderten **Sektorenkopplung** werden wir mit der Zusammenfassung des Strom-, Wärme- und Verkehrssektors unter einem energiepolitischen Leitprinzip folgen.
 - Deutschland muss eine **einheitliche Strompreiszone** bleiben.

4200 **.... für die Landwirtschaft**

4201
4202 **Regionale Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft**

- 4203
4204
4205
4206
4207
4208
4209
4210
4211
4212
4213
- Die Landwirtschaft in Hessen verdient unsere **größte Wertschätzung**. Sie arbeitet nach höchsten internationalen Standards, produziert hochwertige regionale Lebensmittel, prägt unsere Kulturlandschaft und trägt substantiell zu Umwelt-, Arten- und Klimaschutz in Hessen bei. Die mittelständische, familienbetriebene, bäuerliche Landwirtschaft verdient dabei unsere besondere Unterstützung und soll in Hessen weiterhin führend sein.
 - Der „**Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft**“ bleibt Grundlage für unsere Agrarpolitik auch in den nächsten Jahren.

- 4214 • Die Landwirtschaft steht in der Mitte der Gesellschaft. Wir wollen den **Berufsstand**
4215 **stärken** und zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Anerkennung der Arbeit der Bau-
4216 ern beitragen. Den Tag des offenen Hofes, das Projekt „Bauernhof als Klassenzim-
4217 mer“ und den „Urlaub auf dem Bauernhof“ werden wir forcieren.
- 4218
- 4219 • **Konventionelle und ökologische Landwirtschaft** sind nach unserer Überzeugung
4220 gleichwertig. Eine besondere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ist für uns
4221 dort gerechtfertigt, wo Mehraufwendungen zum konkreten Schutz von Umwelt-, Ar-
4222 tenschutz, Boden- oder Wasserschutz getätigt werden. Die Umstellungs- und Beibe-
4223 haltungsförderung des ökologischen Landbaus wird aus Gründen der Planungssi-
4224 cherheit der Ökolandwirte und zur Sicherstellung einer echten Wahlfreiheit der Be-
4225 triebe beibehalten.
- 4226
- 4227 • Die Ökomodellregionen werden wir zu **Modellregionen** für die Stärkung der regio-
4228 nalen Vermarktung aller landwirtschaftlichen Produkte ausbauen und flächende-
4229 ckend umsetzen.
- 4230
- 4231 • Direktvermarktung und die **regionale Vermarktung** wollen wir unterstützen. Die
4232 Marketing-Gesellschaft „GUTES AUS HESSEN“ wollen wir dafür stärken und insbe-
4233 sondere mehr private Partner einbinden.
- 4234
- 4235 • Damit **regionale Wertschöpfungsketten** erhalten bleiben können, setzen wir uns
4236 für eine dezentrale Versorgung mit den notwendigen Verarbeitungsbetrieben ein.
4237 Insbesondere wollen wir die Vielfalt der Molkereibetriebe erhalten und wenn mög-
4238 lich ausbauen und – auch aus Tierschutzgründen – für ausreichende Kapazitäten von
4239 Schlachthöfen sorgen und dezentrale Schlachtungen erleichtern.
- 4240

4241 **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gestalten**

- 4242 • Auf der europäischen Ebene werden wir uns für eine auskömmliche finanzielle Aus-
4243 stattung der **Gemeinsamen Agrarpolitik** einsetzen. Ebenso treten wir für eine dras-
4244 tische Vereinfachung und den Abbau von Bürokratie ein.
- 4245
- 4246 • Wir halten am bewährten **Zwei-Säulen-Modell** der Agrarförderung mit Direktzah-
4247 lungen und Agrarumweltmaßnahmen fest. Die Verschiebung von Geldern von der
4248 ersten zur zweiten Säule wollen wir auf dem bisherigen Stand einfrieren.
- 4249
- 4250 • Den Überlegungen zur Einführung einer Kappung der gemeinsamen Agrarpolitikzah-
4251 lung in der ersten Säule für sehr große Betriebe stehen wir offen gegenüber, wenn
4252 damit eine bessere **Förderung bäuerlicher Landwirtschaftsbetriebe** möglich wird.
4253 Auch die Junglandwirteförderung wollen wir stärken.
- 4254
- 4255 • Die **Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete** wollen wir fortentwickeln und die
4256 europäischen Öffnungsklauseln soweit wie möglich nutzen, um eine für Hessen
4257 sachgerechte Lösung zu implementieren.
- 4258
- 4259 • Die **Investitionsförderung** unterstützt die Modernisierung unserer Betriebe, damit
4260 sich diese zukunftsfähig aufstellen können. Sie soll auch künftig zentrale Säule der
4261
- 4262

4263 Agrarförderung in Hessen sein. Auch juristische Personen und Vereine, wie z.B. die
4264 Maschinenringe, sollen vom Förderangebot profitieren können.

4265

- Wir werden eine möglichst breite Palette von Agrarumweltmaßnahmen anbieten, damit alle Betriebe praxisgerechte Förderangebote finden, um zusätzliche Umweltleistungen an ihrem Hof umsetzen zu können. Bei der Ausgestaltung des Förderprogramms werden wir uns für **Flexibilisierung, Praxistauglichkeit und Entbürokratisierung** einsetzen.

4271

4272

4273 **Allen Betriebsformen gerecht werden**

4274

- Die hessischen **Milchviehbetriebe** wollen wir stärken und gegen künftige Preiskrisen absichern. Hierzu unterstützen wir brancheninterne Lösungen, um eine freiwillige Mengenbesteuerung voranzubringen. Ebenso unterstützen wir neue Vermarktungswege und die Direktvermarktung von Milch sowie die Stärkung der Marktmacht landwirtschaftlicher Betriebe gegenüber dem Einzelhandel.

4278

- Zur Absicherung von Marktrisiken fordern wir die Möglichkeit einer **steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage**, damit Betriebe Gewinneinbrüche besser abfangen können.

4283

- Die hessischen **Schaf- und Ziegenhalter** wollen wir stärken. Insbesondere setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass auch Schaf- und Ziegenhalter ohne eigene Flächen stärker von der gemeinsamen Agrarpolitik profitieren können.

4287

- Die hessischen **Imker** wollen wir stärker unterstützen. Unter anderem werden wir dazu auch die Kampagne „Bienenfreundliches Hessen“ fortsetzen.

4289

- Der **Weinbau** im Rheingau und an der Bergstraße ist wichtiger Wirtschaftsfaktor und erhält die Kulturlandschaft. Wir sichern und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Absatzchancen der hessischen Weinbaubetriebe, unter anderem durch Unterstützung von Marketingkonzepten, einer Förderung des Steillagenweinbaus und der Reaktivierung von Weinbergsbrachen sowie durch fachliche Beratung, Fortbildung und Forschung.

4297

- Die **Pheromonförderung** durch das Land hat dazu geführt, dass der Einsatz von Insektiziden flächendeckend stark reduziert wurde. Diese Förderung wollen wir beibehalten.

4299

4300

4301

4302

4303 **Flächenverbrauch reduzieren**

4304

- Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Einhaltung des vereinbarten **Ziels, maximal 2,5 ha pro Tag an landwirtschaftlicher Fläche** zu verbrauchen, wollen wir mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand ein Maßnahmenbündel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs vereinbaren. Dazu gehört:
 - Das Prinzip der **Innenentwicklung** wollen wir stärken.
 - Wir wollen den **Flächenverbrauch durch naturschutzrechtlichen Ausgleich** durch einen wirkungsvollen **Ökopunktehandel** und eine Fokussierung auf

4307

4308

4309

4310

4311

4312

- 4313 **produktionsintegrierte Ersatzmaßnahmen und Ersatzgeld** drastisch redu-
4314 zieren.
4315 ○ Die **Flächenschonklausel** des Bundesnaturschutzgesetzes werden wir strikt
4316 anwenden.
4317 ○ **Ersatzaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen** wollen wir nicht län-
4318 ger zulassen.
4319 ○ **Naturschutzrechtliche Restriktionen** der landwirtschaftlichen Produktion
4320 werden abgebaut.
4321 ○ Für unabwendbare Flächeninanspruchnahme braucht es sachgerechte **Ent-**
4322 **schädigungsregeln.**

4323

4324

4325 **Zukunftsfähige Betriebe erhalten**

4326

- 4327 ● Wir wollen die **Beratungs- und Weiterbildungskapazität** in den Landesbetrieben,
4328 den Behörden und den Hochschulen ausbauen, um allen Landwirten fachkundige Be-
4329 ratung zu den agrarpolitischen Herausforderungen der Zukunft zukommen lassen zu
4330 können.
4331
- 4332 ● Für die **landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung** wollen wir uns weiterhin en-
4333 gagieren und die Betriebe und die Auszubildenden unterstützen. Ausbildungsinhalte
4334 werden wir im Dialog mit dem Berufsstand definieren.
4335
- 4336 ● Wir wollen die **Digitalisierung für unsere Landwirtschaft** nutzbar machen. Mo-
4337 derne IT-Anwendungen nutzen Landwirt, Verbraucher und Umwelt gleichermaßen.
4338 Wir wollen daher eine gesonderte Innovationsberatung zur Landwirtschaft 4.0 schaf-
4339 fen und Investitionen über die Investitionsförderung und ggf. darüber hinaus über
4340 einen Innovationsfonds unterstützen.
4341
- 4342 ● Die **Privilegierungsregeln des Bauens** im Außenbereich halten wir für sachgerecht
4343 und wollen wir beibehalten.
4344
- 4345 ● Die Verfahren zur **Flurbereinigung** werden wir fortsetzen und beschleunigen. Be-
4346 sonders werden wir Verfahren des freiwilligen Flächentausches und Nutzungstau-
4347 sches unterstützen, um Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.
4348
- 4349 ● Wir setzen uns für eine Stärkung von **Versicherungslösungen gegen Extremwet-**
4350 **terschäden** in der Landwirtschaft ein. Wir werden mit der Versicherungswirtschaft
4351 nach Lösungen suchen.
4352

4353

4354 **... für den Wald**

4355

- 4356 ● Wir streben einen **multifunktionalen Wald** in Hessen an, der verschiedene Nut-
4357 zungsansprüche gleichermaßen berücksichtigt. Hierzu werden wir das gegenseitige
4358 Verständnis der verschiedenen Interessengruppen stärken. Insbesondere wollen wir
4359 den Dialog zwischen Waldeigentümern und Waldnutzern intensivieren.
4360

- 4361
- 4362
- 4363
- 4364
- 4365
- 4366
- 4367
- 4368
- 4369
- 4370
- 4371
- 4372
- 4373
- 4374
- 4375
- 4376
- 4377
- 4378
- 4379
- 4380
- 4381
- 4382
- 4383
- 4384
- 4385
- 4386
- 4387
- 4388
- 4389
- 4390
- 4391
- 4392
- 4393
- 4394
- 4395
- 4396
- 4397
- 4398
- 4399
- 4400
- 4401
- 4402
- 4403
- 4404
- 4405
- 4406
- Den **Landesbetrieb Hessen-Forst** wollen wir stärken. Er sorgt für eine ausgezeichnete, nachhaltige und flächendeckende Bewirtschaftung des Waldbestandes in Hessen. Es bleibt unser Ziel, dass er weiterhin so attraktiv und leistungsstark ist, dass er den größten Teil der hessischen Waldfläche betreut und gerade Wald in Klein- und Kleinstbesitz vom Landesbetrieb bewirtschaftet wird. Das Einheitsforstamt bleibt dabei unser Leitmotiv.
 - Wir wollen, dass **Hessen-Forst attraktiver Arbeitgeber** für Fachkräfte bleibt und werden hierfür mit dem Landesbetrieb wo erforderlich Verbesserungen umsetzen. Das Personalentwicklungskonzept des Landesbetriebs wollen wir weiterhin umsetzen. Dazu zählt auch die nachhaltige Ausbildung forstlicher Fachkräfte.
 - Die **Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit der Forstbewirtschaftung** in Hessen wird umfassend gewährleistet, um unseren Wald als wertvollen Lebensraum für Flora und Fauna zu erhalten und zu schützen. Insbesondere durch eine moderne Naturschutzleitlinie, eine im Dialog erneuerte Richtlinie zur Bewirtschaftung des Staatswaldes (RiBeS 2020) und eine Zertifizierung nach PEFC-Standard werden wir eine besonders nachhaltige Bewirtschaftungsform sicherstellen. Die Zertifizierung des Staatswaldes nach FSC-Standard wird überprüft und evaluiert.
 - Auf weitere **Stilllegungen forstlich genutzter Flächen** wird verzichtet. Auch nicht mehr für die Holzproduktion genutzte Waldflächen sollen weiterhin für die Allgemeinheit zugänglich sein.
 - **Der Wald bleibt ein wichtiger Wirtschaftsraum.** Wir legen hierbei Wert darauf, dass eine ausreichende Rohstoffversorgung der hessischen Sägewerke und holzverarbeitenden Industrie aus heimischen Wäldern gewährt bleibt. Die nachhaltigen Nutzungspotenziale sollen ausgeschöpft werden. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Wertschöpfung im ländlichen Raum. Dabei unterstützen wir ausdrücklich die unternehmerische und erwerbswirtschaftliche Ausrichtung der Bewirtschaftung des hessischen Staatswaldes.
 - Beim Umgang mit den Vorgaben des **Bundeskartellamtes zur Bewirtschaftung und Vermarktung von Holz** in Hessen streben wir eine Lösung an, die
 - den betroffenen Privat- und Kommunalwaldbesitzern eine **erfolgreiche Vermarktung** ermöglicht,
 - das **Einheitsforstamt** erhält,
 - **HessenForst** weiterhin eine tragende Rolle bei der Bewirtschaftung aller hessischen Waldflächen einräumt,
 - für die **Beschäftigten des Landesbetriebs** eine zukunftssichere Lösung garantiert, die ihnen Planungssicherheit gibt,
 - dabei die **Eingriffe in bewährte Strukturen** möglichst geringhält und
 - neu **zu gründende Vermarktungsorganisationen** bei der Aufnahme ihrer Arbeit – auch finanziell – unterstützt.

.... für die Jagd

- 4407
- 4408
- 4409
- 4410
- Wir wollen die **Zusammenarbeit mit der hessischen Jägerschaft** intensivieren und die Selbstverwaltungsverantwortung des Landesjagdverbandes stärken.

- 4411
- 4412
- 4413
- 4414
- 4415
- 4416
- 4417
- 4418
- 4419
- 4420
- 4421
- 4422
- 4423
- 4424
- 4425
- 4426
- 4427
- 4428
- 4429
- 4430
- 4431
- 4432
- 4433
- 4434
- 4435
- 4436
- 4437
- 4438
- 4439
- 4440
- 4441
- 4442
- 4443
- 4444
- 4445
- 4446
- 4447
- 4448
- 4449
- 4450
- 4451
- 4452
- 4453
- 4454
- 4455
- 4456
- 4457
- 4458
- 4459
- Das Hessische Jagdgesetz hat sich bewährt und wird nicht verändert. Die geltende **Jagd- und Schonzeitenverordnung** werden wir im Dialog mit der Jägerschaft und streng an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert überarbeiten. Insbesondere werden wir
 - zum besseren Schutz von Bodenbrütern und Singvögeln die Schonzeiten für Fuchs und Waschbär aufheben, und angemessene Jagdzeiten für die Prädatoren (wie Baummarder, Iltis, Wiesel usw.) vorsehen,
 - im Sinne der Schadenverhütung und Bestandsregulierung die Jagdzeiten für Federwild (Gänse, Rabenkrähe, Elster) erweitern und
 - zum Schutz vor der Schweinepest und zur Prävention vor Schäden in der Landwirtschaft das Schwarzwild ganzjährig bejagen lassen.

 - Wir werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um eine Ausbreitung der **Afrikanischen Schweinepest** auf Hessen zu verhindern. Die deutliche Reduzierung der Schwarzwildbestände ist dafür unerlässlich. Mit der Jägerschaft werden wir die hierfür notwendigen Schritte einleiten und prüfen, ob dazu auch eine Abschussprämie und der pilotweise Einsatz von Nachtzielgeräten gehören kann.

 - Wir treten für die Beibehaltung des **einheitlichen Reviersystems** ein und werden alle Anstrengungen unternehmen, soweit grundrechtlich möglich keine jagdrechtlich stillgelegten Gebiete zuzulassen. Die Jagdausübung in stillgelegten Waldflächen wird nicht eingeschränkt.

 - Für zurückkehrende oder neu angesiedelte Tierarten in Hessen werden wir besondere Verantwortung übernehmen. Insbesondere werden wir für Schäden in der Landwirtschaft durch **Wolf, Luchs und Biber** entsprechende Entschädigungsregeln erstellen und Prävention sowie Schadensregulierung unbürokratisch regeln.

 - Die **Wolfsmanagementpläne** wollen wir beibehalten und praxistauglich ausgestalten. Dazu kann auch der Abschuss gehören.

 - Wir werden die **Jagdverwaltung** stärken. Dazu wollen wir eine Fachdienststelle für jagdkundliche und jagdbiologische Forschung einrichten, die für die Jäger fachkundiger Ansprechpartner für Fragen der Wildpopulation oder -hege und der Wildschadens- und Wildseuchenprävention ist.

 - Die Mittel der **Jagdabgabe** sollen ausschließlich für jagdliche Belange eingesetzt werden. Wenn die Jägerschaft künftig auf die Förderung aus dieser Abgabe verzichten möchte, werden wir sie abschaffen. Die **Jagdsteuer** als Bagatellsteuer lehnen wir weiterhin ab. Wir werden daher bei den zuständigen Landkreisen dafür werben, auf die Erhebung einer Jagdsteuer zu verzichten.

 - Die Fischer und Angler in Hessen leisten einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Artenschutz in und an unseren Gewässern und erfahren deshalb unsere besondere Unterstützung. In der **Fischereipolitik** setzen wir auf einen engen Dialog und größtmögliche Freiheit und Selbstverwaltungsrecht der Fischer. Insbesondere wollen wir
 - die Erwerbsfischerei in Hessen weiter stärken,
 - die Fischereivereine stärken,
 - Maßnahmen zur Gewinnung von Jungfischern unterstützen und

- 4460 ○ eine Regelung zur Regulierung der Kormoranbestände in Hessen treffen, die
4461 auch die Fischfauna und die Erwerbsfischerei schützt.
4462

4463

4464 für den Verbraucherschutz

4465

- 4466 • Die **Verbraucherberatung** werden wir im bewährten Zusammenspiel von Verbrau-
4467 cherzentrale und Deutschem Hausfrauenbund (DHB) fortsetzen und die institutio-
4468 nelle Förderung mindestens stabil halten. Damit bieten wir Verbrauchern dezentra-
4469 len Zugang zur Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Wir werden prüfen, ob
4470 auch der Verband der Hessischen Landfrauen in diese Förderung einbezogen werden
4471 kann.
4472

4473

- 4474 • Um eine **flächendeckend gute Lebensmittelkontrolle** im Sinne der Verbraucher si-
4475 cherzustellen, werden wir die kommunalen Kontrollbehörden weiter stärken und auf
4476 eine ausreichende Personalausstattung drängen. Zu diesem Zweck werden wir auch
4477 die Zuständigkeitsverteilung zwischen kommunaler Ebene und Landesebene in den
4478 Blick nehmen.

4479

- 4480 • Eine staatlich verordnete **Lebensmittelampel** lehnen wir ab und setzen auf freiwillige
4481 und praxistaugliche Lösungen der Branche.

4482

- 4483 • Wir wollen eine **Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Lebensmittelsicherheit** ein-
4484 führen.

4485

- 4486 • Die in Hessen **vorhandenen Laborkapazitäten** werden wir nachhaltig weiter entwi-
4487 ckeln und das Landeslabor Hessen auf modernstem Standard erhalten.

4488

- 4489 • In den Bereichen des **Seuchenschutzes** und damit verbundener „Katastrophenfälle“
4490 werden wir zum Zwecke einer effizienten Seuchenabwehr eine stärkere Weisungs-
4491 kompetenz des Landes einführen.

4492

- 4493 • Wir werden die Vermittlung von **Alltagskompetenzen**, insbesondere in den Berei-
4494 chen Ernährung, Digitales und Finanzen, besser in die Curricula der hessischen Schu-
4495 len einbringen.

4496

- 4497 • Wir wollen die **Werkstatt Ernährung, den Bauernhof als Klassenzimmer und die**
4498 **Umweltschulen** beibehalten und weiterhin unterstützen.

4499

- 4500 • Wir werden uns besonders im **digitalen Verbraucherschutz** engagieren. Dies gilt
4501 insbesondere für die Vollendung des europäischen digitalen Binnenmarktes sowie
4502 eine Regulierung des „Internets der Dinge“.

4503

- 4504 • Das Angebot der **Online-Schlichtungsstelle** zur außergerichtlichen Streitbeilegung
4505 beim Einkauf im Internet wollen wir beibehalten und bei Bedarf ausbauen.

4506

- 4507 • Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucher alle Verträge auf die gleiche Art beenden
4508 können wie sie Verträge eingegangen sind („**smart contracts**“).

4509 für Umwelt und Naturschutz

4510

4511 **Sauberes Wasser für alle**

4512

4513 • Den umfassenden **Zugang zu sauberem Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen** für
4514 alle Hessen werden wir sicherstellen.

4515

4516 • Wir setzen uns für einen gerechten **Ausgleich zwischen wasserliefernden ländli-**
4517 **chen Räumen und wassernutzenden urbanen Räumen** ein.

4518

4519 • Das **überregionale Wasser-Leitungsnetz** wollen wir stärken und modernisieren, da-
4520 mit die verlässliche Wasserversorgung dauerhaft gesichert bleibt. Wir wollen, dass
4521 hierfür erforderliche Investitionskosten der Wassergewinnung und Wasservertei-
4522 lung von den Kartellbehörden anerkannt werden.

4523

4524 • Wir werden weiterhin **keinen „Wassercent“** erheben.

4525

4526 • Die eingeleiteten Maßnahmen zur Unterstützung der Entsorgung salzhaltiger Ab-
4527 wässer durch das Unternehmen **Kali+Salz** werden wir fortsetzen und landesweit die
4528 erforderlichen Schritte unternehmen. Die Sicherung der Arbeitsplätze und der Wert-
4529 schöpfung bei gleichzeitiger Einhaltung der erforderlichen Umweltstandards bleibt
4530 dabei das zentrale Ziel.

4531

4532 • Die **Sanierung der Waldbestände im Hessischen Ried** entsprechend der Ergebnisse
4533 des Runden Tisches wird vorangetrieben. Im Fokus soll hierbei vor allem der Wald-
4534 umbau stehen.

4535

4536 • Zur **Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie** werden die vielfältigen Anstren-
4537 gungen fortgesetzt. Insbesondere werden wir die hohe Förderung für Gewässerre-
4538 naturierung durch das Land beibehalten und hierzu mit den betroffenen Eigentü-
4539 mern und Kommunen im engen Dialog bleiben.

4540

4541 • Die Belastung unserer Gewässer mit Nitrat und Phosphor wollen wir weiter minimie-
4542 ren. Zur Umsetzung der neuen **Düngeverordnung** wollen wir die sogenannten „ro-
4543 ten Gebiete“ mit besonderen Belastungen sachgerecht und auf wissenschaftlicher
4544 Grundlage definieren. Die Länderöffnungsklauseln werden wir nutzen, um gemein-
4545 sam mit unseren Landwirten praxisgerechte Lösungen zur Reduzierung des Schad-
4546 stoffeintrags in die Gewässer zu finden. Dazu nehmen wir auch andere Schadstof-
4547 femittenten (insbesondere Kläranlagen) in den Blick. Bei nötigen Investitionen zur
4548 Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben werden wir die Landwirte im Rahmen der In-
4549 vestitionsförderung unterstützen.

4550

4551

4552 **Luftverschmutzung und Lärm vermindern**

4553

4554 • Die **Qualität der Luft in Hessen**, insbesondere in unseren Städten und Ballungsräu-
4555 men, wollen wir nachhaltig verbessern. Wir wählen dabei einen ganzheitlichen An-
4556 satz und werden gemeinsam mit den Kommunen alle Maßnahmen umsetzen, die
4557 nachhaltig und verhältnismäßig zur Verbesserung der Luftqualität beitragen.

4558

- 4559
- 4560
- 4561
- 4562
- 4563
- 4564
- 4565
- 4566
- 4567
- 4568
- 4569
- 4570
- 4571
- 4572
- 4573
- 4574
- 4575
- 4576
- 4577
- 4578
- 4579
- 4580
- 4581
- 4582
- Wir werden weiterhin auf allen Ebenen an der **Reduzierung der Lärmbelastung** der hessischen Bevölkerung arbeiten und behalten dabei Verkehrslärm von Auto, Schiene und Flugverkehr besonders im Blick.
 - Ein besonderer Schwerpunkt liegt darin, die von **Schiene** belastete Bevölkerung, insbesondere im **Mittelrheintal und an anderen hochfrequentierten Bahnlinien**, signifikant zu entlasten. Hierzu werden wir den Dialog mit der Deutschen Bahn intensivieren und insbesondere die schnelle technische Umrüstung des Güterverkehrs einfordern. Bei Neu- und Ausbau von Schienenstraßen sind die modernsten und effizientesten Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen. Für das Mittelrheintal setzen uns weiter mit Nachdruck für den Bau einer Alternativtrasse ein, auf die der Güterzugverkehr aus dem Rheintal verlagert wird.
 - Die **Reduzierung des Fluglärms** um den Flughafen Frankfurt/Rhein-Main bleibt eine Daueraufgabe. Wir bekennen uns zum Mediationsergebnis und zum absoluten Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr. Technische Möglichkeiten zur Reduzierung der Lärmemissionen auf aktiver und passiver Seite werden wir nutzen. Mit der Allianz für Lärmschutz haben wir bereits spürbare Entlastungen umsetzen können. Insbesondere werden wir die partnerschaftlichen Vereinbarungen zu Lärmpausen und Lärmobergrenzen weiterführen und Anreize für eine möglichst leise Abwicklung der Flugbewegungen und zum Nutzung möglichst leiser Flugzeuge schaffen bzw. weiterentwickeln.

Klimaschutz mit Augenmaß

- 4583
- 4584
- 4585
- 4586
- 4587
- 4588
- 4589
- 4590
- 4591
- 4592
- 4593
- 4594
- 4595
- 4596
- 4597
- 4598
- 4599
- 4600
- 4601
- 4602
- 4603
- 4604
- 4605
- 4606
- 4607
- Die seitens der Hessischen Landesregierung beschlossenen **Ziele zur Reduzierung von Klimagasemissionen** werden wir einhalten. Wir setzen dabei vor allem auf Information und Anreize für Bürger und die Wirtschaft.
 - Der in der vergangenen Legislaturperiode von der Landesregierung beschlossene Integrierte **Klimaschutzplan Hessen 2025** mit 140 konkreten Maßnahmen werden wir konsequent umsetzen.
 - Im weiteren Ausbau des Angebots eines **leistungsstarken und bedarfsgerechten Öffentlichen Personennahverkehrs** sehen wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Mit innovativen Maßnahmen wie dem erfolgreichen Schülerticket und dem Landesticket für alle Landesbeschäftigten haben wir den ÖPNV bereits für viele Personen attraktiver gemacht. Mit vielfältigen Maßnahmen werden wir diesen Weg fortsetzen. Die Förderung eines klimafreundlichen Verkehrs in den ländlichen Regionen gehört dabei untrennbar dazu.
 - Wir werden weiter **klimafreundliche und emissionsarme Fahrzeuge und Mobilitätsangebote** – insbesondere im ÖPNV und im Güterverkehr – fördern.
 - Das Projekt der **CO₂-neutralen Landesverwaltung** werden wir weiter forcieren, um das Land beim Klimaschutz in allen Bereichen zum Vorbild und Vorreiter zu machen – von der Gebäudestruktur über Mobilitätsangebote bis zur Beschaffung.

- 4608 • Eingeleitete Maßnahmen zur **Stärkung der Klimabildung** und der Vermittlung von
4609 Informationen und Kompetenzen zum Klimaschutz und Klimawandel werden wir
4610 fortsetzen und zu gegebener Zeit evaluieren.
- 4611
- 4612 • Wir wollen Hessens Rolle als **Vorreiter in der Klimaanpassungsforschung und –**
4613 **entwicklung** stärken. Die Aufgabe der Anpassung an veränderte Umweltbedingun-
4614 gen erfordert in vielen Gesellschaftsbereichen Anpassungsmaßnahmen, die wir wis-
4615 senschaftlich fundieren und Schritt für Schritt umsetzen werden. Die bereits vorhan-
4616 denen Forschungsstellen wollen wir besser vernetzen und zum zentralen Anlauf-
4617 punkt für intelligente Klimaanpassung machen.
- 4618
- 4619 • **Landesplanerische Maßnahmen zur Klimaanpassung**, wie z.B. der klimagerechte
4620 Aus- und Umbau der Infrastruktur (ÖPNV, Gebäudeinfrastruktur, öffentliche
4621 Räume, Hochwasserschutz usw.), wird eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre.
4622 Wir wollen hier als Land vorangehen und private Investoren unterstützen.
- 4623
- 4624 • Wir unterstützen unsere **Land- und Forstwirtschaft** darin, ihre Produktionsmetho-
4625 den **an ein verändertes Klima in Hessen zukunftsfähig anzupassen** und die Chan-
4626 cen, die sich hieraus ergeben, zu nutzen.
- 4627
- 4628 • Mit dem Finanzplatz Frankfurt wollen wir Möglichkeiten für **Versicherungslösun-**
4629 **gen von Klimafolgeschäden** entwickeln, die weltweit dabei helfen können, die
4630 wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels abzufedern.
- 4631
- 4632 • Auf **gesundheitliche Risiken durch veränderte Klima- und Wetterbedingungen**
4633 und deren Folgen (z.B. durch die Ansiedlung neuer Krankheitsüberträger) werden
4634 wir durch Intensivierung unserer Unterstützung der damit betrauten Forschungsein-
4635 richtungen und umfassende Vorsorgepläne reagieren.
- 4636
- 4637

4638 **Ressourcen nutzen und Abfall vermeiden**

- 4639
- 4640 • Wir setzen uns für eine **nachhaltige Abfallpolitik** und möglichst geschlossene Wert-
4641 stoffkreisläufe ein. Wir werden daher unter anderem die Umsetzung der Wertstoff-
4642 tonne und eine Weiterentwicklung des Dualen Systems vorantreiben.
- 4643
- 4644 • Den Engpass an **Deponiekapazitäten** werden wir mit potentiellen Deponiebetrei-
4645 bern angehen und möglichst neue Kapazitäten, insbesondere zur Entsorgung von
4646 Baustellenabfällen, schaffen.
- 4647
- 4648 • Zu alternativen **Verwertung von Klärschlamm** werden wir insbesondere Maßnah-
4649 men zur Klärschlammveredelung und zur Verbrennung mit Phosphorrückgewinnung
4650 vorantreiben und wissenschaftlich begleiten.
- 4651
- 4652 • Wir wollen die **Kampagne „Sauberhaftes Hessen“** ausweiten und werden insbeson-
4653 dere die **Vermeidung von Plastikmüll** noch stärker ins Bewusstsein rücken.
- 4654

- 4655 • Lebensmittel sind kostbar. Noch immer werden auf allen Produktions- und Ver-
4656 brauchsebenen zu viele Lebensmittel verschwendet. Wir werden in einer neuen Ini-
4657 tiative dafür werben, das **Wegwerfen von Lebensmitteln** in allen Verarbeitungs-
4658 und Verbrauchsschritten zu vermindern.
- 4659
- 4660 • Wir begrüßen, dass im südhessischen Bereich wieder Öl- und Gasvorkommen nach-
4661 haltig gefördert werden. Unkonventionelle Gasförderung („**Fracking**“) wird es auch
4662 in Zukunft in Hessen nicht geben.
- 4663
- 4664 • Wir wollen, dass die hessische Wirtschaft ressourcenschonend arbeiten kann. Dazu
4665 werden wir die **Ressourcenschutzstrategie** fortsetzen und die Unternehmen unter
4666 anderem mit einer Fortsetzung des Förderprogramms „PIUS“ und der Hessischen
4667 Initiative für Energieberatung im Mittelstand‘ („HIEM“) bei der Umsetzung von Maß-
4668 nahmen zum Ressourcenschutz unterstützen.
- 4669
- 4670 • Die perspektivisch **abbaubaren Rohstoffvorkommen** in Hessen wollen wir langfris-
4671 tig sichern und von konkurrierenden Nutzungen freihalten.
- 4672
- 4673 • Die Einführung einer **Abgabe auf den Abbau heimischer Rohstoffe** wie Kies, Sand
4674 und Gesteine lehnen wir ab, weil sie die Wertschöpfung verteuern und hessische Un-
4675 ternehmen im Wettbewerb benachteiligen und am Ende dem Verbraucher zusätzli-
4676 che Kosten aufbürden würde.
- 4677
- 4678

4679 **Moderne Technologien vernünftig nutzen**

- 4680
- 4681 • Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass der **Anbau genveränderter Pflanzen**
4682 in Hessen nicht stattfindet, weil dies dem ganz überwiegenden Wunsch der Verbrau-
4683 cher und der hessischen Landwirte entspricht. Wir setzen uns hierbei für eine bun-
4684 deseinheitliche Lösung ein, werden, wenn nötig aber auch landesseitig die erforder-
4685 lichen Maßnahmen ergreifen.
- 4686
- 4687 • Forschung, Entwicklung und Nutzung der **so genannten weißen und roten Gen-**
4688 **technik** in Industrieprozessen und der Medizin werden wir weiterhin positiv unter-
4689 stützen, damit in Hessen die Chancen modernster Biotechnologie genutzt werden
4690 können.
- 4691
- 4692 • Die **Technologielinie „Hessen-Nanotech“** der Hessen-Agentur und die Vernetzung
4693 der Akteure wollen wir stärken, damit Hessen Leitstandort für Forschung und Ent-
4694 wicklung in der Zukunftstechnologie „**Nanotechnik**“ sowie in den Bereichen „**Pho-**
4695 **tonik**“, „**Robotik**“ und „**Bionik**“ wird. Auch an der Erarbeitung der notwendigen
4696 rechtlichen Rahmenbedingungen werden wir uns an führender Stelle einbringen.
- 4697
- 4698 • Den starken Sektor der **Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie** wollen wir
4699 weiter unterstützen und Hessen zum Leitmarkt ausbauen. Wir unterstützen die be-
4700 stehenden Cluster und Verbände.
- 4701
- 4702 • Beim schnellstmöglichen **Rückbau des Kernkraftwerks Biblis** werden wir den Be-
4703 treiber unterstützen und stellen eine schnelle Bearbeitung der erforderlichen Ge-
4704 nehmigungen sicher.

- 4705
4706
4707
4708
- Wir werden Maßnahmen ergreifen, **kerntechnisches „know how“** in Hessen sowohl auf Ebene der Forschung als auch auf Ebene der staatlichen Kontrolle zu erhalten.

4709
4710

Großprojekte mit Vorbildwirkung

- 4711
4712
4713
4714
4715
4716
4717
4718
4719
4720
4721
4722
4723
4724
4725
4726
4727
- Die **bestehenden Naturschutzgroßprojekte** werden weiter vorangetrieben und die Einwerbung europäischer Fördermittel verstärken. Insbesondere erfahren der Nationalpark Kellerwald-Edersee, das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, das „Grüne Band“ an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, das „Naturschutzgroßprojekt Vogelsberg“ und das LIFE+-Projekt „Lebendige Lahn“ unsere fortdauernde Unterstützung.
 - Das Vorhaben der Einrichtung einer **UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden-Rheingau-Mainspitze** wird auf Grundlage der Ergebnisse der beauftragten Machbarkeitsstudie im Dialog mit den Betroffenen begleitet, wenn dies in der Region breite Unterstützung findet.
 - Die hessische **Biodiversitätsstrategie** werden wir weiter umsetzen und bei der Schaffung eines Biotopverbundes auf freiwillige Maßnahmen und die Vernetzung von Lebensräumen durch Vertragsnaturschutz setzen.

4728
4729

Moderne Naturschutzverwaltung

- 4730
4731
4732
4733
4734
4735
4736
4737
4738
4739
4740
4741
4742
4743
4744
4745
4746
4747
4748
4749
4750
4751
4752
4753
- Wir wollen den **Vertragsnaturschutz** weiter stärken und so freiwilligem Natur- und Umweltschutz weiter zum Durchbruch verhelfen. Hierzu sollen die nötigen Mittel im Landeshaushalt und in den entsprechenden Landesstiftungen bereitgestellt werden.
 - Die Maßnahmenpläne im Rahmen der **NATURA2000- und FFH-Flächen** werden gemeinsam mit den Flächeneigentümern vorrangig im Hinblick auf ihre freiwillige Umsetzbarkeit überprüft.
 - Im **naturschutzrechtlichen Ausgleich** wollen wir dem Thema „Ökopunkte“ einen breiten Raum einräumen. Wir werden den Ökopunktehandel und die Vereinnahmung von Ersatzgeld weiter stärken und flächenschonenden Ersatzmaßnahmen Vorrang einräumen. **Ersatzgelder** sollen ausschließlich in produktionsintegrierte und flächenschonende Ausgleichsmaßnahmen fließen.
 - Den Einsatz von **Ökopunkten** wollen wir fachlich und räumlich weiter flexibilisieren, um die Nachfrage nach Ökopunkten zu steigern. Der Einsatz vorhandener Ökopunkte muss bei allen Vorhabenträgern Vorrang vor neuen flächenintensiven Maßnahmen haben, damit landwirtschaftlicher Flächenverbrauch vermieden wird.
 - Im Rahmen von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen und landwirtschaftlicher Förderung werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf die **Schaffung zusätzlicher Lebensräume für Insekten** (insbesondere bestäubende Insekten) legen. Freiwillige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Anlage von Blühstreifen, werden verstärkt unterstützt.

- 4754
4755
4756
4757
4758
4759
4760
4761
- Um das Miteinander verschiedener Nutzungsgruppen zu stärken, werden wir flächendeckend auf Landkreisebene **Landschaftspflegeverbände** gründen.
 - Wir wollen **betriebliches Umweltmanagement** und den Austausch zwischen Unternehmen stärken. Die Umweltallianz wollen wir daher wieder verstärkt beleben und Umweltmanagementpläne auch in kleinen und mittleren Unternehmen fördern.

4762 **Vorreiter beim Tierwohl**

- 4763
4764
4765
4766
4767
4768
4769
4770
4771
4772
4773
4774
4775
4776
4777
4778
4779
4780
4781
4782
4783
4784
4785
4786
4787
4788
4789
4790
4791
4792
4793
4794
4795
4796
4797
4798
4799
4800
4801
4802
4803
- Der **Runde Tisch zur Steigerung des Tierwohls in der Nutztierhaltung** hat erfolgreich gearbeitet und viele Verbesserungen gebracht. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und damit weiterhin gemeinsam mit den Landwirten und Verbänden für Verbesserungen für die in Hessen gehaltenen Nutztiere sorgen, ohne durch hessische Sonderwege die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Tierhalter zu gefährden.
 - Die Praxis des regelhaften **Tötens männlicher Eintagsküken** wird im Laufe der kommenden Legislaturperiode in Hessen beendet.
 - Die **ganzjährige Anbindehaltung von Rindern** wollen wir nach einer angemessenen Übergangszeit in Hessen beenden.
 - Die hessischen **schweinehaltenden Betriebe** werden wir darin unterstützen, die neuen Vorgaben zur **schmerzfreien Kastration** und zur **Kupierung der Schwänze** von Mastschweinen praxistauglich umsetzen zu können. Außerdem treten wir für eine bundesweit einheitliche Regelung zur Vorgabe für die **Kastenstandhaltung** bei der Ferkelproduktion ein, die den Vertrauensschutz der Landwirte mit vernünftigen Übergangsregeln vollumfänglich sicherstellt.
 - Zur **Reduzierung von Tierversuchen** setzen wir weiterhin auf die konsequente Umsetzung des „3R-Prinzips“ – also auf die Vermeidung, Verringerung und Verbesserung von Tierversuchen. Die in Hessen hierzu eingerichteten Hochschullehrstühle haben dabei eine besondere Bedeutung. Die dort erarbeiteten Vorschläge werden wir konsequent vorantreiben.
 - Ein **Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen** lehnen wir ab, weil damit keine wirklichen Verbesserungen des Tierwohls, aber eine drohende Belastung der Gerichte und Verzögerung von Genehmigungsverfahren verbunden wäre.
 - Wir unterstützen, dass die Bundesregierung **Einbrüche in Tierställe** als Straftatbestand effektiv ahnden will.
 - Die Situation der hessischen **Tierheime** wollen wir weiter verbessern, ohne die Finanzierungsverantwortung der Kommunen abzulösen. Zur Beseitigung baulicher Investitionsbedarfe wollen wir die Stiftung Hessischer Tierschutz finanziell besser ausstatten und ein Sonderprogramm „Tierheimmodernisierung“ auflegen.
 - Wir werden weiterhin für eine freiwillige Steigerung des Anteils der **gechipten und registrierten Hunde und Katzen** in Hessen werben.

4804
4805
4806

- Die **Kampfhundeverordnung** zum Schutz von Mensch und Tier hat sich bewährt und wird beibehalten.

4807 **Wie wir Hessen bürgernah und modern gestalten**

4808

4809 **Hessen ist seit über 70 Jahren eine stabile Demokratie, die wir bewahren und verteidigen werden. Voraussetzung dafür ist eine vielfältige Medienlandschaft, die wir schützen und stärken wollen. Dazu gehören auch starke Kommunen, die selbstbestimmt und eigenverantwortlich als erster Ansprechpartner der Bürger die Probleme vor Ort am besten lösen können. Als Partner unserer Kommunen haben wir ihnen in den letzten fünf Jahren die Rekordsumme von mehr als 30 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und gleichzeitig Verwaltungsprozesse auf allen Ebenen noch bürgernäher und transparenter organisieren. Die Digitalisierung wird hier ein entscheidender Baustein sein. Auf internationaler Ebene kämpfen wir für ein starkes Europa, das sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentriert, damit wir alle davon profitieren.**

4820

4821

4822 **Ohne Demokratie ist alles nichts**

4823 Demokratie ist die Grundlage unserer Gesellschaft und hat eine erfolgreiche Entwicklung unseres Landes in den letzten 70 Jahren ermöglicht. In einigen Teilen der Welt sehen wir allerdings, dass gerade auch demokratische Strukturen verwundbar sind. Demokratie wird aus Mut gemacht – Ängste bringen Diktaturen hervor. Wir wenden uns gegen jede falsch verstandene Form der so genannten „political correctness“ und dagegen, dass Menschen Angst davor haben müssen, ihre Meinungen zu sagen. Wir müssen demokratische Strukturen und das Vertrauen in diese Form des Staates stärken. Dazu gehört die Bürgerbeteiligung. Sie bereichert und ergänzt die Demokratie und macht politisches Handeln transparent.

4832

4833 **Medien sichern Meinungsvielfalt und Demokratie**

4834 Demokratie lebt davon, dass man sich informieren und eine Meinung bilden kann. Die Grundlage dafür sind unabhängige und vielfältige Medienangebote. Deshalb wollen wir regionale Zeitungen und kleine Radiosender erhalten, wo immer das möglich ist. Die Rahmenbedingungen, die wir dafür schaffen können, wollen wir setzen. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine Säule unserer vielfältigen Medienlandschaft, die wir nicht in Frage stellen, auch wenn Fehlstrukturen abgebaut und Effizienzsteigerungen angestrebt werden müssen.

4841

4842 **Hessen setzt auf starke Kommunen**

4843 Städte, Gemeinden und Kreise bilden die Basis und das Fundament unseres Landes. Was dort, vor Ort in den Kommunen am besten erledigt werden kann, soll grundsätzlich dort angesiedelt sein und weitestgehend eigenverantwortlich gestaltet werden können. Mit der Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs, den Kommunalen Investitionsprogrammen, dem Kommunalen Schutzschirm und der Hessenkasse haben wir in den vergangenen Jahren die kommunalen Finanzen gemeinsam mit unseren Kommunen zukunftsfähig gemacht. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen wollen wir unterstützen und noch attraktiver machen. Die kommunale Familie hat besondere Bedeutung für das Funktionieren unserer Gesellschaft und daran richten wir unser Handeln aus – auch in Zukunft.

4853

4854 **Verwaltung: Bürgernah, leistungsfähig, digital**

4855 Vor Ort in den Kommunen, aber ebenso beim Land muss Verwaltung auf der Höhe der Zeit sein. Digitale Angebote machen das Leben leichter – für den Bürger ebenso wie für den Staat. Wir müssen sie deshalb ausbauen mit dem Ziel, möglichst viele staatliche Leistungen

4858 und Angebote in digitaler Form bürgerfreundlich zur Verfügung zu stellen. Bürgernähe
4859 schafft Vertrauen und deshalb wollen wir unsere Verwaltungen als Ansprechpartner der
4860 Bürger stärken, das Personal angemessen an der allgemeinen Lohnentwicklung beteiligen
4861 und dadurch den öffentlichen Dienst auch als Arbeitgeber in Zeiten eines zunehmenden
4862 Kampfes um Fachkräfte attraktiv halten.

4863

4864 **Datenschutz im Interesse der Menschen**

4865 Deutschland hat mit die schärfsten Datenschutzregeln auf der ganzen Welt. Hessen war und
4866 ist dabei Vorreiter. Wir wollen das hohe Niveau sichern. Datenschutz ist jedoch kein Selbst-
4867 zweck und muss daher immer auf seine Praktikabilität und Sinnhaftigkeit überprüft werden.
4868 Dies muss auch bei der sogenannten Datenschutzgrundverordnung gelten. Der Schutz der
4869 persönlichen Daten gehört zum Schutz der Persönlichkeit und ist ein Menschenrecht. Das
4870 gilt für uns gegenüber dem Staat und gegenüber internationalen Konzernen gleichermaßen.
4871 Deshalb wollen wir auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Regelungen, die
4872 den Menschen in den Fokus stellen, Unternehmensdaten schützen und „Made in Germany“
4873 auch beim Datenschutz zur Marke machen.

4874

4875 **Europa ist alternativlos – bei allem Handlungsbedarf**

4876 Hessen gehört zu den internationalsten Standorten in Europa. Wir begreifen diese Interna-
4877 tionalität als Chance und Auftrag. Europa und die EU sehen sich zahlreichen Herausforde-
4878 rungen gegenüber, die wir meistern müssen. Europa ist unsere Zukunft. Als exportorientier-
4879 tes, vernetztes Land im Herzen des Kontinents und als Standort wichtiger europäischer In-
4880 stitutionen wollen wir uns auch in Zukunft in die Debatten um die Zukunft der EU einbrin-
4881 gen. Wir begreifen uns als wichtigen europäischen Partner und werden unsere Interessen
4882 auf der europäischen Ebene weiterhin offensiv vertreten. Gleichzeitig müssen wir den Men-
4883 schen Europa wieder besser erklären. Wir wollen die Europaschulen stärken und Beratungen
4884 für europäische Förderangebote in allen Bereichen ausbauen.

4885

4886 **Partnerschaft mit der Welt**

4887 Nicht nur als Standortland der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
4888 (GIZ) hat sich Hessen bereits in der Vergangenheit in der Entwicklungshilfe und im Dialog
4889 mit Staaten auf der ganzen Welt engagiert. Hier werden wir in Zukunft noch mehr tun müs-
4890 sen. Nicht nur im Hinblick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen ist es unsere Pflicht als
4891 starkes Land, gemeinsam mit dem in diesem Bereich eigentlich allein zuständigen Bund
4892 Menschen auch in anderen Teilen der Welt – z.B. in Afrika – Perspektiven, Hoffnung und
4893 eine Zukunft im eigenen Land zu geben.

4894

4895

4896 **Und das sind unsere Maßnahmen:**

4897

4898

4899 **... für Demokratie und Bürgernähe**

4900

4901 • **Freiheit und Verantwortung** gehören in der Demokratie zusammen. Deshalb wer-

4902 den wir bei Wahlen nicht nur um Vertrauen, wir sind auch weiterhin bereit Regie-

4903 rungsverantwortung zu übernehmen.

4904

4905 • Wir stehen zu den **unverletzlichen Freiheitsrechten** unserer Verfassung. Die Mei-

4906 nungsfreiheit zählt dabei zu den höchsten Gütern. Genauso wichtig ist uns der Ein-

4907 satz der Bürger für diese Demokratie.

4908

4909 • Wir unterstützen die Volkabstimmung zur **Modernisierung der hessischen Verfas-**

4910 **sung**, die auch die direkte demokratische Mitwirkung der Bürger stärken wird.

4911

4912 • Wir werden die finanzielle Förderung der zahlreichen Initiativen weiter gewährleis-

4913 ten und gleichzeitig weiter alle Projektträger **demokratiefördernder Maßnahmen**

4914 dazu verpflichten, für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung einzu-

4915 stehen.

4916

4917 • Unsere Geschichte hat gezeigt, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Indem

4918 wir uns mit unserer jüngeren deutschen Geschichte befassen, lernen wir den Wert

4919 der demokratischen Ordnung schätzen. Wir sehen daher den Erhalt von **Gedenkstät-**

4920 **ten und Grenzmuseen** als unerlässlich an und wollen diese verstärkt für Kinder und

4921 Jugendliche zugänglich machen.

4922

4923 • **Der Landeszentrale für politische Bildung** und ihrem parteiunabhängigen Auftrag

4924 kommt bei diesen demokratiefördernden Maßnahmen insbesondere für junge Men-

4925 schen große Bedeutung zu. Wir werden ihre wertvolle Arbeit weiter unterstützen mit

4926 dem Ziel, vor allem **junge Menschen für Politik** zu **begeistern** und für ein kommun-

4927 alpolitisches Engagement zu gewinnen.

4928

4929 • Für uns hat das **Petitionsrecht** eine hohe Bedeutung, da es Jedermann ermöglicht,

4930 sich mit Bitten und Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Petitionen müs-

4931 sen an der Sache orientiert und ohne politische Instrumentalisierung bearbeitet wer-

4932 den. Dabei ist die Wahrung der Vertraulichkeit im Petitionsverfahren von besonderer

4933 Bedeutung.

4934

4935

4936 **... für die Medien**

4937

4938 • Neben der kulturellen Vielfalt bleibt es unser Ziel, in unserem Land auch die **Medi-**

4939 **envielfalt sowie die Presse- und Meinungsfreiheit** zu sichern. Die mit der Digitali-

4940 sierung verbundenen Chancen wollen wir nutzen, ohne die Risiken auszublenden.

4941

4942 • Wir wollen eine funktionsfähige **duale Rundfunkordnung** mit privaten Rundfunk-

4943 veranstaltern und einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der mit politi-

4944 schen und tagesaktuellen Informationen die publizistisch-kulturelle Grundversor-

4945 gung in unserem Land sichert.

- 4946
4947
4948
4949
4950
4951
4952
4953
4954
4955
4956
4957
4958
4959
4960
4961
4962
4963
4964
4965
4966
4967
4968
- Wir **bekennen uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk**. ARD, ZDF und Deutschlandradio obliegt es, einen besonders hohen qualitativen Standard moderner Massenkommunikation anzubieten und die mediale Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen.
 - Die **Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien** ist für private Radio- und Fernsehanbieter und für Mediendienste in Hessen zuständig. Sie sorgt dafür, dass der Allgemeinheit ein möglichst vielfältiges Medienangebot zur Verfügung steht und die Inhalte den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Wir stehen zur eigenständigen, regional verankerten Hessischen Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien.
 - Nach unserer Überzeugung agieren die **Medienanbieter selbstverantwortlich** und die Politik reguliert Jugend- und Verbraucherschutz nur dort, wo präventive Maßnahmen nicht ausreichend vorhanden sind.
 - Wir unterstützen **gesellschaftliche Bündnisse zur Förderung der Medienkompetenz**. Gemeinsam mit Partnern aus den Kommunen, Kreisen, Kammern, aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie den Seniorenorganisationen wollen wir neue medienpädagogische Bildungschancen und -anreize auch für Ältere schaffen.

4969
4970

.... für die Kommunalpolitik

- 4971
4972
4973
4974
4975
4976
4977
4978
4979
4980
4981
4982
4983
4984
4985
4986
4987
4988
4989
4990
4991
4992
4993
4994
4995
- Wir stehen zur **kommunalen Selbstverwaltung**. Für uns hat das **Subsidiaritätsprinzip** hohe Bedeutung: Aufgaben, die vor Ort in den Kommunen am besten erledigt werden können, sollen grundsätzlich dort angesiedelt sein und weitestgehend eigenverantwortlich gestaltet werden können.
 - Wir werden in enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie die **Hessische Gemeindeordnung** überarbeiten. Wir wollen dem erkannten Regelungs- und Optimierungsbedarf und den verschiedenen Interessen der unterschiedlichen Ebenen Rechnung tragen. Hierbei werden wir auch das Thema kommunale Sicherheit stärker verankern.
 - Wir wollen erreichen, dass bei den Kommunalwahlen rechtssicher eine **prozentuale Hürde** für den Einzug in kommunale Gremien eingeführt werden kann.
 - Um die **finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen** auch zukünftig zu erhalten, werden wir die vorhandenen Instrumente zur Unterstützung generationengerechter Finanzen im notwendigen Umfang zusammen mit der kommunalen Familie in partnerschaftlichen Umgang weiterentwickeln.
 - Unsere Städte, Gemeinden und Kreise benötigen eine auskömmliche und sichere Finanzausstattung. Dies gilt insbesondere für die kommunalen Investitionen. Wir werden mit Fortführung der erfolgreichen vier Bausteine **Kommunaler Schutzschirm, Kommunaler Finanzausgleich, Kommunalinvestitionsprogramme und Hessenkasse** sowie der **Schaffung weiterer Finanzinstrumente** die finanziellen Spielräume für die hessischen Kommunen sichern.

- 4996
4997
4998
4999
5000
5001
5002
5003
5004
5005
5006
5007
5008
5009
5010
5011
5012
5013
5014
5015
5016
5017
5018
5019
5020
5021
5022
5023
5024
5025
5026
5027
5028
5029
5030
5031
5032
5033
5034
5035
5036
5037
5038
5039
5040
5041
5042
5043
5044
- Wir werden uns auch künftig für ausgeglichene Haushalte und den Schuldenabbau sowie die Stärkung der Investitionstätigkeit der Kommunen einsetzen. Zur weiteren Verbesserung der Schulinfrastruktur werden wir ein weiteres Kommunalinvestitionsprogramm zur Förderungen von Investitionen in kommunale Schulgebäude und insbesondere die Modernisierung von Schultoiletten (**KIP macht Schule 2.0**) auflegen.
 - Wir wollen auch zukünftig die Herausforderungen im ländlichen Raum durch **finanzielle Zuschläge im Kommunalen Finanzausgleich** besonders berücksichtigen.
 - Durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird die sog. **erhöhte Gewerbesteuerumlage** frei. Wir wollen die Mittel in Höhe von ca. 400 Millionen Euro jährlich weiter nutzen und zu 100 Prozent zu Gunsten der Kommunen einsetzen: Ein Drittel soll den betroffenen Kommunen zur freien Verfügung verbleiben, 50 Millionen Euro stecken wir in ein Investitionspaket "Zukunftsinvestition Bevölkerungszuwachs", das Kommunen, die wegen der wachsenden Bevölkerung zusätzlich in Infrastruktur wie Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen investieren müssen, unterstützt. Mit den verbleibenden Mitteln werden wir den kommunalen Finanzausgleich so ergänzen, dass Kinder bis zum sechsten Lebensjahr quasi doppelt gezählt werden, um die Aufwände für die frühkindliche Bildung und Erziehung noch besser abzugelten.
 - Um künftige Schieflagen kommunaler Haushalte frühzeitig zu erkennen, werden wir im engen Schulterschluss mit den Kommunen die Finanzaufsicht von einem reaktiven System zu einem **Frühwarnsystem** weiterentwickeln. Dieses soll die Rechtsaufsicht und die kommunalen Akteure dabei unterstützen, Risiken zu erkennen um entsprechende Gegenmaßnahmen rechtzeitig einleiten zu können.
 - Im Zuge der mit den Finanzinstrumenten einhergehenden Analysen hat sich gezeigt, dass die Finanzaufsicht bei den unteren Aufsichtsbehörden höchst unterschiedlich wahrgenommen wurde. Daher wollen wir die **Kommunalaufsicht** über die kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Zweckverbände **bei den drei hessischen Regierungspräsidien konzentrieren**, um zu einer Vereinheitlichung, größerer Effizienz und mehr Objektivität zu kommen.
 - Die erfolgreiche **Beratung der Kommunen** in Fragen der Haushaltswirtschaft wird fortgeführt und intensiviert.
 - Wir befürworten eine ausgeprägte **Interkommunale Zusammenarbeit**. Sie reduziert Kosten, verbessert die Qualität und erhöht die Auslastung der kommunalen Einheit. Daher werden wir die Interkommunale Zusammenarbeit von Kommunen weiter stärken und fördern. Dies spart Steuermittel und sichert gute Dienstleistungen für die Bürger.
 - Wir werden **rechtliche Hindernisse**, die eine interkommunalen Zusammenarbeit erschweren bzw. ihr entgegenstehen, beseitigen und dazu die praxistaugliche Weiterentwicklung und Überarbeitung des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit angehen.

- 5045 • Sofern auf kommunaler Ebene mit Zustimmung der Bürger der Wunsch nach **kom-**
5046 **munalen Fusionen** besteht, werden wir diese unterstützen und positiv begleiten.
5047 Das Beratungsangebot des Landes werden wir weiter ausbauen, damit Kommunen
5048 unterstützt werden und von den bisherigen Fusionen profitieren können.
- 5049
- 5050 • Hessen ist bundesweiter Vorreiter in Sachen kommunale Sicherheit. Seit 2017 bringt
5051 die **Sicherheitsinitiative KOMPASS** Kommunen, Polizei, Bürger und weitere gesell-
5052 schaftliche Akteure an einen Tisch. Diese Initiative wollen wir weiter ausbauen und
5053 möglichst jede Stadt und Gemeinde gewinnen, sich zu zertifizieren und damit die
5054 Sicherheit vor Ort und damit die unmittelbare Lebensqualität weiter zu verbessern.
- 5055
- 5056 • Unsere Innenstädte stehen in Zeiten einer unvermindert hohen Bedrohungslage u.a.
5057 durch den internationalen Terrorismus vor einer permanenten Herausforderung. Um
5058 neuralgische Stellen, wie öffentliche Plätze oder Fußgängerzonen zu
5059 schützen, sollen das **polizeiliche Beratungsangebot für Städte fortgeführt und**
5060 **Fördermaßnahmen** für intelligente Schutzmaßnahmen in den Innenstädten **ausge-**
5061 **baut werden.**
- 5062
- 5063 • Zur Stärkung der örtlichen Demokratie sollen Städte und Gemeinden ihren **Ortsbei-**
5064 **räten zusätzliche Kompetenzen** gewähren können, um beispielsweise über Ver-
5065 schönerungsmaßnahmen im Orts- bzw. Stadtteil und Geschenke für Jubilare von
5066 Ortsbewohnern selbständig verfügen zu dürfen.
- 5067
- 5068 • Zur Weiterentwicklung der dörflichen Kerngebiete wollen wir die kommunalen
5069 **Handlungsspielräume im Denkmalschutz** erweitern.

5072 für die Verwaltung

- 5073
- 5074 • Wir werden die **Landesverwaltung** weiterhin modernisieren und eine hohe Effizienz
5075 ebenso sicherstellen, wie Bürgernähe und Serviceorientierung. Dabei werden wir die
5076 Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um Verwaltungsprozesse weiter zu opti-
5077 mieren und das Serviceangebot für die Bürger auszubauen. Die Schaffung eines ge-
5078 meinsamen Bürgerportals mit dem Bund hat dabei Priorität.
- 5079
- 5080 • Viele bisherige **Behördengänge** werden zukünftig durch einfache und anwender-
5081 freundliche Online-Services und Telefon-Beratungsangebote entbehrlich. Dennoch
5082 wird es auch künftig möglich sein, Behördenangelegenheiten persönlich in den Äm-
5083 tern zu erledigen. Die Aufgabe der Digitalisierung soll in der künftigen Landesregie-
5084 rung einen besonderen Schwerpunkt bilden.
- 5085
- 5086 • Mit der Digitalisierung steigen die Erwartungen an die öffentliche Verwaltung, den
5087 Bürgern und Unternehmen elektronische Dienste zu eröffnen. Die Effizienz der Ver-
5088 waltungsprozesse sowie die Akzeptanz und Nutzerfreundlichkeit der IT-Anwendun-
5089 gen sind mittlerweile unverzichtbare Elemente der Verwaltungsmodernisierung und
5090 Entbürokratisierung. Wir werden **Rahmenbedingungen schaffen** und eine innova-
5091 tive Verwaltung gestalten, die den sich wandelnden Bedürfnissen in Zeiten der Digi-
5092 talisierung gerecht wird. Dazu gehören auch eine **leistungsfähige IT-Infrastruktur**
5093 und eine **digitale Bürgerplattform**, die möglichst alle Verwaltungsdienstleistungen
5094 den Bürgern auch online anbietet.

- 5095 • Die **Zusammenarbeit der Verwaltungen von Land, Bund und Kommunen** wollen
5096 wir ausbauen, um die Verwaltungsprozesse für die Bürger zu vereinfachen und im
5097 Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuermitteln Effizienzpotentiale
5098 zu nutzen.
- 5099
- 5100 • Wir wollen so viel Verwaltung wie nötig, aber so wenig wie möglich. Die Organisa-
5101 tion der Landesverwaltung werden wir deshalb regelmäßig auf **Optimierungspoten-**
5102 **tiale** hin überprüfen, Doppelstrukturen vermeiden und die Landesverwaltung lau-
5103 fend weiterentwickeln. Unnötige Bürokratie wollen wir abbauen.
- 5104
- 5105 • Innerhalb der Landesregierung wollen wir das zentrale **Finanz- und Fördermittel-**
5106 **controlling** ausbauen, um die Kosten der Aufgabenwahrnehmung transparent zu
5107 machen. Ziel ist es, Effizienzpotentiale aufzudecken und die Landesverwaltung auf
5108 dem Weg zur Effizienzsteigerung mit konkreten Vorschlägen zu unterstützen. Auch
5109 die Digitale Strategie des Landes kann genutzt werden, die damit verbundenen Ein-
5110 sparpotentiale zu realisieren.
- 5111
- 5112 • In Bereichen, in denen es sinnvoll und wirtschaftlich ist, werden wir insbesondere
5113 mittelständische **Unternehmen einbinden**, um eine kostengünstige Aufgabenerle-
5114 digung zu erreichen und zugleich Wettbewerb zu fördern. Dies gilt insbesondere für
5115 Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) bei Bauprojekten.
- 5116
- 5117

5118 **Als Arbeitgeber attraktiv bleiben**

- 5119
- 5120 • Wir wollen, dass das Land auch zukünftig ein **attraktiver Arbeitgeber** ist, der neben
5121 sicheren Arbeitsplätzen auch weiterhin gute Arbeitsbedingungen anbietet. Wir wer-
5122 den uns auch in Zukunft durch besonders familienfreundliche Rahmenbedingungen
5123 auszeichnen.
- 5124
- 5125 • Wir wollen möglichst wohnortnah interessante Arbeitsgelegenheiten anbieten und
5126 dadurch unnötige Pendlerwege vermeiden sowie den ländlichen Raum stärken. Des-
5127 halb werden wir unsere **Strukturreform der Landesverwaltung** fortführen, mit der
5128 wir bereits Arbeitsplätze gezielt im ländlichen Raum geschaffen haben und darüber
5129 hinaus weiteren Behörden und Ämter sowie Aufgabenbereiche der Landesverwal-
5130 tung in ländlichen Regionen, zum Beispiel in sogenannten „Hessenbüros“ ansiedeln.
5131 Ein Masterplan zur Neuunterbringung von Verwaltungseinheiten soll den ökologi-
5132 schen Aspekten, den Anforderungen der Digitalisierung und der Mitarbeiter Rech-
5133 nung tragen.
- 5134
- 5135 • Wir setzen uns für eine **leistungsgerechte Bezahlung** nach objektiven Kriterien ein
5136 und wollen die Leistungsanreizmöglichkeiten ausbauen. Die eigene Tarifhoheit des
5137 Landes hat sich bewährt und nützt vor allem den Beschäftigten.
- 5138
- 5139 • Den erfolgreichen Dialog des Landes mit den Gewerkschaften bei den **anstehenden**
5140 **Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst** wollen wir fortsetzen.
- 5141
- 5142 • Mit dem **LandesTicket Hessen** hat die Hessische Landesregierung allen Landesbe-
5143 diensteten seit 1. Januar 2018 freie Fahrt mit dem ÖPNV – nicht nur zur Arbeit – er-
5144 möglicht. Das ist bundesweit einmalig, spart den Landesbediensteten Geld und

5145 schon die Umwelt. Wir wollen das Ticket in den Verhandlungen zur nächsten Tarif-
5146 runde verstetigen.

5147

5148 • Wir wollen die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** bei allen Mitarbeitern der Ver-
5149 waltung weiter fördern und flexible Arbeitszeitgestaltung sowie Teilzeit- und Tele-
5150 arbeitsangebote im notwendigen Umfang zur Verfügung stellen.

5151

5152 • Den wechselseitigen **Austausch zwischen Unternehmen und dem Öffentlichen**
5153 **Dienst** wollen wir ausbauen. Dazu kann die Einrichtung regelmäßiger Praktika in der
5154 freien Wirtschaft für Angehörige des Öffentlichen Dienstes auf freiwilliger Basis ei-
5155 nen wichtigen Beitrag leisten.

5156

5157 • Ein **Konzept für Online-Personalratswahlen** werden wir in Zusammenarbeit mit
5158 den Gewerkschaften ausarbeiten.

5159

5160

5161 **.... für Europa**

5162

5163 • Die **Europäischen Union** ist das größte Friedensprojekt der Weltgeschichte und hat
5164 gerade uns im Herzen des Kontinents in den letzten Jahren viel Wohlstand gebracht.
5165 Wir setzen deshalb auf die weitere Förderung eines nachhaltigen Wachstums in Eu-
5166 ropa durch solide Finanzpolitik, Wachstumsförderung, Strukturreformen und Zu-
5167 kunftsinvestitionen.

5168

5169 • Die **Einhaltung der Verträge** ist dabei erste Voraussetzung für das Funktionieren
5170 und gleichzeitig für die Akzeptanz der EU als Rechtsgemeinschaft.

5171

5172 • Zum Wohle Deutschlands und Hessens und unter Einhaltung des Subsidiaritätsprin-
5173 zips und der damit verbundenen **Kompetenzgliederung** von unten nach oben wol-
5174 len wir weiter daran mitarbeiten die EU zu stärken und zu vertiefen.

5175

5176 • Einen zentralen Baustein dafür stellt unsere **Hessische Landesvertretung in Brüssel**
5177 dar. Sie wollen wir als Anlaufstelle für Bürger, Kommunen, Unternehmen, für Ver-
5178 bände sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen weiter stärken. Das Konzept
5179 des Mehr-Regionen-Hauses hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

5180

5181 • In allen Teilen der **Landesverwaltung** wollen wir die **Europakompetenz** stärken, da-
5182 mit wir umfassend hessische Interessen auf europäischer Ebene einbringen können.

5183

5184 • Als starkes Land im Herzen Europas werden wir **unsere Interessen** in europäischen
5185 Angelegenheiten gegenüber Kommission, Europaparlament und Europäischem Rat
5186 auch zukünftig weiter geltend machen (z.B. beim künftigen Finanzrahmen, GAP, Ko-
5187 häsion und Forschung, bei den EU-Förderprogrammen und ebenso bei allen für unser
5188 Land bedeutsamen EU-Fachpolitiken wie z.B. Wirtschafts-, Außen- und Sicherheits-
5189 oder Sozial- und Umweltpolitik).

5190

5191 • Nach dem Vorbild anderer Länder wollen wir eine Serviceeinheit aufbauen, die allen
5192 Interessierten vom Bürger über die Unternehmen bis hin zu Universitäten bei der
5193 **Beantragung europäischer Fördermittel** mit Rat und Tat zur Seite steht; hierin sol-
5194 len alle Beratungsangebote des Landes aufgehen.

- 5195
5196
5197
5198
5199
5200
5201
5202
5203
5204
5205
5206
5207
5208
5209
5210
5211
5212
5213
5214
5215
5216
5217
5218
5219
5220
5221
5222
5223
5224
5225
5226
5227
5228
5229
5230
5231
5232
5233
5234
5235
5236
5237
5238
5239
5240
5241
- Wir bedauern die Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen. Hessen wird alles dafür tun, um die mit dem **Brexit** verbundenen Nachteile zu minimieren. An unseren erfolgreich etablierten Strukturen halten wir dabei fest. Wir unterstützen und beraten Unternehmen, die ihren Firmensitz nach Hessen verlagern wollen. Für Schüler aus Großbritannien stehen zweisprachige Schulangebote bereit.
 - Kommunale Partnerschaften mit Großbritannien werden weiterhin unterstützt und gefördert. Insgesamt wollen wir die **Städtepartnerschaften** in allen Teilen unseres Landes weiterhin fördern. Ein besonderes Augenmerk werden wir darauf richten, auch die jüngere Generation für solche Partnerschaften zu begeistern.
 - Wir werden die Partnerschaftsvereine bei ihrer Vernetzung unterstützen und haben dazu in den letzten Jahren erfolgreich das **Europanetzwerk Hessen** aufgebaut. Dieses wollen wir finanziell stärken und gleichzeitig die Angebote ausweiten.
 - Wie schon in der Vergangenheit werden wir uns weiter mit Nachdruck für die Gleichbehandlung der **deutschen Sprache** gegenüber dem Englischen und Französischen innerhalb der Institutionen der EU einsetzen, zumal nach dem Ausscheiden Großbritanniens der Anteil deutschsprechender Menschen in der EU prozentual noch höher sein wird.
 - Unsere **Partnerregionen in der Europäischen Union** sind uns eng verbunden. Daher haben Pflege, Ausbau und Vertiefung der bestehenden Partnerschaften mit der Emilia-Romagna (Italien), der Wielkopolska (Polen) und der Nouvelle-Aquitaine (Frankreich) höchste Priorität.
 - In diesem Zuge wollen wir auf den **Sprachunterricht an hessischen Schulen** in Französisch, Italienisch und Polnisch ein besonderes Augenmerk legen und diesen stärken.
 - Wir wollen ein **Lehrer-Austausch-Programm** ins Leben rufen. Lehrern aus den hessischen Partnerregionen soll ein mehrmonatiger Aufenthalt an hessischen Schulen ermöglicht werden. Im Gegenzug soll hessischen Lehrern ein Studienaufenthalt in den Partnerregionen ermöglicht werden.
 - Die Türkei und Deutschland verbindet eine historische Freundschaft. Die Partnerschaft zwischen der **Provinz Bursa** und Hessen existiert schon seit vielen Jahren. Wir wollen und werden diese Partnerschaft auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie und gegenseitigem Respekt aufrechterhalten und weiterführen.
 - Einen **Beitritt der Türkei zur Europäischen Union** lehnen wir nach wie vor ab.
 - Nachdem der Hessische Landtag bereits eine Partnerschaft mit der serbischen Provinz Vojvodina geschlossen hat, streben wir auch eine **Partnerschaft des Landes mit der Vojvodina** an, um einen Beitrag zu leisten bei der Annäherung des West-Balkan an die Europäische Union.

- 5242 • Das Potenzial **grenzüberschreitender Zusammenarbeit**, z.B. der zuständigen In-
5243 nen-, Justiz- und Steuerbehörden bei der Kriminalitätsbekämpfung, muss besser ge-
5244 nutzt werden, sowohl bei bereits bestehenden Vereinbarungen als auch durch noch
5245 zu schaffende Regelungen, soweit sich ein erkennbarer Bedarf ergibt.
- 5246
- 5247 • Europa ist ein **Raum der Freiheit**. Dem Abkommen von Schengen kommt dabei be-
5248 sondere Bedeutung zu. Unerlässliche Voraussetzung ist allerdings, dass die EU-Au-
5249 ßengrenzen verlässlich geschützt werden. Wenn dies erforderlich ist, werden wir uns
5250 mit hessischen Einsatzkräften am Europäischen Außengrenzschutz beteiligen.
- 5251
- 5252 • Wir wollen, dass das Land Hessen mit anderen Partnern Gespräche aufnimmt, um
5253 ein gemeinsames „**Europa-Haus**“ in **Frankfurt** zu schaffen. Dort soll in einer Dauer-
5254 ausstellung über die Europäische Union und die Stellung Hessens innerhalb Europas
5255 informiert werden. Im „Europa-Haus“ sollen regelmäßige Informationsveranstaltungen
5256 stattfinden, es soll aber auch offen sein für kulturelle und wissenschaftliche Ver-
5257 anstaltungen.
- 5258
- 5259 • Wir werden Hessische Städte dabei unterstützen, sich als **Europäische Kulturhaupt-**
5260 **stadt 2025** zu bewerben.
- 5261
- 5262 • Die **deutsche EU-Ratspräsidentschaft** in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 werden
5263 wir im Sinne der Strategie für Weltoffenheit und Europaorientierung unterstützen
5264 und begleiten und werden Hessen auch als Ausrichter internationaler Konferenzen
5265 anbieten.
- 5266

5267 für die Internationalität unseres Standorts

- 5268
- 5269
- 5270 • Wir werden Hessen als **internationalen Standort** weiter stärken. Die Ansiedlung
5271 weiterer internationaler Unternehmen und ihrer Europazentralen in Hessen, die hier
5272 Arbeitsplätze schaffen und in Forschung, Technologie und Innovation investieren,
5273 macht den Standort attraktiv und wirtschaftsstark.
- 5274
- 5275 • Ebenso wollen wir unseren **Konsularstandort Hessen** ausbauen, der schon heute ei-
5276 ner der größten in ganz Deutschland ist, um direkte Ansprechpartner für die hier
5277 ansässigen Ausländer, Mitbürger und Gäste zu bieten.
- 5278
- 5279 • Wie in der Vergangenheit unterstützen wir die **amerikanischen Streitkräfte** beim
5280 Ausbau des Europahauptquartiers in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit dem größ-
5281 ten US-Generalkonsulat außerhalb der Vereinigten Staaten sowie der weiteren in
5282 Hessen stationierten Truppen der europäischen Verbündeten.
- 5283
- 5284 • Unsere Partnerschaften mit Wisconsin (USA) und Jaroslavl (Russland) sowie die
5285 **Wirtschaftskooperationen des Landes in der ganzen Welt** sind ein Grundpfeiler
5286 der internationalen Zusammenarbeit, die wir weiter vertiefen wollen.
- 5287
- 5288 • Wir werden die landeseigenen Mittel für **wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-**
5289 **wicklungshilfe** im Zuge der überall zu beobachtenden Anstrengungen anheben, um
5290 auch in diesem Bereich unserer internationalen Verantwortung gerecht zu werden.